grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte

18

sommer 2006 / preis 4,80 euro

Inhaltsverzeichnis

Die offenen **Redaktionstreffen** der grundrisse finden jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr in der Martinstraße 46, 1180 Wien, statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen.
Weitere Infos unter: **www.grundrisse.net** und unter **grundrisse@gmx.net**
Ein Jahresabo kostet für 4 Nummern Euro 18,-, **das 2-Jahres-Abo nur 33,- Euro!**
Bestellungen entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien
Bankverbindung: Österreich: BAWAG Konto Nr. 03010 324 172 (K. Reitter), Bankleitzahl 14000.
International: BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter, Zahlungszweck: Abo ab Nr. xx

Impressum: Medieninhaberin: Partei grundrisse Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion grundrisse (Wolfgang Bacher, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Daniel Fuchs, Birgit Mennel, Franz Naetar, Paul Pop, Karl Reitter, Andrea Salzmann, Klaus Zoister)
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Hans-Peter Büttner, Markus Griesser, John Holloway, Johanna Klages, Nemo Klee, Lisbeth Kovacic, Brigitta Kuster, Horst Müller, Karl-Heinz Roth, Lars Stubbe, Gerold Wallner, Mag Wompel
Graphikkonzept: Harald Mahrer
Erscheinungsort: Wien. Herstellerin: Digidruck, 1030 Wien
Offenlegung: Die Partei grundrisse ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse. Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

ISSN: 1814-3156
Key title: Grundrisse (Wien, Print)

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Artikel in dieser Ausgabe sind höchst unterschiedlich. Ebenso wie die Standpunkte differieren auch Stil und Rhetorik der einzelnen Texte. Auch wenn es innerhalb der Redaktion bestimmte Tendenzen zu postoperaistischen Standpunkten gibt, so wollen wir wie bisher eine strömungsübergreifende Zeitschrift sein und bleiben. Daher findet ihr in dieser Ausgabe nicht nur sehr verschiedene Positionen, auch der Typus der Texte variiert beträchtlich. Neben direkt in politische Auseinandersetzungen intervenierende Artikel findet ihr auch sehr abstrakt theoretische, die jedoch letztlich ebenso einen Aspekt gesellschaftlicher Konflikte darstellen.

In „Die Intelligenz und die soziale Frage" diskutiert Karl Heinz Roth die sich verändernde soziale Stellung der Intellektuellen sowie ihre Rolle und Funktion in der politischen Auseinandersetzung. Roth wendet sich sowohl gegen traditionelle Avantgardekonzeptionen als auch gegen die These, die Intellektuellen würden ihre spezifische Sonderstellung vollkommen verlieren.

Brigitta Kuster, sie arbeitet unter anderem als Filmemacherin, diskutiert die „eigenwillige Freiwilligkeit der Prekarisierung". Entgegen weit verbreiteten Auffassungen besitzen die neuen prekären Arbeits- und Lebensformen einen sehr ambivalenten Charakter. Sie können weder bruchlos als neue Formen der Freiheit und Selbstbestimmung gefeiert, noch als lineare Verschlechterung der sozialen Existenz begriffen werden.

Hans-Peter Büttner führt uns in ein völlig anderes Theoriefeld. Schon aufgrund der Komplexität der Materie von der Linken oft weitgehend übersehen, findet eine akademische Auseinandersetzung um bestimmte Grundlagen des Marxschen Denkens, insbesondere um die Frage des sogenannten Transformationsproblems, statt. Büttner zeigt exakt die Defizite dieser akademisch-ökonomistischen Marxkritik auf. Da sein Text sehr einführend und erklärend geschrieben ist, ist er auch für NichtspezialistInnen ausgezeichnet lesbar.

In seiner im Februar 2006 in Rom gehaltenen Rede – von Lars Stubbe behutsam übersetzt – zeigt John Holloway, dass nur wir selbst die Krise der abstrakten Arbeit sein können. Nur unser NEIN zu den Zumutungen der kapitalistischen Herrschaft kann die Krise der abstrakten Arbeit herbeiführen und die Perspektive auf eine freiere Gesellschaft eröffnen.

Sehr breit in der Redaktion diskutiert wurde der Artikel von Johanna Klages „Kampffeld Repräsentation". Im Vorspann zur Antwort von Martin Birkner auf diesen Text findet ihr einige Informationen zu dieser Debatte. Tatsächlich geht es um wesentliche Fragen, um Rolle, Funktion und Bedeutung von Politik und Repräsentation im allgemeinen sowie Staatsorientierung im besonderen.

In einem Interview mit Mag Wompel, das Marcus Griesser geführt hat, informiert die Autorin über Kalkül und Auswirkungen jener Maßnahmen, die unter dem Begriff Hartz IV gegen Arbeitslose in Deutschland durchgeführt werden. Diese Debatte ist auch für Österreich relevant, im Detail unterscheiden sich zwar die Bestimmungen und Maßnahmen des AMS (Arbeitsmarktverwaltung, seit einigen Jahren euphemistisch Arbeitsmarktservice genannt), in der Summe sind die beabsichtigten Wirkungen jedoch sehr ähnlich.

Der Artikel von Martin Birkner und Robert Foltin, „Autonomist & Open Marxism" ist der Vorabdruck eines Kapitels aus „(Post)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude. Geschichte und Gegenwart, Theorie und Praxis", für das hier auch gleich ein wenig Werbung gemacht werden soll. Das Buch erscheint in der Reihe *theorie.org* im Schmetterling Verlag (www.linke-theorie.org) und stellt die Entwicklung der operaistischen und postoperaistischen Theorie dar, insbesondere das Denken von Michael Hardt und Antonio Negri, von John Holloway sowie von Paolo Virno.

Ergänzt wird diese Einführung durch Kritik am Postoperaismus aus „klassisch"-operaistischem wie auch feministischem Blickwinkel. Dabei wird ebenso der Zusammenhang zwischen den Theorieentwicklungen und den entsprechenden sozialen Auseinandersetzungen herausgearbeitet. Da Geschichte und Vorgeschichte von Operaismus und Postoperaismus im angloamerikanischen Raum hierzulande wenig bis gar nicht bekannt sind, haben wir eben das Kapitel „Autonomist & Open Marxism" für den Vorabdruck ausgewählt.

Den Abschluss des Heftes bilden die Buchbesprechungen, die diesmal etwas mehr Platz als üblich einnehmen. Der Themenbogen spannt sich von einer Trotzki-Anthologie, über einen Roman aus der autonomen Szene, einem Sammelband zur Praxisphilosophie bis zum bedeutendem Werk von Heide Gerstenberger zur Entstehung der bürgerlichen Staatsgewalt, das endlich in einer zweiten, erweiterten Auflage erschienen ist.

Badiou-Lesekreis

Da ein Teil der Redaktion mit dem inzwischen abgeschlossenen Virno-Lesekreis verbunden ist, soll die Nachfolgeveranstaltung ebenso beworben werden. Der zu diskutierende Text ist das Opus Magnum von Alain Badiou „Sein und Ereignis". Das nächste Treffen ist am 31. Mai 2006 wie gehabt um 19 Uhr in der Martinstraße 46, 1180 Wien. Für weitere Termine, die entsprechenden Texte etc verweisen wir euch auf die Homepage von „Keine Uni" http://not.priv.at/keineuni/Alain_Badiou.

Die Bildstreifen wurden dieses Mal von Lisbeth Kovacic gestaltet, der wir herzlich dafür danken. Sie ist Mitorganisatorin des underdog-Filmfestivals, das sich als permanente Plattform für unabhängige FilmemacherInnen versteht. Dieses Festival fand zuletzt im März 2006 statt und wird erneut im Mai nächsten Jahres durchgeführt. Mehr Informationen sind unter http://underdogfilmfest.org/2006/ abrufbar.

Danken möchten wir weiters allen, die uns Artikel geschickt haben, auch jenen, deren Texte wir letztlich nicht abgedruckt haben. Besonders gefreut hat uns die Zusendung von Ulrike K., die auf unseren Aufruf in der letzten Nummer „Call for Textiles" reagiert hat und uns einige wunderbare Bilder von Kleidungsstücken geschickt hat. Wir müssen erst diskutieren, ob diese für das Cover der Nr. 19 verwendet werden. Für die Nr. 18 ist die Grafik schon festgestanden.

Sommerseminar 2006: Widerstand, Aufstand & Konstituierende Macht, oder: Ist revolutionäre Politik möglich?

Das **grundrisse**-Sommerseminar geht ins vierte Jahr. Nach Auseinandersetzungen mit den Problemfeldern „Klassentheorie", „nachkapitalistische Vergesellschaftung" und „Gender" werden wir uns heuer einem sehr kontroversiellem Thema zu: Der Politik.

Die Marxsche Theorie darf als kritische gelten, wiewohl seine Analyse durch die Gleichzeitigkeit von Kritik und positiver Darstellung erst die Schärfe erlangt, die ihn von vielen anderen kritischen DenkerInnen abhebt. Allerdings finden wir in der Theorie von Marx – wie auch in den meisten Spielarten des Marxismus – keine Anhaltspunkte für ein Denken „des Kommunistischen".

Nach der notwendigen Kritik der schlechten, weil unkonkreten oder „idealistischen" Utopien muss jedoch Politik, die nicht nur auf die Überwindung des Kapitalismus, sondern auch auf die Konstitution kommunistischer Verhältnisse abzielt, neue Modi politischen Handelns finden. Spinoza ist deshalb ein so interessanter und wichtiger Denker, weil er die Bedingungen der Konstitution einer freien Gesellschaft darstellt.

Es geht letztlich darum, die Merkmale der neuen Gesellschaft in der schlechten alten bestimmbar und sie zu einem Einsatz einer Politik zu machen, die vielleicht eine revolutionäre sein wird. Dabei ist dem Verhältnis von Revolution als Prozess und dem revolutionären Ereignis besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wie können die emanzipatorischen Veränderungen im hier und jetzt mit der Selbstorganisation in der Revolte verbunden werden und dadurch über den Kapitalismus hinausweisen?

Es sollen verschiedene theoretische Ansätze dargestellt werden, aber auch historische und eigene politisch-praktische Erfahrungen in die Diskussion eingebracht werden. Die Seminareinheiten werden möglichst wenig frontal organisiert. Dies soll uns ermöglichen, über einleitende Fragestellungen, die die TeilnehmerInnen gemeinsam erarbeiten, eine intensivere Beteiligung aller zu erreichen. Der/Die VorbereiterIn springt also nur in Notfällen als „ReferentIn" ein und soll eher kommentierendeR ModeratorIn sein.

Bisher wurden folgende Themen vorbereitet: Kritik am Revolutionsbegriff, insbesondere am Konzept der Spalten und Risse von Holloway, Badiou und Negri zum Begriff der Demokratie, zum Begriff der konstituierenden Macht bei Antonio Negri, Politik und Selbstverständnis von Collectivo Situationes, ZapatistInnen/Venezuela/Argentinien, Demokratie bei Spinoza.

Das Sommerseminar findet vom 26. bis 30. Juli in Ungarn statt. Anmeldungen sind unter grundrisse@gmx.net noch möglich.

Eure **grundrisse** – Redaktion

PS: Unter www.grundrisse.net findet ihr alle bisherigen Ausgaben im Netz. Ob sich das Ausdrucken bei unseren günstigen Abobedingungen

Karl Heinz Roth

Die Intelligenz und die „soziale Frage“ – Aus heutiger Sicht

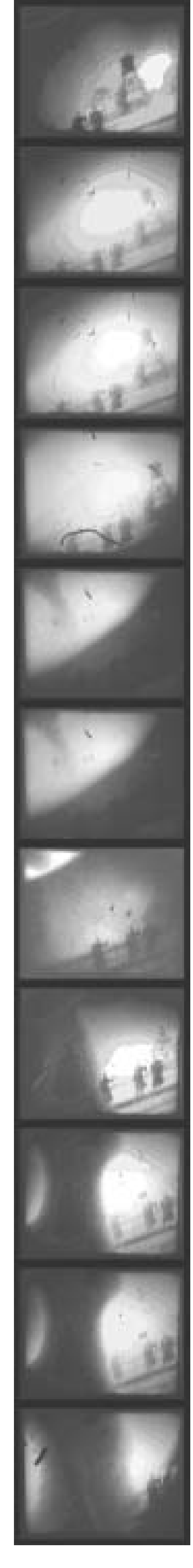
Für jede politische Perspektivdebatte ist das Nachdenken über die Stellung der Intelligenz zur „sozialen Frage“, der vehement um sich greifenden Ausgrenzung, Demütigung und Ausbeutung von immer größeren Teilen der Gesellschaft, von großer Bedeutung. Dieses Nachdenken ist keineswegs einfach. Ein Blick in die Geschichte wird uns lehren, dass wir hier ein gravierendes Problem vor uns haben, das unmittelbar in das Scheitern vergangener linker Projekte hineinführt. Und wenn wir weiter in die Tiefe gehen, dann stoßen wir sehr schnell auf Fragestellungen, die mit hoch aktuellen Konflikten und Kontroversen innerhalb der sich neu formierenden Linken zu tun haben.

Die Abgründe der Fragestellung aus historischer Perspektive

Eines Tages, so berichtet ein Gesprächspartner, begegneten Franz Kafka und er einer Gruppe von Arbeitern, die mit roten Fahnen auf eine Massenversammlung eilten. Sie nahmen die ganze Straße ein. Auf dieses Bild reagierte der Sozialist Kafka mit einer resignativen Gebärde, und Gustav Januch fragte erstaunt nach der Ursache. Ja, weißt Du, sagte Kafka sinngemäß, ich sehe auf den Schultern dieser Arbeiter schon die Sekretäre, Funktionäre und Berufspolitiker sitzen, die sie künftig knechten werden. Auf eine weitere Rückfrage erwiderte Kafka, damit beziehe er sich auf den wahrscheinlichen Ausgang der russischen Revolution. Sie sei nur kurze Zeit ein reißender Strom. Bald werde sie verflachen, und die Herrschaft der bürokratischen Intellektuellen werde das Ergebnis sein.[1]

Diese Überlegungen waren keineswegs originell. Sie waren in den Jahren nach dem Ende des ersten Weltkriegs weit verbreitet. Und sie hatten eine lange Vorgeschichte, die auf die Strategiedebatten der linken Sozialrevolutionäre Russlands vor und nach der Jahrhundertwende zurückgeht. Einer ihrer Hauptexponenten, dessen Schriften Kafka wahrscheinlich in tschechischer Übersetzung kannte, war Jan Waclaw Machaiskij. Machaiskij hatte immer wieder seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, dass die Intellektuellen die Aufstände und Organisationen der Arbeiter dazu benutzen würden, um selbst an die ökonomischen und politischen Machthebel zu gelangen und eine bürokratische Herrschaft über die russischen Bauern, Bauern-Arbeiter und Industriearbeiter zu errichten.[2]

Wie ist es aber wirklich um die Sozial-, Mentalitäts- und Klassengeschichte Russland seit dem Roten Oktober bestellt? Die entscheidende Erfolgsvoraussetzung der russischen Revolution war die Globalisierung der Arbeiteraufstände gegen die kriegführenden beziehungsweise den Nachkrieg strukturierenden imperialistischen Machtblöcke zwischen 1916 und 1923, zu denen sie ursprünglich gehörte. Die globale proletarische Wende scheiterte jedoch. Um trotzdem zu überleben, schlossen sich



die intellektuellen Berufsrevolutionäre und die Arbeiter-Intellektuellen der Bolsheviki zu einem diktatorischen Machtblock zusammen, der der inneren und äußeren Gegenrevolution eine Art von „Kriegskommunismus“ entgegensetzte. Dadurch verschärfte sich ein strukturelles Problem, das das bolshevistische Projekt schon immer prekär gemacht hatte: Seine Programmatik war weitgehend auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen des entwickelten Westens zugeschnitten. Das konnte nicht gut gehen, und die Versuche einer Minderheitsströmung, die bolschewistische Strategie den ökonomischen und gesellschaftlichen Realitäten der Sowjetunion anzupassen, scheiterten. Schließlich spitzten sich die gesellschaftlichen und politischen Konflikte derart zu, dass nur noch extrem gewalttätige Lösungsansätze erfolgversprechend schienen. Die Bauern, Bauern-Arbeiter und Industrieproletarier wurden einem barbarischen Projekt der nachholenden Industrialisierung unterworfen, und die bolschewistischen Kader wurden in der Cistka, der Großen Säuberung, ermordet, weil sie der Reintegration der alten Funktionseliten des Zarismus im Weg standen. An ihre Stelle trat ein Herrschaftsbündnis der neuen Technokratenschicht der Einheitspartei mit der alten Beamten- und Militärskaste der zaristischen Autokratie. Das war die soziale Grundlage des Stalinismus. Im Ergebnis der internen Machtkämpfe der Bolsheviki hatte sich die Gegenrevolution auf der inneren Linie durchgesetzt. Sie machte aus der Partei der Bolsheviki eine Partei der Hingerichteten.

Die sowjetische Entwicklungsdiktatur blieb jedoch immer labil, trotz ihrer erstaunlichen Expansion im Ergebnis des zweiten Weltkriegs. Die ungeheuren Verluste, die der deutsche Vernichtungskrieg der Sowjetunion zugefügt hatte, ließen sich so nicht ausgleichen, und dann tat der Kalte Krieg ein Übriges, um durch den Parasitismus einer jahrzehntelangen Hochrüstung den Übergang zu einer intensiven sozioökonomischen Entwicklung zu blockieren. Entscheidend aber war das Fortbestehen einer krassen und gewalttätigen Gesellschaftsspaltung in *Nomenklatura* und subalterne Klassen, die das Entstehen effizienter Exploitationsbeziehungen blockierte. Die Arbeiterklasse verweigerte sich. Ihre Produktivität blieb niedrig, und das Ergebnis war die Herausbildung einer hybriden Ökonomie, in der staatliche Sektoren, Privatsektoren und Schattenwirtschaft nebeneinander koexistierten, um schließlich zu kollabieren. Das erste Bündnisprojekt zwischen Intelligenz und subalternen Klassen war gescheitert, und dieses Scheitern sollte alle sozialistischen Alternativansätze, auch die nichtbolshevistischen, für Jahrzehnte diskreditieren.

Trotzdem hatte Kafka nicht Recht. Es war den Sekretären, Funktionären und Berufspolitikern nicht gelungen, es sich auf den Schultern der subalternen Klassen bequem zu machen. Die Herrschaftsbeziehungen verfestigten sich nicht. Der Untergang kam ein Menschenalter nach der Revolution, und heute ist Russland wieder eine integrale Variante des kapitalistischen Weltsystems, die im Innern immer offenkundiger zu jenen Strukturen zurückkehrt, die der Zarismus bis zum Vorabend des ersten Weltkriegs hervorgebracht hatte.

Wer gehört zur Intelligenz, und wer ist ein(e) Intellektuelle(r)?

Spätestens jetzt dürfte klar geworden sein, wie brisant und schmerzhaft es ist, nach den Beziehungen zwischen der Intelligenz und den ausgebeuteten Klassen zu fragen. Ich freue mich, dass es inzwischen möglich ist, in dieser Angelegenheit auch vor der eigenen linken Tür zu kehren, ohne einen Tumult auszulösen, der in wilden gegenseitigen Schuldzuweisungen und Beschimpfungen endet. Vor allem die historische Forschung hat dafür den Boden bereitet. Nur wenn wir – wie schmerzlich auch immer – die geschichtlichen Traumatisierungen verarbeiten, mit denen die Beziehungen zwischen Intelligenz und Proletariat belastet sind, haben wir die Chance und das Recht zu einem glaubwürdigen Neuanfang.

Nach dieser ersten Selbstvergewisserung möchte ich einen Schritt weiter gehen und mich denjenigen Begriffen zuwenden, über die wir uns verständigen sollten, um mit ihrer Hilfe die aktuellen soziostrukturellen Beziehungen zwischen Intelligenz und sozialer Frage zu erörtern.

Wer gehört zur Intelligenz?

Diese Frage lässt sich klar und eindeutig beantworten. Zur Intelligenz gehören die-

jenigen Mitglieder einer Gesellschaft, die eine hoch qualifizierte Ausbildung absolviert haben. Das ist heutzutage im Allgemeinen der Hochschulabschluss. Alle diejenigen gehören der *educated society* an, die mehr oder weniger erfolgreich durch das akademische Feld gewandert sind.

Diesem akademischen Feld können sie auch weiterhin angehören – als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und/oder als Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer (Fall a).

In der Regel verlassen sie aber das akademische Feld, in dem die Angehörigen der Intelligenz produziert und sozialisiert werden. Sie steigen im Allgemeinen in die Funktionseliten der Gesellschaft auf (Fall b), und zwar in die klassischen Funktionseliten der Ärzte, Juristen, Lehrer, Wirtschaftsmanager und Berufspolitiker; oder auch in die neuen Funktionseliten, die in den vergangenen Jahrzehnten im Bereich der Informationstechnologie und der Beratungsunternehmen entstanden sind. Sie repräsentieren die Kernschichten der Mittelklasse, indem sie einerseits als Vermittler kapitalistischer Herrschaft agieren und andererseits selbst als Erwerbsabhängige unter diese subsumiert sind. Eine dritte, zahlenmäßig kleine Gruppe der Intelligenz wird darüber hinaus in die Führungsschichten kooptiert (Fall c). Am unteren Pol steht ihr schließlich eine soziale Gruppe gegenüber, die zu denjenigen absteigt, die nicht zu den Vermittlungsagenturen kapitalistischer Herrschaft gehören und ihre Arbeitskraft entäußern und fremdbestimmte Arbeiten verrichten müssen, um leben zu können (Fall d). Je nach dem Charakter und der Dynamik des Wirtschaftszyklus verschieben sich diese vier Gruppen der Intelligenz quantitativ gegeneinander. In Konstellationen lang anhaltender Prosperität dominiert der soziale Aufstieg, unter den Bedingungen der strategischen Unterbeschäftigung, denen wir heute unterliegen, verstärken sich die Tendenzen zum sozialen Abstieg in die exploitierte Multitude.

Dessen ungeachtet ist die Intelligenz grundsätzlich immer in allen Klassen vertreten: Sowohl in der Mittelklasse (Fall a und b), als auch in der herrschenden Klasse (Fall c) und in den subalternen Klassen der Gesellschaft (Fall d).

Schließlich ist die Art und Weise, in der die der Intelligenz Zuzurechnenden ihre Sozialisation im Habitus reproduzieren, entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu einer dieser vier Gruppierungen unterschiedlich ausgeprägt. Entsprechend unterschiedlich sind auch ihre Möglichkeiten, ihre habituellen Schranken durch gesellschaftliche Lernprozesse aufzusprengen.

Wer ist Intellektuelle / Intellektueller?

Die Intellektuellen sind Teil dieser vielschichtigen Intelligenz. Sie ragen aus ihr hervor, denn sie verfügen über besondere symbolische, rituelle, materielle und mediale Handlungsmöglichkeiten und beanspruchen häufig gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Ihre Beziehungen zum Herrschaftssystem sind ambivalent, aber auch von Feld zu Feld unterschiedlich und oft in sich antagonistisch.

Wie ambivalent die Intellektuellen in ihren jeweiligen Gesellschaften verortet sind und agieren, soll ein kursorischer Blick auf die Geschichte der französischen Intellektuellen zeigen. Wir alle kennen und bewundern ihren glänzenden Beginn mit den Heroen der Aufklärung: Diderot, Voltaire und Rousseau. Daran haben sich auch noch die Potentaten des 20. Jahrhunderts erinnert, etwa Charles de Gaulle, der das Begehren seines Innenministers, den linksradikal „entgleisten" Sartre verhaften zu dürfen, mit der Bemerkung zurückwies: „Einen Voltaire verhaftet man nicht". Wir erinnern uns auch an die Glanzlichter in anderen Epochen, etwa zur Zeit der Dreyfus-Affäre, wo sich die um Zola gescharten Intellektuellen im Kampf gegen die Institutionalisierung des Antisemitismus als Gewissen der Republik bewährten. Auch als Anhänger der Arbeiterbewegung, insbesondere des Syndikalismus, haben sich französische Intellektuelle profiliert. Zu dieser Zeit waren sie aber längst unter sich zerstritten und polarisiert wie die gesamte französische Gesellschaft: Denken wir nur an die Allianz großer Teile der Intelligenz mit der aristokratischen Rechten der *Action française* oder an die *collaboration* prominenter französischer Intellektueller mit der deutschen Besatzungsherrschaft zwischen 1940 und 1944. Erst in den 1950er Jahren wendete sich das Blatt wieder, als Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir und Albert Camus neue Maßstäbe einer existenzialistisch fundierten intellektuellen Integrität setzten und nach 1956 an der im gesamten Westen einsetzenden Erneuerung des Marxismus teilnahmen. Dann kam der französische Mai 1968. Zwanzig Jahre später schlug das Pendel wieder weit nach rechts aus und übergoss die durch die *grande révolution* geadelten linken Avancen der Intellektuellen mit dem Hohn und Spott des Geschichtsrevisionismus. Aber parallel dazu hatte sich längst eine sozialkritische intellektuelle Strömung gefestigt, deren empirische und historische Studien inzwischen das jüngste Nachdenken über die Beziehungen zwischen Intelligenz und subalternen Klassen wesentlich mitgeprägt haben – Michel Foucault und Pierre Bourdieu sind hier stellvertretend für viele andere zu nennen.

Diesem bunten und nicht nur in Frankreich so wankelmütigen Völkchen der Intellektuellen standen etwa zwei Menschenalter lang jene Intellektuellen gegenüber, die die Arbeiterbewegung aus sich selbst hervorbrachte, und die Antonio Gramsci etwas unglücklich als „organische Intellektuelle" bezeichnet hat. Sie waren das Produkt einer eigenständigen Bildungsinitiative unter dem Einfluss sozialistischer Pädagogen. Sie wurden in den Partei- und Gewerkschaftsschulen sowie in der Erwachsenenbildung sozialisiert und brauchten sich vor den Intellektuellen der jeweiligen nationalen akademischen Felder nicht zu verstecken. In der Zwischenkriegszeit und insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg sind aus ihren Reihen die gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Funktionsträger des Sozialstaats hervorgegangen, jener Periode des strategischen Klassenkompromisses mit dem Kapital, der heute so Viele als einem angeblich „goldenen Zeitalter" nachtrauern. Auch bei den „organischen Intellektuellen" der Arbeiterbewegung lagen reaktionäre und gesellschaftsprogressive Tendenzen oft eng nebeneinander. Ihre programmatischen Eckdaten sind heute wieder in aller Munde: Vollbeschäftigung, lebenslange Arbeitsplätze, soziale Sicherungen usw.

Darüber sollten wir aber die reaktionären Komponenten nicht vergessen, die oft in Personalunion präsent waren und über diese Mediatoren die gesamte Arbeiterbewegung geprägt haben: Autoritäre Verhaltensweisen, ein extrem patriarchalisches Unterwerfungsverhalten gegenüber den Frauen, ein oftmals völkisch übersteigerter Nationalismus, der den Migrantinnen und Migranten gegenüber keinen Pardon kannte und eine transkulturelle und internationalistische Öffnung der Arbeitermilieus blockierte. Es waren nicht zuletzt diese Symbolfiguren der Arbeiterbewegung, gegen die wir in den 1960er und 1970er Jahren revoltiert haben, weil sich in ihnen die patriarchalische Arroganz des doppelt freien männlichen Lohnarbeiters spiegelte, der nicht im geringsten daran dachte, das klasseninterne Knechtungsverhältnis gegenüber den unbezahlte Reproduktionsarbeit leistenden und sexuell ausgebeuteten Frauen der Kleinfamilien auch nur zu lockern. Dabei übersahen wir freilich alle diejenigen, die im Stillen und unter recht engen Rahmenbedingungen die Möglichkeiten linker und gesellschaftsemanzipatorischer Ansätze ausloteten.

Seit die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse in den 1980er Jahren verlassen hat, ist die Schicht der „organischen Intellektuellen" am Aussterben. Es besteht sicher kein Anlass, ihnen nachzutrauern. Aber zugleich stellt sich das Problem des / der „organischen Intellektuellen" auf dramatische Weise neu.. Um dabei eine Wiederholung patriarchalisch-autoritärer Verselbständigungstendenzen zu vermeiden, sind grundsätzliche Vorkehrungen erforderlich, die über die Forderung nach basisdemokratischer Legitimation, nach Funktionsrotation und nach egalitärer Repräsentation von Frauen, Männern, Jungendlichen und Alten sowie der Indigenen und Migranten weit hinausreichen. Dazu noch weiter unten.

Das aktuelle Verhältnis zwischen Intelligenz und sozialer Frage

Nach dieser historischen und soziologischen Vorbemerkung können wir uns endlich dem Kern unserer Fragestellung zuwenden: Wie ist es heutzutage um die Beziehungen zwischen der Intelligenz und den subalternen Klassen bestellt? Bevor wir uns mit ihr auseinandersetzen, möchte ich etwas über die Ambivalenz des aktuellen Sozialprozesses sagen. Wir gehen zu Recht von dem Befund aus, dass sich unter der Wucht der entfesselten kapitalistischen Dynamik die sozial geschützten Arbeitsverhältnisse zunehmend auflösen, und dass ungeschützte, die Existenz nicht mehr absichernde und extrem labile Arbeitsverhältnisse zur Norm geworden sind, die wir in ihrer ganzen Vielfalt als prekäre Arbeitsverhältnisse bezeichnen. Dabei dürfen wir jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass es vor allem die Aussteigerinnen und Aussteiger der Sozialrevolten der 1960er und 1970er Jahre gewesen sind, die diesen Zustand aktiv herbeigeführt haben. Wir leben seither in einer Epoche der Individualisierung und der komplexen Umgestaltung der gesellschaftlichen Strukturen in kleine Netzwerk-Gemeinschaften, die neue Bedürfnisse nach Zeitsouveräntität, nach einem selbstbestimmten Rhythmus von Arbeiten und Leben sowie nach einer Aufhebung der bisherigen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hervorbringt. Das sollten wir nicht vergessen, auch wenn es zutrifft, dass das Kapital längst begonnen hat, sich diese neuen Bedürfnisse anzueignen und die Verwertung des Arbeitsvermögens in die Tiefen seiner verborgenen Motivationsstrukturen voranzutreiben.

In der Tat hat auf der Ebene der Arbeitsverhältnisse ein Prozess begonnen, der dem bekannten Wettrennen zwischen Hase und Igel gleichkommt, wobei das Kapital zunehmend die Rolle des listigen Igels einnimmt und das um seine Selbstbestimmung ringende Arbeitsvermögen einem immer brutaleren Regime von Unterbezahlung und Überausbeutung unterwirft. Gerade deshalb sollten auch wir hier ansetzen und die emanzipatorischen Tendenzen zu selbstbestimmter Arbeit gegen die kapitalistische Verwertungslogik wenden. Denn zu den versteinerten Strukturen einer lebenslang fixierten, taylori-

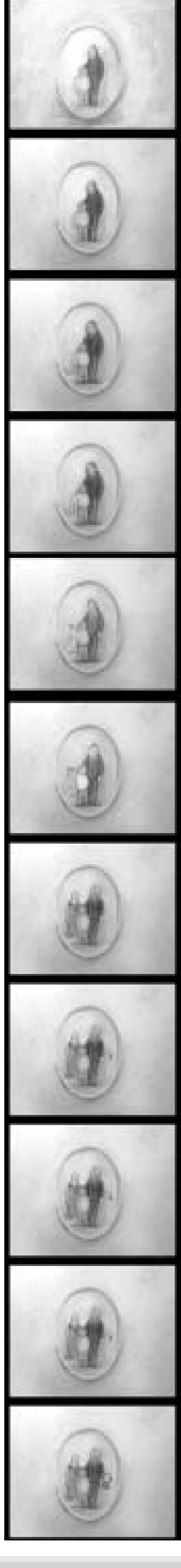
stisch zerlegten, patriarchalisch binnenstrukturierten und konsumistisch kompensierten Arbeitsethik will niemand mehr zurückkehren. Erst wenn wir den ambivalenteren Sachverhalt begreifen, dass die flexibilisierte Arbeit nicht nur Prekarisierung und verschärfte Ausbeutung bedeutet, sondern auch Spaß macht und in ihrer weiteren Entfaltung auf neue Weise sozial abzusichern ist,[3] werden wir in der Lage sein, die neuen Beziehungen zwischen Intelligenz und arbeitenden Klassen adäquat zu bestimmen und eine egalitär-sozialistische Gegendynamik gegen die reformierte kapitalistische Verwertungslogik in Gang zu bringen.

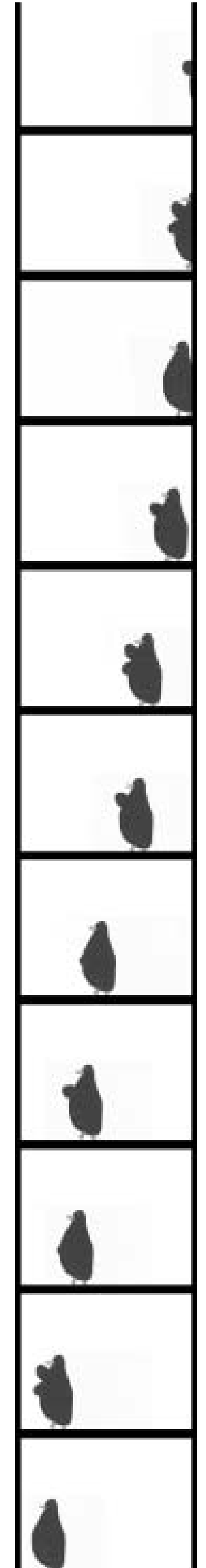
Doch nun zur Frage nach der aktuellen Verortung der Intelligenz im gewandelten sozialen Feld. Die Erkenntnis, dass die akademische Qualifikation kein Garantieschein für die Integration ihrer Träger in die Funktionseliten oder gar die Führungsschichten mehr ist, hat sich inzwischen breit durchgesetzt. Seit dem Beginn des neuen Millenniums sind wir darüber hinaus Zeugen einer rasch um sich greifenden Zerstörung der Mittelschichten. Damit sind die bisherigen Aufstiegs- und Integrationsmechanismen erheblicher Teile der Intelligenz blockiert. Wichtige Segmente der klassischen Funktionseliten sind einer zunehmenden Prekarisierung ihrer Berufs- und Lebensverhältnisse ausgesetzt, beispielsweise die Medizinerinnen und Mediziner, die nun im Anschluss an die Patienten die Folgen der Deregulierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens zu spüren bekommen. Aber auch bei den hochqualifizierten neuen Selbständigen und Mikro-Unternehmern der Informationstechnologie und der Consulting-Branche sind die guten Zeiten existenzsichernder Kontraktbeziehungen mit ihren Auftraggebern vorbei, und auf der immer hektischer werdenden Jagd nach Kunden und Klienten geraten viele von ihnen in einen Zustand, den die Arbeitspsychologen als „soziales burn out“ bezeichnen. Besonders schwierig ist inzwischen auch die Situation von mehr als zwei Dritteln der hochqualifizierten Berufsanfänger. Sie müssen sich auf extrem unterbezahlte „Praktikantenstellen“ einlassen, um überhaupt einen Einstieg zu finden, oder sich mit Gelegenheitsjobs in der Service-Branche durchschlagen. Nach zwei bis drei Jahren beginnen sie dann, sich in irgendwelchen Nischen Kontraktjobs zu organisieren, in denen sie ihre erlernten Qualifikationen umsetzen. Etwa einem Drittel gelingt aber auch dieser Einstieg nicht, und damit geraten sie an die Grenze sozialer Abstürze, vor denen sie die Reste der sozialen Netze – das inzwischen berüchtigte „Arbeitslosengeld II“ – nur noch sehr bedingt und zudem auf zunehmend demütigende Art und Weise schützen.

Große Teile der Intelligenz werden also selbst zu einem Bestandteil der „sozialen Frage“. Das alte Schein-Dilemma des „Klassenverrats“ wird zunehmend hinfällig. Sie verstärken die wachsende Multitude der Exploitierten und Prekären von den oberen Segmenten her. Es wäre jedoch ein großer Irrtum zu glauben, dass sich daraus ein Automatismus herleitet, der die Intelligenz auch habituell in die subalternen Klassen auflöst.

Erstens wird ein erheblicher Teil nach wie vor in die übergreifend formierte Managerschicht des jetzigen Zyklus kooptiert werden, und das zementiert tendenziell die partikularistischen Eigeninteressen der gesamten Intelligenzschicht: „Vielleicht werde auch ich es noch schaffen“. Darüber hinaus zerstört die neue Managerschicht des Neoliberalismus im Prozess der fortschreitenden Ökonomisierung von Wissenschaft und Bildung zunehmend die Möglichkeiten zu einer gesellschaftskritischen Analyse, sodass die methodischen, personellen und institutionellen Voraussetzungen einer systemkritischen Selbstreflexion beseitigt werden.

Diese neue Managerschicht hat aber auch die politischen Strukturen der untergegangenen Arbeiterbewegung besetzt und agiert auf einer inneren Linie gegen die Lernprozesse der sich von oben und unten verbreiternden Multitude. Das ist der soziale Ausdruck eines immer krasser zu Tage tretenden Demokratiedefizits in den Apparaten der sich entsprechend dem Mitgliederschwund „gesundschrumpfenden“, also weiter zentralisierenden Einheitsgewerkschaft, aber auch des neuen linken Aufbruchs. Die Zugehörigkeit zur politischen Kaste dieser Managerschicht hat auch für viele Akteure des neuesten linken Aufbruchs oberste Priorität. Ihrem Selbstverständnis nach sind sie Berufspolitiker, für die die Sozialbewegungen in erster Linie Hilfstruppen für die Konsolidierung des





durch sie repräsentierten Segments des politischen Felds darstellen. Ihre „Politik als Beruf" ist zu allererst ein Projekt der eigenen Existenzsicherung, die nur durch ihre Teilhabe an der politischen Macht gewährleistet ist. Dabei stört es sie nicht, wenn sie in einen offenen Konflikt mit den vitalen Interessen der subalternen Klassen geraten, wie die Beteiligung der Linkspartei an den Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern drastisch unter Beweis stellt.

Aber auch die Defizite der alten Arbeiterbewegung spielen noch immer eine gewichtige Rolle. Ihre Staatsfixiertheit, ihre Tendenzen zum autoritären Kadergehorsam, ihr patriarchalisches Verhältnis zu Frauen und MigrantInnen und die Verlockungen einer doktrinären Welterklärung mit Hilfe einfacher ideologischer Versatzstücke sind nach wie vor wirksam und blockieren den offenen Blick auf die radikal gewandelten Klassenverhältnisse. Das Sektenwesen der frei schwebenden „organischen Intellektuellen" einer untergegangenen Klassenformation setzt im Machtkampf mit den postmodern-linken Aspiranten durch „Politik als Beruf" erneut auf das sich öffnende politische Feld. Es schreckt alle diejenigen sofort wieder ab, die auf dem steinigen Weg zum praktischen Engagement zu ihren ersten Gehversuchen ansetzen.

Hinzu kommt die Scheu der wachsenden „proletaroiden" Segmente der Intelligenz, sich mit ihrer eigenen sozialen, ökonomischen und kulturellen Misere auseinanderzusetzen. Ohne eine wie auch immer geartete „kollektive Selbstuntersuchung" sind Lern- und Selbstorganisationsprozesse aber nicht möglich. Hier sehe ich auf mittlere Sicht das größte Problem. Die Schere zwischen dem Anspruch auf möglichst selbstbestimmte Berufstätigkeit und den tatsächlichen Arbeitsverhältnissen hat sich bedrohlich weit geöffnet. Anspruch und Wirklichkeit sind nicht mehr in Deckung zu bringen, wie ein Beispiel aus Wien zeigt, wo die inzwischen 3.000 in der Gewerkschaft der Privatangestellten assoziierten selbständigen Arbeiterinnen und Arbeiter laut einer internen Umfrage bei Arbeitszeiten zwischen 50 und 60 Wochenstunden durchschnittlich 900 Euro im Monat verdienen. Schon einmal – in der Zwischenkriegszeit – hat die Arbeiterbewegung diese nicht zur industriellen Kernarbeiterklasse gehörenden Segmente der subalternen Klassen ausgegrenzt und auf diese Weise wider bessere Absichten dem Faschismus in die Hände gespielt. Da den neuen Scheinselbständigen noch nicht einmal die Reste sozialstaatlicher Sicherung zugänglich sind, entsteht hier eine bedrohliche Situation. Wenn die Linke an diesem Punkt nicht eingreift – zumal sie selbst zu erheblichen Teilen betroffen ist -, wird hier der autoritäre Neokonservatismus seine entscheidende politische Basis finden und den so dringend nötigen Prozess der sozialen, mentalen und kulturellen Homogenisierung der subalternen Klassen blockieren. Dann war die Unterstützung der Lega Nord und der Berlusconi-Regierung durch die zweite Generation der italienischen neuen Selbständigen der Mikro-Unternehmen nur ein Vorspiel.

Handlungsperspektiven

Die Beschleunigung der sozialen Polarisierung und die umfassende Durchsetzung prekärer Arbeitsverhältnisse durch die entfesselte kapitalistische Dynamik verlangen nach einer programmatischen Gegenperspektive, um die sich verstärkenden Ansätze gesellschaftlichen Widerstands zu bündeln und um über rein defensive und anachronistisch gewordene Positionen hinauszukommen, wie sie etwa von den Nostalgikern des Sozialstaats verfochten werden. Dafür sind analytische und intellektuelle Fähigkeiten vonnöten, die heute – im Gegensatz zu früheren Etappen des kapitalistischen Systems – innerhalb der sich von unten und oben verbreiternden „Multitude" der Ausgebeuteten und Ausgegrenzten direkt verankert sind. Die neue Proletarität braucht keine Programme mehr, die von außen an sie herangetragen werden, und sie benötigt auch keine Avantgarden mehr, die stellvertretend für sie die politischen Geschäfte erledigen. Sie kann – unter zunehmender Einbeziehung der proletarisierten Schichten der Intelligenz – selbst tätig werden. Für die Intelligenz ist der Masochismus kommunistisch-sozialdemokratischer Parteidisziplin nicht mehr vonnöten, denn es geht bei den sich entfaltenden sozialen Kämpfen unmittelbar auch um ihre eigenen Bedürfnisse nach einem besseren, glücklicheren, gesünderen und sozial gesicherten Leben.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass das schon immer so war. Nur diejenigen Intellektuellen haben unter dem Druck von Repressalien und Niederlagen am Ziel der sozialen und kulturellen Egalität aller Menschen festzuhalten vermocht, denen bewusst war, dass dies die Voraussetzung für ihr eigenes Wohlergehen ist. Dazu zwei individuelle Beispiele.

Kürzlich hat Lothar Peter, der bisherige Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Universität Bremen, in einer eindrucksvollen Abschiedsvorlesung zum Ausdruck gebracht: Die soziale Emanzipation ist gerade auch aus intellektueller Perspektive keine Frage altruistischer Moral, sondern Vorbedingung zur Entfaltung der eigenen sozialen Individualität. Lothar Peter, ein Absolvent der Marburger Schule, hat über 30 Jahre lang in Bremen gelehrt, und die einzige äußere Zäsur seines Berufswegs stellte zu Beginn der 1970er Jahre eine zweijährige Assistententätigkeit bei Pierre Bertaux in Paris dar. Das äußerlich so bruchlose Dasein als Wissenschaftler und Hochschullehrer war aber durch einen aufregenden Ausbruch aus der Enge des marxistischen Dogmatismus in einen offenen Prozess der gesellschaftlichen Befreiung gekennzeichnet.[4]

Ein weiteres Beispiel ist die US-amerikanische Historikerin Gerda Lerner, die unter besonders extremen äußeren Bedingungen ihre Identität als Intellektuelle und Sozialistin gewahrt hat.[5] Als Heranwachsende organisierte Gerda Lerner die Flucht der Familie vor den Nazis aus Österreich. 1939 glückte ihr die Einreise in die USA. Sie heiratete einen Drehbuchautor und Schriftsteller und beteiligte sich an der Kaderarbeit der Kommunistischen Partei der USA in Hollywood. Danach profilierte sie sich als leitende Aktivistin einer linken Frauenorganisation. Ende der 1940er Jahre begann in der McCarthy-Ära eine Periode traumatischer Erfahrungen, die sich unter dem Druck der Desillusionierungen durch den Stalinismus zu einer existenziellen Krise verstärkten. 1958 glückte ihr dann ein Neuanfang. Sie begann ein Geschichtsstudium und avancierte im Rahmen einer glänzenden wissenschaftlichen Laufbahn zur Mitbegründerin des neuen Feminismus, den sie zusammen mit einigen Kolleginnen historisch rekonstruierte und akzentuierte. Auch sie befreite sich von der Enge dogmatischer Festlegungen, wobei sie die linke Arbeitergeschichtsschreibung an einem entscheidenden Schwachpunkt aufsprengte. Aber sie hielt unbeirrbar an ihrem Ziel fest, zur Emanzipation aller Menschen von Ausbeutung, Erniedrigung und Unterdrückung beizutragen.

Es fehlt also nicht an Vorbildern. Als mehr oder weniger randständigen Angehörigen der *educated society* eröffnen sich uns ganz neue Möglichkeiten. Die „soziale Frage" hat uns selbst gepackt, ganz direkt und unmittelbar, und deshalb können wir jenseits der gescheiterten Konzepte und Festlegungen der Arbeiterbewegung neu aktiv werden. Um dabei Erfolg zu haben, benötigen wir allerdings zweierlei:

Erstens die Bereitschaft und Fähigkeit, die gesellschaftliche Wirklichkeit – und nichts sonst – zum Ausgangspunkt unserer Analyse zu machen; uns also wissenschaftlich und als soziale Akteure bei der Verfolgung unserer emanzipatorischen Ziele auf einen Prozess einzulassen, dessen Ausgang wir noch nicht kennen. Die zu erneuernde - also über Marx hinaus zu treibende - sozialistische Theorie kann immer nur ein bestimmtes Stadium des gesellschaftlichen Prozesses reflektieren. Sie muss durch ihn und durch die Empirie der sozialen Lernprozesse ständig weiterentwickelt werden.

Zweitens die Einsicht, dass unser persönliches und sozial vernetztes Glück und Wohlergehen voraussetzt, dass es auch allen anderen Menschen gut geht. Das klingt banal, aber dies ist die radikale Gegenthese zum heute vorherrschenden Sozialdarwinismus Und sie ist glaubwürdig, weil wir ausschließlich menschheitliche Interessen zu vertreten haben – soziale, ökonomische, kulturelle und politische Gleichheit – und nicht die Sonderinteressen einer intellektuellen Schicht, die sich als Mediator der Herrschenden verdingt oder gar selbst hinter herrschaftlichen Ambitionen herjagt.

E-Mail: khroth@stiftung-sozialgeschichte.de

Anmerkungen:

1 Gustav Januch, Gespräche mit Kafka, Frankfurt a.M. 1951. Hier zitiert nach der italienischen Ausgabe der Gespräche und Tagebücher Kafkas: Franz Kafka, Confessioni e Diari, Milano 1996, S. 1108 f.

2 J. W. Makhaijski, Le socialisme des intellectuels, hg. von A. Skirda, Paris 1979.

3 Vor allem durch die Erkämpfung garantierter Mindestentgelte und eines bedingungslosen Grundeinkommens.

4 Vgl. als Zwischenbilanz auf diesem Weg einen Aufsatz aus dem Jahr 1989: Lothar Peter, Marxistische Soziologie, in: Sozialismus, Hamburg, H. 3/1989, S. 30-36. Wieder abgedruckt in: Stephan Moebius/Gerhard Schäfer (Hg.), Soziologie als Gesellschaftskritik. Festschrift für Lothar Peter, Hamburg: VSA-Verlag 2006, S. 12-29.

5 Wir verdanken ihr eine aufregende Autobiographie: Gerda Lerner, Fireweed. A Political Autobiography, Philadelphia: Temple University Press, 2002.

Brigitta Kuster
Die eigenwillige Freiwilligkeit der Prekarisierung

„Ich habe eine Woche lang überlegt und mich entschieden für die grüne Karte. Wenn man also die Bedingungen sieht, was Deutschland anbietet und was die andern Länder anbieten: zur Zeit für mich als Europäer und als Mensch ist es besser, wenn ich hier in Deutschland bleibe als zum Beispiel in den USA. Obwohl die Bedingungen, die Leistungen, die die grüne Karte bietet, schlechter sind als in anderen Ländern. Beim Firmenwechsel musst du immer neu beantragen und das bringt Angst für die Arbeitnehmer nach meiner Meinung.

[...]

Ich als Person, die seit vielen Jahren fern von zu Hause lebt, - da ist es nicht so wichtig, dass ich nach fünf Jahren wieder gehen muss. Entweder fliege ich irgendwohin anders oder ich gehe zurück nach Bulgarien. Ich kriege immer einen Job. Die Firma, bei der ich gearbeitet habe, kriegen mich nicht mehr nach fünf Jahren. Und das finde ich schlecht für deutsche Firmen."

Diese Aussage eines IT-Spezialisten und Inhabers einer deutschen Greencard[1] stammt aus einer Untersuchung, die ich zusammen mit Pauline Boudry und Renate Lorenz 2001 in München durchgeführt habe[2]. Sie nimmt die aktuell in Bezug auf neoliberale Arbeit verhandelten Thesen, die eine scharfe und politisch handlungsanleitende Trennlinie zwischen einer „freiwilligen Prekarisierung" sogenannter Luxusprekarisierter gegenüber einer „erzwungenen" unterprivilegierter Prekarisierten zu ziehen versucht, genauer in den Blick.

Binden Selbstführungtechniken Individuen, die sich mit ihrer Arbeit hoch identifizieren und/oder gesellschaftlich hoch bewertete Arbeitsplätze einnehmen, in einer derartigen Weise an die Wirkungen von Macht im Arbeitsbereich, die sich als „freiwillige Prekarisierung" kennzeichnen ließe? Und was wäre der Gewinn eines solchen Begriffs, der nahelegte, dass das Versprechen auf eine souveräne Position des Subjekts, dessen Sehvermögen auf die Unterwerfung unter eine Form der Prekarisierung verdeckt, welche sich ihrerseits in keiner Weise aus einer freien Entscheidung ableitete? Weist Prekarisierung tatsächlich ein derart doppelgestaltiges Gesicht auf, das sich in der Subjektivierung mit Freiwilligkeit zu verbinden, in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive aber auf Zwang und Elend zu reduzieren scheint? Impliziert ein solcher Gedanke nicht, dass dort, wo Prekarisierung jemandem vielleicht als ein Übermass an Elend und

Unterwerfung erscheint, das möglicherweise seine/ihre Gefühle verletzt, Subjektivität abgesprochen und ausgestrichen, bzw. als abgeschlossene und besiegelte Unterwerfung gedacht wird, die ohne „eigene Interessen" stattfindet und ohne Praktiken, die in einem „eigenen Auftrag" ausgeführt werden?

Ich denke, dass eine solche Auffassung von Prekarisierung gerade die Augen einerseits vor der Produktivität von Subjektivierung für die neuen Gestalten der sozialen Hierarchisierung verschließt wie auch für die Art und Weise, wie sich Macht im Bereich von „Arbeit und Leben" gegenwärtig neu formiert. Mir erscheint der Begriff der Prekarisierung jedoch dafür geeignet, das komplexe und bewegliche Verhältnis sowohl von Freiheit, Begehren und Zwang als auch von Unterwerfung /Subjektivierung und Ausbeutung zu adressieren, und auf mögliche sich daraus ergebende Handlungsräume hin zu befragen.

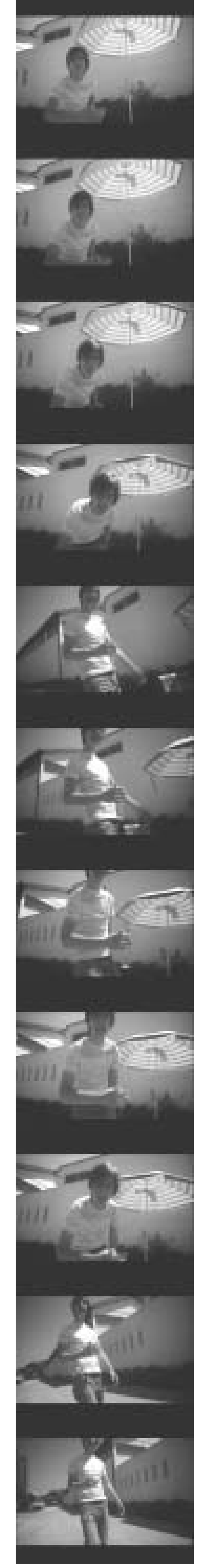
Zurück zum Eingangszitat: Folgten wir hier der Argumentation der „freiwilligen Prekarisierung", so müßten wir sagen, dass diese Person die Restriktionen der gesetzlichen Regelungen, die ihren Aufenthalt in Deutschland prekarisieren, dethematisiert, indem sie diese zunächst aufzählt, dann aber mit der Wendung, sich als ihnen gegenüber unabhängiges, souveränes Subjekt vorzustellen, überspringt. Sie teilt die (neoliberalen) Anforderungen wie bedingungslose Mobilität oder die Anpassung an einen als „unberechenbar" geschilderten Markt, aber auch Kategorien wie „Europäer, und ‚Mensch", ohne soziale Bezüge, Abhängigkeiten oder Verbindlichkeiten. Hegemonial besetzte Universalismen erscheinen so als nicht mehr befragte Voraussetzung, an die sich dieses Subjekt anzupassen versucht, statt dagegen zu widerstehen. Und dieses - so könnte man sagen - beharrliche Suchen nach einer persönlichen Autonomie, macht diesen Greencardinhaber zum besonders „guten" und produktiven Beschäftigten.

Ist aber bereits die ganze Geschichte erzählt, wenn festgehalten wird, dass die hier vorgetragene Souveränität, die sowohl Voraussetzung wie Effekt der Lebensführung dieser Person zu sein scheint, institutionelle und andere Zwänge verdeckt? Die Prekarisierung wird gerade geteilt, um gegenüber den gesetzlichen Einschränkungen einen Handlungsspielraum zu bewahren. In ihrem Selbstverhältnis artikuliert sich eine Differenz gegenüber der Subjektivierung in und durch die Zwänge nationalstaatlicher Arbeitsmigrationsgesetzgebung, die als blosse Unterwerfung zu lesen, meiner Ansicht nach zu kurz griffe. Denn sie stellt vielmehr eine (souveräne) Praxis vor, die zu eben jenen Institutionen, die ihre Bewegungs und Entscheidungsfreiheit regulieren, weder „ja, aber" noch „nein, sondern" sagt. Sie spricht ihnen jegliche Wirkmächtigkeit ab, und über /umgeht sie einfach. Die Behauptung einer solchen Praxis unterläuft so die Darstellung und Zuweisung „als Greencardspezialist" oder auch „als migrantische Arbeitskraft", die nach wie vor als „Reservearmee" konstituiert wird. Mehr noch: Die deutsche Wirtschaftspolitik, die deutsche Migrationsgesetzgebung, welche auf eine solche Subjektivierung setzen, werden als verfehlt und die GreencardinhaberInnen als davon unabhängig charakterisiert.

Sich mit seinen Fähigkeiten und Eigenschaften im Hinblick auf eine Disponibilität für die Arbeit immer wieder neu zu entwerfen, geschieht offensichtlich mit der Drohung, das Subjekt in der fixen Kategorie „als" einzuschließen, die seine Möglichkeiten, seine sozialen und territorialen Mobilitäten beschränkt, es dadurch der möglichen Abwertung Preis gibt oder in ein Ausschlussverfahren verwikkelt. Wenn etwa das Greencardvisum ausläuft und unserem Interviewpartner seine Identität „als Europäer" abgesprochen und er „zum Bulgaren" gemacht wird. Das zwingt ihn wiederum, sich neu zu entwerfen, etwa „als kosmopolitischer Computerspezialist", dessen Arbeitskraft qua Universalmaschine Computer überall einsetzbar ist usw.

Ich möchte diese Dynamik als eine Kondition der Prekarisierung bezeichnen: Ein Subjekt erscheint zwar frei, verschiedene Subjektpositionen („als hochbewertete Arbeitskraft in einer Zukunftstechnologie", „als Migrant unter deutscher Gesetzgebung") gleichzeitig oder nacheinander einzunehmen und dazwischen hin und herzuwandeln und diese (möglicherweise widersprüchlichen) Positionen erfolgreich zu verhandeln. Es erscheint in dieser Freiheit aber gleichzeitig dazu gezwungen, die Positionen zu verhandeln und seine Subjektivität als Disponibilität für die Arbeit in einer situierten und verkörperten Kohärenz zu entwerfen, darzustellen, ja zu antizipieren, um so die Drohung einer Festsetzung und eines Stillstandes abzuwenden. „Prekarisierung" tritt also immer schon als ein gesellschaftliches Verhältnis, als ein Set von Bedingung und Strukturen auf, nach denen sich die Subjekte erst „frei" verhalten können und gleichzeitig müssen.

Die Konfrontation dieser Freiheiten, das Spannungsverhältnis zwischen einer Freiheit, die den Ruf des Subjektes nach Mobilität beantwortet, und der Freiheit, der das in der Prekarisierung „freigesetzte" Subjekt ausgeliefert ist, markiert den flüchtigen Ort prekärer Lebens und Arbeitsverhältnisse.



Um zu erläutern, was ich mit der verkörperten Kohärenz meine, möchte ich ein Beispiel aus meinem eigenen Arbeitszusammenhang anführen. Bei den Präsentationen eines gemeinsamen Videos beobachtete ich, wie mein Co-Autor Mabouna, der in diesem Film sozusagen als Objekt des Filmes auftritt, immer entweder „als Flüchtling" oder „als Filmemacher" adressiert wurde, obwohl es kein biografischer Film ist, sondern ein Film über die Subjektivierung als Flüchtling. Das eine schien das andere auszuschließen.

Meine Präsenz als im Film nicht näher beschriebene Co-Autorin erschien dabei in Abhängigkeit der Zuschreibungen des jeweiligen Publikums ebenso beweglich zwischen der Position der „Assistentin" oder der „eigentlichen Filmemacherin" zu wechseln; auch meine Intelligibilität als KulturproduzentIn war dadurch gekennzeichnet, dass sie Kooperationen innerhalb der Aktualität allzu grosser sozialer Ungleichheiten tendenziell ausschließt. Eine Anerkennung auf der Höhe der Aktualität aller durchqueerten Subjektpositionen, die diese Arbeit verhandelt, war für unser Publikum selten auszusprechen. Und auch, für uns selbst stellte sich ein solch „mobiles Sprechen" als schwierig dar. Dem Ansehen als Flüchtling stand ein souveräner Auftritt als KulturproduzentIn als Widerspruch gegenüber. Mensch muss offenbar den Flüchtling abschütteln, die Subjektivierung als Flüchtling durchlaufen und überwunden haben, um bei der KulturproduzentIn anzukommen. Das Erlangen einer solchen Kohärenz „als" findet nicht einfach „aus sich selbst heraus" statt, sondern immer auch in Abhängigkeit davon, wie die dargestellten Fähigkeiten und Eigenschaften von anderen Subjekten und Institutionen beantwortet und anerkannt werden können; Subjektivität ist auch nicht einfach „in die Arbeit" gerufen, sondern wird in den Arbeitsprozessen selbst „produziert" und konstituiert, etwa im Sinne einer performativen Wiederholung und Re/Produktion von Geschlecht, Sexualität, Ethnizität etc. und deren differenzierten Anordnungen auf unterschiedliche gesellschaftliche oder Arbeits-Plätze.

Wenn wir also von Selbstverhältnissen sprechen, die in einem quasi voreiligen Gehorsam - oder „freiwillig" - neoliberale Anforderungen scheinbar übererfüllen oder gar antizipieren, dann müssen wir immer auch fragen - das möchte ich herausstellen - welche repressiven und fixierenden Apparate die Subjekte dabei zu umgehen versuchen.

Diese beiden Geschichten zu beschreiben, ohne die Perspektive eines (hetero) normativen, auf korporatistischen und nationalstaatlichen Kompromissen beruhenden Arbeitsbegriffs als Anerkennungs und Exklusionsinstanz in der eigenen Begrifflichkeit wieder zu installieren, bedeutete, die hier aufscheinenden Prekarisierungen nicht bloß als Exklusionen oder als einen Mangel zu fassen. Sie sollten vielmehr gleichzeitig sowohl als Entrechtung wie auch als eine Art Überschuss gesehen werden, - als ein Überschuss, der jene Recht und Anerkennung sprechenden Instanzen herausfordert, vor deren normativer Strukturierung diese Personen fliehen (hier etwa vor dem Status der Reservearmee, des Schutzbefohlenen oder vor der Verfangenheit in einer bürgerlichen Kultur). Diese Gleichzeitigkeit nicht abzuschneiden, sondern nach ihrer Artikulierbarkeit zu fragen, hieße, nach einer subjektiven Dynamik zu suchen, die auf gewisse Weise in die Prekarisierung eingeschrieben ist. Diese Dynamik schießt zwischen Affirmation und Unterwerfung hindurch, auch wenn solche Überschüsse selbst immer in spezifische Konstellationen von Macht und Herrschaftsverhältnissen eingelassen bleiben. - Oder, wie es Efthimia Panagiotidis als Aufforderung formuliert: „Sie [die Prekarisierung] beharrt in der zärtlichen Leidenschaft nach der Erfindung einer gemeinsamen Sprache [...].[3]"

Wie aber lässt sich diese in die Prekarisierung eingeschriebene Dynamik lokalisieren und jenseits dessen, was dabei singulär gelebt wird, als gesellschaftlicher Konflikt artikulieren?

Wir könnten sagten, dass die Kondition der Prekarisierung ein zu grosses Maß an Freiheit - eine Art Drohung der Freisetzung - impliziert, die in der gesamtgesellschaftlichen Prekarisierung die Möglichkeit der „freien Entscheidung" innerhalb des Sets an Anforderungen, sich aktiv zu halten, unterminiert. In dieser Perspektive ließe sich etwa die Kontrolle über Territorium und Arbeitsmobilität, wie wir sie gegenwärtig in den Grenzräumen

EU-ropas beobachten, als Intervention deuten, die versucht, einer entfesselten, nicht mehr regierbaren Freiheit - oder einer „freiwilligen Prekarisierung" - Bastionen staatlicher Souveränität entgegenzuhalten, die aber durch die subjektiven Praktiken dennoch permanent durchbrochen, unterlaufen, umgangen und angeeignet werden. Es gibt offenbar eine Krise zwischen (gesellschafts)vertraglich beschränkten Freiheiten und den Praxen, eine Gebrochenheit der institutionellen und materiellen Formen, in denen die Subjektivität der prekarisierten Arbeit angerufen, hervorgebracht, absorbiert und subsumiert wird. Dieser Sichtweise könnten wir entgegenhalten, dass es doch gerade diese Gebrochenheit der institutionellen und materiellen Formen selbst ist - wie wir es etwa am Beispiel des Greencardinhabers gesehen haben -, die die Prekarisierung zu einem derart produktiven Unterfangen macht.

Yann Moulier Boutang[4] etwa antwortet auf diese Ambivalenz, indem er von einer konstitutionellen Krise spricht, in der sich die Arbeitskämpfe gegenwärtig befänden. Anders als in den 1960er Jahren, als sie sich innerhalb und gegen das Verhältnis der kapitalistischen Produktion gerichtet hätten, stellten sie sich heute von beiden Seiten aus her: sowohl von der Seite der Arbeit als auch von der Seite des Kapitals. Dies hieße aber nicht, der Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital habe sich aufgelöst. Vielmehr kämpften beide Seiten um einen Einsatz, bei dem es um das gehe, was ausserhalb der Lohnarbeitsform liege. In diesem Sinne, so Boutang, sei die Krise der Arbeit und der Status des Arbeitskommandos als per Arbeitsvertrag entlohnter Arbeit zur konstitutionellen Krise geworden. Die subjektive Macht der Prekarisierung, so scheint es, liegt nicht unbedingt im Beharren auf bestehenden Garantien oder in der Forderung nach sozialen und politischen Rechten an dem Ort, wo sie unmittelbar angegriffen oder ausgesetzt werden, sondern in den Zwischenformen, in der bereits unterworfenen Dynamik der Freisetzung. So sucht etwa die Pariser Gruppe der „précaires et associés de Paris"[5] gerade unter dem Aspekt der „Intermittence"- der Unterbrechung/des Intervalls/ des Zwischenraums zwischen zeitlich limitierten vertraglichen Arbeiten - nach Möglichkeiten kollektiver konstitutiver Einmischung in eine politische Krise der Arbeitskonstitution. Die Intermittence, die früher durch eine Ausnahmeregelung für KulturproduzentInnen in der Arbeitslosenversicherung abgefedert und reguliert wurde, so das Argument der Gruppe, sei heute zum notwendigen Bestandteil der Produktivität geworden. Sie sei Bedingung dafür, dass sich die Produktion flexibel gestalten lasse und die Mobilität der Lohnabhängigen zwischen verschiedenen Projekten, Sektoren und Beschäftigungen sichergestellt werden könne. Insofern lasse sich die Intermittence - das Herausfallen als Bedingung der Kontinuität entlohnter abhängiger Arbeit - weder auf eine Ausnahmeposition von KulturproduzentInnen beziehen, noch privatisieren oder auf eine Reproduktionsfrage reduzieren.

Indem die Gruppe die Unterbrechung, in ihrer (die subjektive Sicherheit) bedrohenden wie ermöglichenden und begehrten Wirkung zugleich avisiert, versucht sie die Alternative zwischen frei gewählt und Zwang zu durchqueeren und die neoliberal vorgestellte Zwangsläufigkeit einer Alternative zwischen Egalität/sozialer Sicherheit/fixierter Positionierung und Freisetzung, Liberalität, Souveränität anzugreifen: „La précarité, si elle n'est pas réduite à la peur ou au ressentiment, est la seule noblesse en ces temps de dictature du risque, comme intégration vraie de la finitude et condition d'ouverture à la puissance, qui n'est pas pouvoir."[6] Durch eine solche Denkfigur könnte die Kondition der Prekarisierung nicht nur als eine gesellschaftliche Kondition sichtbar werden - hier in ihrem Aspekt der Diskontinuität -, sondern es könnte sich daraus eine konstitutive Macht bestimmen, ergreifen, entwikkeln und ausweiten lassen hinsichtlich der Frage, was produziert und wie es produziert wird.

E-Mail: brigittakuster@snafu.de

Amerkungen:

1 Zur Eröffnung der Computer-Messe CeBIT im Februar 2000 propagierte der damalige Bundeskanzler Schröder die so genannte Greencard, eine auf fünf Jahre befristete Arbeitserlaubnis für IT SpezialistInnen. Mit der Einführung dieses Arbeitsvisums war seit dem Beginn des Anwerbestops von ArbeitsmigrantInnen 1973 die erste medial und parlamentarisch breit geführte Debatte um Deutschland als Einwanderungsland verbunden, in der Immigration nicht nur als Bedrohung der inneren Sicherheit und als soziale und finanzielle Belastung diskutiert wurde.

2 Vgl. boudry/kuster/lorenz, „grüne karte, rote karte. subjektivität & die liebe zur arbeit", in diskus Nr. 1.02, Mai 2002.

3 Efthimia Panagiotidis, „DenkerInnenzelle X. Prekarisierung, Mobilität, Exodus", in: arranca. Zeitschrift für eine linke Strömung. Nr. 32 (Sommer 2005).

4 Vgl. u.a. Yann Moulier Boutang, „Lois sur les pauvres d'hier, vieilles questions et nouvelles perspectives pour aujourd'hui", in: Multitude, décembre 1997. Vgl. http://multitudes.samizdat.net

5 Vgl. http://www.pap.ouvaton.org

6 „Wenn sie nicht auf Ängste oder Ressentiments verkürzt wird, dann ist die Prekarität die einzige Noblesse in diesen Zeiten der Diktatur der Risiken. Sie ist ein tatsächlicher Einschluss der Endlichkeit, und sie ist Bedingung für die Öffnung gegenüber einer Kraft, die nicht die Macht ist."

Hans-Peter Büttner

Marx revisted. Geschichte und immanente Probleme der neoklassischen bzw. neoricardianischen Marx-Interpretation

Die Diskussion um das Marxsche „Kapital" war von Anbeginn an sehr kontrovers, spitzte sich dann aber in den siebziger Jahren im Gefolge der neoricardianischen Kritik der Marxschen Wert-Preis-Rechnung derart zu, dass selbst kritische ÖkonomInnen sich veranlasst sahen, die Marxsche Werttheorie aufzugeben. Im Folgenden werde ich aufzeigen, wie diese Diskussion entstand und auf welchen methodischen Prämissen ihre Interpretation der Marxschen Werttheorie basiert. Dabei ist diese Interpretation längst selbst aufgrund ihrer vollkommen undialektischen und dualistischen Interpretation der Marxschen Werttheorie Gegenstand marxistischer Kritik geworden. Die Diskussion im Anschluss an das Verdikt der „Redundanz der Werttheorie" hat hierbei zunächst im Ansatz des „Temporal Single Systems" (TSS) der angloamerikanischen „International Working Group on Value Theory" (IWGVT) eine Alternative zur neoricardianischen Marx-Interpretation hervorgebracht, die sich vom neoklassischen Referenz-System der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie gelöst hat. Es wird somit durch die IWGVT eine Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie vorgelegt, die Marx nicht in die Kategorien der bürgerlichen Gleichgewichtslehre hineinpresst. Dieser Ansatz ist leider hierzulande noch weitgehend unbekannt. Zuletzt hat die Diskussion der neunziger Jahre im deutschsprachigen Raum gezeigt, dass aber selbst die neoricardianische Kritik nicht hinreichend war zur Falsifizierung der Marxschen Werttheorie – es existieren selbst bei Akzeptanz dieser Kritik konsistente Lösungsverfahren – und, dass Modelle, die Produktionspreise ohne Rekurs auf Werte berechnen nicht nur erkenntnistheoretisch fragwürdig sind, sondern auch selbst über große, immanente Probleme verfügen.

1. Als sich Friedrich Engels in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts an die Herausgabe des dritten Bandes des „Kapital" von Karl Marx machte, ging es neben der ungeheuren editorischen Arbeit vor allem um die endgültige Beantwortung der zentralen Frage, wie sich die Marxsche Arbeitswerttheorie mit der Existenz einer Durchschnittsprofitrate aller Kapitalien vereinbaren ließe. Im ersten Band hatte Marx nämlich noch herausgestellt, dass der Mehrwert dadurch entsteht, dass der Kapitalist dem Arbeiter den am Markt üblichen Lohnsatz bezahlt für sein Recht, die Arbeitskraft des Arbeiters nutzbringend anzuwenden. Am Ende dieser Anwendung steht bekanntlich eine Ware, die durch Arbeit im Wert gesteigert wurde. Diese Wertsteigerung übertrifft aber jene Summe, welche

dem Arbeiter für das Zur- Verfügung-Stellen seiner Arbeitskraft entgolten wurde. Mit anderen Worten, der Lohnarbeiter wird vom Unternehmer für die Vernutzung seiner Arbeitskraft entsprechend des derzeit üblichen Marktwertes der Arbeitskraft bezahlt, da das Arbeits*produkt* aber Eigentum des Unternehmers ist, ist auch die gesamte Wertschöpfung, welche der Arbeiter im Arbeitsprozess geleistet hat, Eigentum des Kapitalisten. Der Mehrwert entsteht also durch die Differenz zwischen Wert und Wertschöpfung der Arbeitskraft und die *Mehrwertrate*[1] misst das Verhältnis des Mehrwerts zu der Lohnsumme des variablen Kapitals (m' = m/v). Marx nimmt an, dass eine allgemeine Mehrwertrate existiert, da unter der notwendigen Bedingung freier Konkurrenz nicht nur die Unternehmen ihren Profit maximieren – was zu einer allgemeinen Profitrate führt –, sondern auch die Arbeiter den bestmöglichen Lohn für ihre Arbeit anstreben[2]. Die Mehrwertrate kann erhöht werden erstens durch Verlängerung des Arbeitstages ohne Lohnausgleich, zweitens durch direkte Senkung der Reallöhne oder drittens durch eine (nicht mittels Lohnerhöhungen an die Arbeiterklasse weitergegebene) Steigerung der Arbeitsproduktivität. Während Punkt eins eine Erhöhung des *absoluten* Mehrwerts bedeutet, führen Punkt zwei und drei zur Erhöhung des *relativen* Mehrwerts[3]. Die Arbeitsmaterialien und technischen Gegenstände des Arbeitsprozesses nennt Marx hingegen „konstantes Kapital“, denn sie schaffen keinen Wert, sondern übertragen ihren Wert nur auf das Produkt und bestimmen als technologische Produktionsinstrumente den Produktivitätsgrad der Arbeit. Entsprechend haben Kapitalien, die viel konstantes Kapital anwenden, das ja selber keinen Profit abwirft, bei gleicher Mehrwertrate einen Nachteil gegenüber arbeitsintensiven Branchen, denn dort wird mehr Gewinn im Vergleich zu den „toten Kosten“ gemacht. Ein Kapitalist wäre folglich dumm, wenn er in einer „kapitalintensiven“ Branche produzieren würde. Die klassische Nationalökonomie ging deshalb stets von der notwendigen Existenz oder doch wenigstens Tendenz hin zu einer Durchschnittsprofitrate für *alle* Kapitalien aus und auch Marx verwirft dieses Konzept nicht[4].

Da sich aber augenscheinlich die Aussagen des ersten Bandes des „Kapital“ nicht mit der Existenz einer durchschnittlichen Verwertung *aller* Kapitalien vertragen, musste hier eine zufrieden stellende Lösung gefunden werden wenn das Paradoxon vermieden werden sollte, dass bestimmte Kapitalien dauerhaft weniger profitabel produzieren sollten als andere - womit der Anreiz zur Produktion dieser Waren für rendite-orientierte Kapitalisten hinfällig wäre.

2. Die qualitative Lösung dieses Problems lag nach Marxens 1894 von Engels als dritter Band des „Kapital“ veröffentlichten Manuskripten bekanntlich darin, dass unter den Bedingungen der Konkurrenz der einzelnen Kapitalien *sich der Mehrwert zwischen den Kapitalien umverteilt*. Erzielt z.B. Sektor A eine unterdurchschnittliche und Sektor B eine überdurchschnittliche Rendite, dann fließt Kapital weg von Sektor A und hin zu Sektor B. Somit steigt das Warenangebot in Sektor B und in der Folge fallen dort die Preise während in Sektor A der umgekehrte Effekt eintritt. Durch die Konkurrenz der Kapitalien um den Profit stellen sich Kapitalbewegungen zwischen den Sektoren ein und im Verlaufe dieser Bewegungen verändert sich das Preisgefüge selbst. Nur derjenige Preis erweist sich als für die konkurrierenden Kapitalien realisierbar, der nach Angebot und Nachfrage *nach Kapital selbst* eine allgemeine Verwertungsrate ermöglicht. Das Preissystem stellt somit über die Durchschnittsprofitrate bestimmte Anforderungen an die Werttheorie, denn der Wert tritt unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nur *als Kapital* auf, als *sich verwertender* Wert[5]. Die durchschnittliche Profitrate ergibt sich hierbei aus der Summe aller Mehrwerte im Verhältnis zur Summe aller konstanten und variablen Kapitale: $\Sigma m/(\Sigma c+\Sigma v)$. Die Durchschnitts-Profitrate ist für Marx somit eine makroökonomisch sich konstituierende Größe, *die sich aus der Interdependenz der einzelnen, konkurrierenden Kapitale ergibt*. Das Kapital bildet somit in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie eine dialektische, makroökonomische Einheit bzw. Totalität in seiner mikroökonomischen Zersplitterung.

Während auf der Ebene der Werttheorie also die Wert*schöpfung* der ProduzentInnen mittels Arbeit betrachtet wird, untersucht die Marxsche Preistheorie *die Wertschöpfung als Wertschöpfung konkurrierender Kapitalien*, welche unter der Bedingung einer einheitlichen, über die Konkurrenz vermittelten Profitrate stattfindet. Die Marxsche Behandlung des Verhältnisses der Wertanalyse zur Preisebene besteht also in einer ausschließlichen Umverteilung des Mehrwerts durch die Konkurrenz. Ausgangspunkt ist hierbei das zu Beginn einer Verwertungsbewegung von Marx als „Voraussetzung“[6] der Produktion bezeichnete konstante und das variable Kapital (also die Gesamtheit der Produktionsmittel sowie der Arbeitskraft). In der produktiven Anwendung und Kombination beider im Produktionsprozess ergibt sich, wie gesehen, ein Mehrwert, der aber unter der Bedingung konkurrierender Kapitalien in der Form des Profits erscheint, als „Resultat“[7] (Marx) der Bewegung. Auf der Makro-Ebene hat sich hier durch die Umverteilung nichts verändert, die Summe der Werte und die Summe der



Preise sind ebenso gleich geblieben wie die Summe der Mehrwerte und der Profite. Lediglich das *relative* Preisgefüge hat sich verändert und markiert den unter Konkurrenzbedingungen realisierbaren, aliquoten Anteil des Einzelkapitals am gesamten Mehrwert. Diese beiden notwendigen Klammern zwischen Wert- und Preisebene wurden später wegen ihrer Zentralität „Invarianzpostulate" genannt[8].

3. Diese Auffassung Marxens traf allerdings bald auf Widerspruch. Der sozialdemokratische Student Wolfgang Mühlpfordt hat 1893 (in seiner Dissertation) und 1895 (in einem Aufsatz in verbesserter Darstellung) die Marxsche Werttheorie als erster mittels eines simultanen Gleichungssystems dargestellt[9]. Mühlpfordt hat bereits 1895 Marxens „Kostpreis-Irrtum" aus Sicht der simultanistischen Gleichgewichtsökonomie formuliert wenn er konstatierte: „Weicht nicht, wie der Warenpreis, so auch der Preis des Kapitals, der Kostpreis von dem in ihm enthaltenen Werte ab? Die Frage ist ohne Zweifel zu bejahen"[10].

Es trat somit die Frage auf, ob Marx einen Fehler beging als er feststellte, dass mit der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate lediglich Mehrwert *umverteilt* wird und in den Aggregaten alles gleich bleibt. Der Preußische Statistiker und Nationalökonom Ladislaus von Bortkiewicz[11] hat dann 10 Jahre nach Mühlpfordt eben nicht als erster, aber am einflussreichsten aufzuzeigen versucht, dass in Marxens Verfahren die Bestandteile des konstanten und des variablen Kapitals gar nicht transformiert werden in Preisgrößen und somit Marxens Transformation „unvollständig" sei[12]. Sein Ansatz wurde von Paul M. Sweezy in dessen berühmter Monographie zur Marxschen Theorie[13] als konsistente und immanente „Korrektur" Marxens anerkannt und international bekannt gemacht. Bortkiewicz „berichtigte" Marxens Fehler mittels eines bis heute vielfach untersuchten linearen Gleichungssystems, in welchem er ein einfaches Modell mit drei Sektoren konstruierte, in dem die wertförmigen Inputs und Outputs mit den jeweiligen „Transformationskoeffizienten" der drei Abteilungen multipliziert werden (jedem Sektor bzw. Kapital ist also ein Umrechnungs-Koeffizient zugeordnet), um so zu Preisausdrücken zu werden. Der erste Sektor produziert hierbei die Produktionsmittel (also das konstante Kapital), der zweite Sektor die Konsumgüter der ArbeiterInnen (also das variable Kapital) und der dritte Sektor die Luxusgüter der KapitaleignerInnen (hier werden also die Güter hergestellt, die mit dem Mehrwert bezahlt werden). Wachstum findet nicht statt, die KapitalistInnen verkonsumieren den gesamten Mehrwert. Die unbekannten Variablen in Bortkiewicz' Algorithmus sind die drei Transformations-Koeffizienten sowie die Durchschnittsprofitrate. Da drei Gleichungen bei vier Unbekannten nicht zu lösen sind, schlug Bortkiewicz eine Goldwährung vor, d.h. in Sektor drei sollte der Koeffizient auf „Eins" normiert werden. Ist dieser Koeffizient gegeben, kann das Gleichungssystem gelöst werden. In Sektor III sind dann Wert- und Preissumme aufgrund der Multiplikation mit I identisch, und diese Abteilung dient somit gleichzeitig als Maßstab der anderen Abteilungen. Bortkiewicz rechtfertigte dieses Verfahren damit, dass die Luxusgüter von Sektor III ohnehin nicht in die Produktion anderer Waren eingingen und deshalb keine Auswirkung auf die Durchschnittsprofitrate hätten (diese Auffassung hat sich im späteren Verlauf der Debatte als unhaltbar erwiesen). Im Ergebnis läuft Bortkiewicz' Lösung allerdings darauf hinaus, dass zwar die Summe der Mehrwerte und der Profite gleich bleibt nach der Transformation – Wertsumme und Preissumme weichen aber nun voneinander ab. Wie ist das möglich?

4. Dass Mehrwertsumme und Profitsumme bei Bortkiewicz übereinstimmen ist unmittelbar einsichtig wenn wir bedenken, dass Sektor III mit seiner Festlegung auf einen Transformationskoeffizienten von „Eins" gar nicht *transformiert*, sondern lediglich *normiert* wird. Die berühmte Abweichung der Wertsumme von der Preissumme in Bortkiewicz' Algorithmus entsteht erst aufgrund der Messung von Sektor I und II durch den Gold-Standard von Sektor III. Besteht z.B. in Sektor III eine unterdurchschnittliche organische Zusammensetzung des Kapitals, müsste ja *nach* Herausbildung der Durchschnittsprofitrate der Produktionspreis von Sektor III fallen gegenüber seiner Wertsumme. Weil aber in Sektor III Wertsumme gleich Preissumme besteht (bzw. der Preiskoeffizient z auf „1" normiert wird), *kann hier keine Transformation stattfinden*. Da die

organische Zusammensetzung von Sektor III in aller Regel von Sektor II und III abweicht, muss der auf „1" normierte Maßstab (der auch „Numéraire" genannt wird in der ökonomischen Theorie) dazu führen, dass der Goldpreis *relativ* zu den anderen Preisen sinkt und somit die Preissumme sich gegenüber der Wertsumme erhöht. In *Preisen* ausgedrück muss sich also das Gesamtsystem gegenüber dem Wertsystem verschieben (und folglich auch die Preisprofitrate gegenüber der Wertprofitrate), da Sektor III als Numéraire zwar nicht in den Ausgleich der Profitrate eingeht, aber dennoch je nach seiner eigenen organischen Zusammensetzung wie gesehen das System der relativen Preise und die Summe der Preise beeinflusst. Genauso würde umgekehrt bei einer höheren organischen Zusammensetzung des Sektorenkapitals von Abteilung III die Preissumme kleiner als die Wertsumme ausfallen. Man kann auch sagen, dass die preisförmige Kaufkraft des Goldes je nach Varianz der organischen Zusammensetzung des Kapitals im dritten Sektor variiert und somit im Transformationsverfahren nicht „neutral" bleibt.

5. Spätere Verfeinerungen des Bortkiewiczschen Modells z.B. durch die neoricardianische Schule Pierro Sraffas haben dann ergeben, dass bei einer kompletten Transformation (was eben den dritten Sektor und seine Bestandteile einschließt) auch die Identität von Mehrwert- und Profitsumme zerstört wird. Es ergeben sich dann im Ergebnis zwei vollkommen voneinander getrennte Bewertungssysteme: Eines in *Arbeitswerten* und eines in *Produktionspreisen*, und zwischen beiden gibt es keine sinnvolle oder für die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise fruchtbar zu machende Beziehung mehr. Zwar können Arbeitswerte als „Nebenprodukt" aus dem neoricardianisch modifizierten Gleichungssystem[14] abgeleitet werden, doch können sie bei einer „Warenproduktion mittels Waren" auch ohne Erkenntnisverlust aus dem Gleichungssystem herausgestrichen werden. Dies wusste auch bereits Bortkiewicz, der ausdrücklich erwähnt, dass es möglich ist, Preise auf ihren „korrekten mathematischen Ausdruck zu bringen, ohne dass man von den entsprechenden Wert- und Mehrwertgrößen auszugehen brauchte, sondern letztere Größen kommen in der Rechnung gar nicht zum Vorschein, wenn man sich der exakten Formeln bedient"[15]. Weil die Wertebene im neoricardianischen Modell selber erst aus den physischen Mengendaten der Produktionsmittel abgeleitet wird (und somit ein zur Ermittlung der Gleichgewichtspreise nicht notwendiges „Nebenprodukt" darstellt), kann sie nicht zur Grundlegung und Ableitung eines Produktionspreissystems dienen und ist folglich „redundant". Auf marxistischer Seite wurde die tiefere Problematik der Eingemeindung Sraffas[16] und Walras'[17] bzw. der von diesen Ökonomen praktizierten undialektischen Methode nicht weiter reflektiert und so begann die Verwandlung der „Kritik der Politischen Ökonomie" in die modernen „Marxian Economics". Michio Morishima versuchte seit Anfang der siebziger Jahre entsprechend Marx „im Lichte der modernen ökonomischen Theorie"[18] zu rekonstruieren und dergestalt die Marxsche Ausbeutungstheorie als „Marxsches Fundamentaltheorem" (MFT) zu reformulieren[19]. Das MFT besagt nur noch *in allgemeinster Form*, dass dort wo positive Profite gemacht werden, auch Mehrarbeit (also Ausbeutung) vorliegen muss, ganz unabhängig davon wie sehr Wert- und Preisprofitrate bzw. Mehrwert und Profit nach der Wert-Preis-Transformation divergieren. Für Morishima war das MFT „Herz und Seele der Marxschen Philosophie weil es impliziert, dass Ausbeutung notwendig für die fortgesetzte Existenz einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, denn sie kann nicht existieren, wenn die allgemeine Profitrate nicht positiv ist"[20]. Auch nach dem kompletten Fall der von Marx noch vorausgesetzten Invarianzpostulate zur Identität von Wert- und Preis- bzw. Mehrwert- und Profitsumme sollte also der vermeintlich entscheidende Gehalt der Marxschen Ökonomiekritik – die Ausbeutungstheorie als solche jenseits besonderer Quantifizierungsversuche – verteidigt werden als fundamentale Grundaussage zum Ursprung des Kapitalprofits bzw. als objektive Schranke der Profitbewegungen. Allerdings präsentierte der Neoricardianer Ian Steedman 1975 prompt ein Zahlenbeispiel[21], bei dem rein rechnerisch trotz negativer Werte positive Profite möglich seien (womit das MFT natürlich widerlegt wäre[22]) und verwies auf das Problem der „Kuppelproduktion" in Morishimas Modell des MFT. „Kuppelproduktion" tritt dann auf, wenn ein und der Selbe Produktionsprozess (z.B. die Schafzucht) zwei verschiedene Produkte hervorbringt (z.B. Schafswolle und Schafsmilch) und wurde bis dato von marxistischer Seite weitgehend ausgeklammert. Steedmans Beispiel wiederum wurde von marxistischer Seite kritisiert, weil es auf „speziellen arithmetischen Anomalien"[23] beruht die z.B. darauf hinaus laufen, dass ineffiziente Produktionsprozesse gleichzeitig mit effizienteren benutzt werden[24]. Die Gleichungen Steedmans wurden somit als fehlerhaft und gar nicht mit dem Morishima-Marxschen Wert-Begriff vereinbar kritisiert[25]. Der kluge Morishima präsentierte nun in seiner Replik auf Steedman eine Lösung für dieses Problem mittels Ungleichungen, in denen „wahre", *minimale* Werte („true values") einzelner Waren ermittelt werden können und somit das MFT zum Generellen Marxschen Fundamentaltheorem GMFT unter Berücksichtigung von Kuppelproduktion erweitert wurde. Die Debatte hatte also

durchaus nicht zwingend bewiesen, dass die Morishima-Marxsche Werttheorie und die Ausbeutungslehre bzw. das Fundamentaltheorem unhaltbar sind, auch wenn die Diskussion immer spezialisierter und abstrakt-formaler wurde in ihrem Verlauf[26]. Allerdings war die große Marx-Renaissance längst vorbei Ende der siebziger Jahre und das „Transformationsproblem" eignete sich nun für viele müde gewordene linke Ökonomen gut zur Verabschiedung von der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie und zur Laufbahn im herrschenden Wissenschaftsbetrieb. Auch Morishimas Interesse an den „Marxian Economics" erlosch weitgehend.

6. Was bisher selbst von nahezu sämtlichen Verteidigern der Marxschen Werttheorie seit Bortkiewicz und Sweezy bis Morishima nicht hinreichend bedacht wurde ist die Frage nach dem methodischen Vorgehen der angeblich „immanenten", von Bortkiewicz populär gemachten Kritik gegenüber der Marxschen Wert-Preis-Rechnung. Die Frage des wissenschaftslogischen Status' der Marxschen Werttheorie sowie ihr Verhältnis zur „Erscheinungsebene" der Preislehre wurde interessanterweise kaum gestellt. Von Bortkiewicz bis Morishima wurde Marx umstandslos unter den Bedingungen neoklassischer Wirtschaftsanalytik rekonstruiert. Diese Sichtweise steht längst nicht mehr allein da, sondern gerät zunehmend in die Kritik. Seit Anfang der 80er Jahre haben sich in den USA eine Reihe - seit etwa einem Jahrzehnt in der „International Working Group on Value Theory" (IWGVT) vereinigter - marxistisch orientierter Ökonomen daran gemacht, eine vollkommen alternative Lesart der Marxschen Werttheorie zu formulieren, welche die schweren Bürden der in Bortkiewiczscher Tradition rekonstruierten Werttheorie komplett vermeidet und einer gesonderten Kritik unterzieht. Ausgangspunkt dieser Gegenkritik ist die Vorstellung, dass Marx keineswegs ein dualistisches, simultanes Gleichgewichtsmodell seiner Werttheorie akzeptiert hätte und diese seinem dialektischen Denken gänzlich fremde Idee ganz willkürlich und ohne jegliches Problembewusstsein an die Marxsche Werttheorie herangetragen wurde.

Ohne die Marxsche Argumentationsstruktur genau zu bedenken, haben marxistisch orientierte Politökonomen spätestens seit Paul M. Sweezy die Bortkiewiczsche bzw. Mühlpfordtsche Kritik übernommen. Bortkiewicz selbst aber war ein Anhänger der „Lausanner Schule" der Politischen Ökonomie des „Papstes" der bürgerlichen Gleichgewichtsökonomik, Leon Walras, dessen Modell noch heute der herrschenden neoklassischen Lehre zugrunde liegt. Bortkiewicz feierte die „Leistungen" des Neoklassikers Walras überschwänglich:

„Die moderne Theorie der Volkswirtschaft fängt an, *sich allmählich von dem succesivistischen Vorurteil zu befreien*, wobei in dieser Beziehung der mathematischen Schule mit Léon Walras an der Spitze der Hauptverdienst gebührt. Die mathematische, speziell algebraische, Darstellung erscheint eben *als der adäquateste Ausdruck dieses überlegenen, der Eigenart der ökonomischen Zusammenhänge Rechnung tragenden Standpunktes*"[27].

Mit dem „succesivistischen Vorurteil" meinte Bortkiewicz nun gerade *die Marxsche Theorie*, welche statt von einer zeitlosen, geldlosen Gleichgewichtswelt wie die Neoklassik von einer kausalzeitförmigen Struktur des ökonomischen Gegenstandes ausgeht. Für Bortkiewicz war also noch klar, „dass die Wertkonzeption des ‚Kapital' sukzessivistisch oder zeitförmig statt simultan"[28] angelegt ist. Zahlreiche Marxisten haben dies aber vollkommen übersehen und so einen in das Korsett bürgerlicher Gleichgewichtsökonomie gezwängten Marx vertreten. Dass diese unkritische Verbindung von Marxscher Theorie und bürgerlicher Gleichgewichtsökonomie (Marx hätte wohl eher den Terminus „Vulgärökonomie" benutzt) nicht gut gehen konnte, zeigt die Forschung der IWGVT[29].

7. Wird das Verfahren der Wert-Preis-Transformation an der (dem neoklassischen Denken vollkommen fremden) Marxschen Zirkulationsformel des zweiten Bandes des „Kapital" orientiert, eröffnet sich die Möglichkeit einer konsistenten Rekonstruktion des Marxschen Verfahrens. Die Elemente des konstanten Kapitals werden dann zuerst für Geld erworben, daraufhin mittels des ebenfalls in Geldform erworbenen variablen Kapitals im Wert gesteigert und am Ende der Verwertungsbewegung wird die Ware gegen Geld getauscht. Die Wertform-Analyse ist hier also insofern zentral, als dass der Wert nicht unabhängig von seiner entwickelten Erscheinungsform in der Geldform getrennt wird. Statt in Gestalt prämonetärer, heterogener Warenmengen, die einzeln summiert werden[30] erscheinen bei Marx konstantes und variables Kapital wertförmig und somit monetär. Alejandro Ramos-Matrínez und Adolfo Rodríguez-Herrera bringen diesen Zusammenhang so auf den Punkt:

„Wert ist nicht (...) eine Größe, die getrennt von Preisen und der Warenzirkulation gegeben ist. Wert und Preis sind dialektisch verbunden und bilden die widersprüchliche Einheit von Wert und Wertform"[31].

Die Marxsche Methode kann somit nur dann angemessen rekonstruiert werden, wenn Wert und Preis nicht dualistisch und somit undialektisch-äußerlich aufeinander bezogen werden[32], sondern als

prozessierende Einheit. „Wert und Preis sind ein und das Selbe in verschiedenen Phasen der Existenz des Kapitals“[33], fasst Alan Freeman diesen Standpunkt zusammen. Das Marxsche Verfahren arbeitet in dieser Interpretation also „succesivistisch“ statt simultan, denn die *Voraussetzungen* des Produktionsprozesses sind nicht identisch mit ihrem Resultat. Das Produktionsergebnis kann nicht simultan mit dem Produktionsprozess und seinen Voraussetzungen vorliegen, vielmehr findet ein kausal-zeitförmiger Produktions*prozess* statt, in dessen Verlauf neben Produktions- auch Verteilungsprozesse stattfinden. Der Produktionspreis markiert dann am Ende der Verwertungsbewegung den für die jeweiligen Produzenten realisierbaren „Gleichgewichtspreis“[34]. Das Geld kommt hier an zwei Stellen der Kausalkette ins Spiel: Erstens beim Erwerb des konstanten bzw. des variablen Kapitals und zweitens bei der Realisierung des Produktionspreises in der Zirkulationssphäre. Ein „Kostpreis-Irrtum“ ist hier also schlichtweg unmöglich, denn der „Wert“ der Elemente des konstanten und variablen Kapitals ist der monetäre Wert, der mit dem Erwerb der Produktions-Inputs (bzw. -Voraussetzungen) abgegolten wird. Dass diese Inputs de facto *preisförmig* vorliegen, betrifft aber nach Marx nur die *vorhergehende* Produktionsperiode und nicht die *gegenwärtige*. In der laufenden Periode hat aber ein „vergangener Irrtum“ *keinen* Rückkoppelungseffekt – dies ist lediglich ein der bürgerlichen Neoklassik entlehnter Gedanke. Marx hat eine neoklassische Interpretation seiner Werttheorie aber ausdrücklich abgelehnt:

„Denn wie auch der Kostpreis der Ware von dem Wert der in ihr konsumierten Produktionsmittel abweichen mag, *für den Kapitalisten ist dieser vergangene(!) Irrtum gleichgültig. Der Kostpreis der Ware ist ein gegebener, eine von seiner, des Kapitalisten, Produktion unabhängige Voraussetzung(!)*, während das *Resultat(!)* seiner Produktion eine Ware ist, die Mehrwert enthält, also einen Wertüberschuss über ihren Kostpreis „[35].

Ein „Kostpreis-Irrtum“ ist also aus Marxens Sicht *gar nicht möglich*, da „Voraussetzung“ und „Resultat“ der Verwertungsbewegung des Kapitals nicht in eins fallen. Marx wies selber im zweiten Band des „Kapital“ in seiner Kritik an dem subjektiven Werttheoretiker Bailey explizit darauf hin,

„dass Wert nur als Kapitalwert oder Kapital fungiert, sofern er in den verschiedenen Phasen seines Kreislaufs, *die keineswegs contemporary sind(!!!)*, sondern *nacheinander(!!!)* fallen, mit sich selbst identisch bleibt und mit sich selbst verglichen wird“[36].

Wird der „Wert“ bzw. „Kapitalwert“ simultanistisch oder „contemporary“ gefasst, verflüchtigt er sich logischerweise, denn mit den „verschiedenen Phasen seines Kreislaufs“ zerbricht die Identität und gleichzeitige Differenz von Wert- und Preisebene. Statt Wert und Preis als Momente eines dialektischen, kausal-zeitförmigen Kreislaufprozesses zu betrachten, werden sie durch einen bewegungslosen, undialektischen Dualismus auseinander gerissen.

Die Problemstellung und Methode Bortkiewicz' (bzw. Morishimas und Steedmans) ist also mit der Marxschen Analyse des Produktions- und Zirkulationsprozesses überhaupt nicht vereinbar und stellt folglich auch *keine* immanente Kritik, sondern eine radikale, neoklassische *Umformulierung* Marxens dar. Im Rahmen einer kausal-zeitförmigen Betrachtung kann es keine zwei streng getrennten Bewertungssysteme „Wertebene“ bzw. „Preisebene“ geben, denn der Unterschied zwischen Wert und Preis bezieht sich hier auf die jeweilige Stellung im Verwertungsprozess. „Werte“ sind hier *Voraussetzungen* des Produktionsprozesses, welche selber quantitativ determiniert sind zu Beginn der Verwertungsbewegung und die im Verlaufe des Produktionsprozesses keiner Umbewertung unterliegen. „Preise“ sind *Resultate* des Produktionsprozesses und können erst am Beginn der nächsten Produktionsperiode als Voraussetzung gelten.

Weil hier statt eines dualen Wert-Preis-Systems wie im zeitlosen Simultanmodell ein zeitförmig-kausales Verständnis vorherrscht, welches an jedem Punkt der Kapitalzirkulation die innere Verzahnung von Wert- und Preisebene aufweist, wurde dieses Modell „Temporal Single System“ (TSS) genannt.



8. Für eine wertkritische Politische Ökonomie geht also mit dem alten, neoklassisch deformierten Marxismus ein ohnehin wenig erfolgreiches Paradigma verloren, das für keine der zentralen werttheoretischen Kategorien Marxens eine sinnvolle Verwendung hat. Da die im neoricardianischen Modell Werte (also Mengen *abstrakter* Arbeit) aus physischen Gebrauchswerten (also „Mengen" angewandter *konkreter* Arbeit) abgeleitet werden, stellt sich neben der sich schon aus der Prozedur selbst ergebenden Redundanz der Wertlehre auch die Frage nach der sozialökonomischen Logik, die hinter diesen mathematischen Fingerübungen steckt. Die Marxsche Werttheorie macht nämlich erst über die Wertform die Tatsache zum Thema, dass „physische Mengen" *Arbeitsprodukte* sind, in welchen sich über den Tausch die Einheit der gesellschaftlichen Arbeit Geltung verschafft. In einer kapitalistischen Tauschökonomie sind reine interdependente Gebrauchswertstrukturen insofern Größen ohne Wert- und Geldform, an denen die Formbestimmungen des kapitalistischen Produktionsprozesses komplett vorbeigehen. Die über diese physischen Mengen abgeleiteten „Arbeitswerte" sind folglich auch *keine „Werte" im Marxschen Sinne*, da sie ja technologisch bestimmte Mengen „konkreter" Arbeit darstellen, und nicht abstrakte Arbeit im Marxschen Sinne der Realabstraktion des Tausches. Die Marxsche Werttheorie wurde somit im Gefolge einer Interpretation, die sich seit Bortkiewicz immer weiter von Marxens Methode und seinem Erkenntnisinteresse entfernte, als „redundant" erklärt. Der „Redundanz"-Vorwurf bezieht sich aber auf nichts anderes als den neoklassisch interpretierten und entstellten Marx.

9. Dabei hat die Diskussion um Sraffa und den neoricardianisch interpretierten Marxismus durchaus einige interessante Ergebnisse zu Tage gefördert. So konnte Hans-Georg Sprotte bereits 1978 in einem kaum rezipierten Beitrag aufzeigen, dass selbst der Bortkiewicz- und der Sraffa-Algorithmus mit Marxens Verfahren quantitativ übereinstimmen, wenn die Profitrate mit der Wachstumsrate gekoppelt wird[37]. Bei vollständigem Wachstum aller Kapitale sind nämlich Wachstums- und Profitrate identisch. Wenn dies der Fall ist, verteilt sich der Mehrwert automatisch proportional auf die Systemkomponenten, so dass er in seiner Zusammensetzung mit der Zusammensetzung des Gesamtkapitals identisch ist. Das „Normierungsproblem" wäre dann gelöst, denn wenn Mehrprodukt und Gesamtprodukt in ihrer Struktur identisch sind, kann die oben beschriebene Mess-Abweichung, die in Bortkliewicz' Modell einfacher Reproduktion auftritt, für den wachstumstheoretischen Fall (der für Marx im Rahmen kapitalistischer Produktion ohnehin der einzig diskutable ist, wie Sprotte herausstellt) *nicht* bestätigt werden. Abweichungen der Wertsumme von der Preissumme sind also nur möglich, wenn Profitrate und Wachstumsrate divergieren. Diesen Abweichungen sind aber, wie Sprotte zeigt, Grenzen gesetzt, die vom Fall vollständigen Wachstums aus quantitativ bestimmt werden können. Der Marxsche Algorithmus kann somit wachstumstheoretisch nachhaltig gestützt werden. Für den Fall der einfachen Reproduktion hat Reinhard Schaupeter 1995 ein werttheoretisch fundiertes Verfahren der Wert-Preis-Rechnung vorgelegt, das die quantitativen Proportionalitäten zwischen den sektoralen Kapitalen und dem Gesamtkapital, die sich bei Existenz einer Durchschnittsprofitrate zwangsläufig ergeben, zur Formulierung eines neuen Transformations-Algorithmus nutzt[38]. Bei Schaupeter sind sämtliche Invarianzpostulate erfüllt und auch Sektor 3 wird – anders als bei Bortkiewicz – in den Profitraten-Ausgleich einbezogen. Schaupeters Algorithmus ist somit Bortkiewicz' Verfahren weit überlegen[39].

Fritz Helmedag konnte 1992 in seiner Studie „Warenproduktion mittels Arbeit" (und einer im Anschluss daran in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik" entbrannten Debatte) nachweisen, dass die gesamte simultane Produktionspreisrechnung neoricardianischer Provenienz in Frage gestellt ist, wenn wir das Preissystem daraufhin überprüfen, ob es überhaupt sinnvoll mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung in Einklang zu bringen ist oder ob nicht Anreize zur vertikalen Integration der Fertigung von Vorprodukten entstehen. Mit der gewinnbringenden Möglichkeit des partiellen Ausstiegs aus der Arbeitsteilung wäre der arbeitsteilige Gegenstand der (simultanen) Produktionspreistheorie dann komplett verfehlt. Lediglich die reine Arbeitswertrechnung des ersten Bandes des „Kapital" und die Existenz einer einheitlichen Mehrwertrate wären als Konkurrenz zu den neoricardainischen Modellen uneingeschränkt vereinbar mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung. Auch die nicht-simultane Wert-Preis-Rechnung der IWGVT fällt interessanterweise nicht unter die Paradoxien der Bortkiewicz-Sraffa-Modelle. Somit kann aus Helmedags Sicht unter der strengen Voraussetzung eines Anreizes zu gesellschaftlicher Arbeitsteilung konsistent *die Redundanz der simultanen Produktionspreisrechnung und somit Bortkiewicz' und Sraffas aufgezeigt werden* – ohne dass davon das originäre, kausal-zeitförmige Marxsche Verfahren betroffen wäre. Die neoricardianische Kritik an der Werttheorie kann somit ihrerseits der Redundanz und Inkonsistenz überführt werden im Rahmen des von ihr selbst postulierten simultanen Paradigmas. Auch die von Ian Steedman aufgezeigten

Paradoxien bei Kuppelproduktion sind nicht mehr als Produkte der Bortkiewicz-Sraffa-Werttheorie, die bei Marxens kausal-zeitförmigem Verfahren nicht auftreten (während, wie Helmedag zeigt, das neoricardianische Verfahren voll ungelöster Probleme für diesen Fall ist).

Für die weitere Ausarbeitung einer wertkritischen Politischen Ökonomie dürfte die Forschung der IWGVT also eine Menge wichtiger Anregungen geben. Die werttheoretische Kritik an den methodischen Zwillingen Neoklassik und Neoricardianismus kann aus Sicht der kausal-zeitförmigen Methode weiter vorangetrieben und radikalisiert werden. Der Walrasianische Wahn dürfte erst vor dem Hintergrund einer solchen Ökonomiekritik in seiner ganzen Dimension sichtbar werden. Das 21. Jahrhundert hätte dann gute Chancen, eine Renaissance der Aufklärung auf ökonomietheoretischem Gebiet zu erleben.

E-Mail: dulce97@gmx.de

Literatur:

Eugen von Böhm-Bawerk (1973, EA 1896): Zum Abschluß des Marxschen Systems. In: Friedrich Eberle (Hg., 1973): Aspekte der Marxschen Theorie 1. Zur methodischen Bedeutung des 3. Bandes des „Kapital“.

Ladislaus von Bortkiewicz (1976a, EA 1906/1907): Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System. In: Horst Meixner/Manfred Turban (1976): Etappen bürgerlicher Marx-Kritik, Lollar/Gießen.

Ladislaus von Bortkiewicz (1976b, EA 1907): Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des „Kapital“. In: Horst Meixner/Manfred Turban (1976): Etappen bürgerlicher Marx-Kritik., Lollar/Gießen.

Hans-Peter Büttner (2004): Marx after Walras? Das „Transformationsproblem“ und die Widersprüche simultaner Wert-Preis-Rechnungen seit Bortkiewicz. In: Zeitschrift marxistische Erneuerung, Heft 60/2004, Frankfurt.

Mario Cogoy (1979): Traditionelle und neue Arbeitswerttheorie. In: Hans-Georg Backhaus u.a. (Hg., 1979): Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 13.

Meghnad Desai (1979): Marxian Economics, Oxford.

Friedrich Eberle (1979): Methodisches zur Wert-Preis-Transformation. In: Hans-Georg Backhaus u.a. (Hg., 1979): Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 13.

Eberhard Feess-Dörr (1989): Die Redundanz der Mehrwerttheorie, Marburg.

Alan Freeman/Andrew Kliman (Hg., 1996): Marx and Non-Equilibrium Economics, Cheltenham, UK.

Alan Freeman u.a. (Hg., 2004): The new value controversy and the foundation of economics, Cheltenham, UK.

Alan Freeman (1996): The psychopathology of Walrasian Marxism. In: Alan Freeman/Andrew Kliman (1996): Marx and Non-Equilibrium Economics, Cheltenham, UK.

Heiner Ganßmann (1983): Marx ohne Arbeitswerttheorie? In: Leviathan, Heft 3/1983.

Michael Heinrich (2004): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Stuttgart.

Fritz Helmedag (1994): Warenproduktion mittels Arbeit, Marburg.

Johannes D. Hengstenberg/Margret A. Fay (1980): Kuppelproduktion und „negative Werte“: Die Vergeblichkeit der Steedmanschen Kritik an der Arbeitswertlehre. In: Hefte für Politische Ökonomie, Heft 1, Göttingen 1980.

Andrew Kliman: Determination of Value in Marx and in Bortkiewiczian Theory. In: Carl-Erich Vollgraf u.a. (Hg., 2000): Marx‘ Ökonomiekritik im Kapital. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Neue Folge 1999, Hamburg.

Johann von Komorzynski (1974, EA1897): ‘Der dritte Band von Karl Marx’ „Das Capital“. Eine kritische Abhandlung über die Arbeitswerttheorie und die Socialistische Lehre vom Kapitalsertrage. In: Horst Meixner/Manfred Turban (Hg., 1974): Etappen bürgerlicher Marx-Kritik. Band 1, Lollar/Giessen.

Michio Morishima (1973): Marx’s Economics: A Dual Theory of Value and Growth, Cambridge.

Michio Morishima und George Cataphores (1978): Value, Exploitation and Growth – Marx in the Light of Modern Economic Theory, London.

Wolfgang Mühlpfordt (1895): Karl Marx und die Durchschnittsprofitrate. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Band 10, Jena.

Friedrun Quaas (1992): Das Transformationsproblem. Ein theoriehistorischer Beitrag zur Analyse der Quellen und Resultate seiner Diskussion, Marburg.

Georg Quaas (2001): Arbeitsquantentheorie. Mathematische Grundlagen der Werttheorie, Frankfurt a. M.

Alejandro Ramos-Matrínez/Adolfo Rodríguez-Herrera (1996): The transformation of values into prices of production: a different reading of Marx’s Text. In: Alan Freeman/Andrew Kliman (1996): Marx and Non-Equilibrium Economics, Cheltenham, UK.

Raúl Rojas (1989): Das unvollendete Projekt. Zur Entstehungsgeschichte von Marx’ Kapital, Berlin/Hamburg.

Hilmar Sachse (1979): Der Neoricardianismus - eine neue Positionsbestimmung der bürgerlichen politischen Ökonomie gegenüber ihrer Klassik. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4, Berlin (Ost).

Paul Anthony Samuelson (1974): Zum Verständnis des Marxschen Begriffs ‚Ausbeutung’: Ein Überblick über die sogenannte Transformation von Werten in Produktionspreise. In: Hans G. Nutzinger und Elmar Wolfstetter (Hg., 1974): Die Marxsche Theorie und ihre Kritik I, Gießen.

Reinhard Schaupeter (1995): Zur Verifikation der Wert-Preis-Rechnung von Marx. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 21, März 1995, Frankfurt.

Reinhard Schaupeter (2000): Zur Wert-Preis-Rechnung in der erweiterten Reproduktion: die Akkumulationsfonds. In: Carl-Erich Vollgraf u.a. (Hg., 2000): Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge 1999: Marx‘ Ökonomiekritik im Kapital, Hamburg.

Hans-Jörg Schimmel (2000): Der Entwicklungsgang des Werts. Marx’ historisch-kritische Darstellung und Varianten ihrer Interpretation. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 43, September 2000, Frankfurt.

Hans-Georg Sprotte (1978): Quantitative Aspekte der Marxschen Theorie. In: FHW-Forschung Bd. 1/1978 der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, Berlin.

Pierro Sraffa (1976): Warenproduktion mittels Waren (engl. Original 1960), Frankfurt.

Ian Steedman (1977): Marx after Sraffa.

Paul M. Sweezy (1971): Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Frankfurt.

Homepage der International Working Group On Value Theory (IWGVT): http://www.gre.ac.uk/~fa03/iwgvt/

Texte der IWGVT gibt es hier nachzulesen:
http://www.iwgvt.org/index.php

Anmerkungen:

1 Die Mehrwertrate wird auch „Ausbeutungsrate“ bzw. „Exploitationsrate“ genannt.

2 Nach Marx können wir deshalb von „einer Konkurrenz unter den Arbeitern (...) und Ausgleichung durch ihre beständige Auswanderung aus einer Produktionssphäre in die andere“ („Das Kapital“ Band III, MEW 25, S. 100) sprechen. Über die Durchschnittsprofitrate und die einheitliche Mehrwertrate wird somit der mikroökonomischen Rationalität der Marktsubjekte unter den Bedingungen der Konkurrenz Rechnung getragen.

3 Der absolute Mehrwert wird also dann erhöht, wenn direkt unentgeltlich die absolute Mehrarbeit ausgeweitet wird, während der relative Mehrwert bei konstanter Arbeitszeit über die inverse Verlängerung der Mehrarbeit erreicht wird.

4 Selbst Marxens großer, neoklassischer Kontrahent Eugen v. Böhm-Bawerk (1973, S. 38) konstatierte, dass „sich die wirkliche Welt (...) auf das deutlichste von dem Gesetz beherrscht zeigt, dass Kapitale von gleicher Größe ohne Rücksicht auf ihre etwaige verschiedene organische Zusammensetzung, gleichen Profit abwerfen“.

5 Nach Michael Heinrich (2004, S. 148) kommt folglich im kapitalistischen Warentausch zum Ausdruck, „dass es beim Tausch nicht allein um die Vergesellschaftung von Warenproduzenten geht, sondern um die Vergesellschaftung von kapitalistischen Warenproduzenten“.

6 MEW 25, S. 175.

7 Ebd. Ich werde die Bedeutung dieser Unterscheidung noch unter Punkt 7 erörtern.

8 Weitere „Invarianzpostulate“ wurden im Verlauf der weiteren Debatte aufgestellt mit den Forderungen, dass (a) das Schema in Werten reproduktiv sein muss (d.h., alle im Produktionsprozess verbrauchten Kapitalgüter und Lohngüter (Inputs) müssen mit den Produktionsergebnissen (Outputs) so übereinstimmen, dass mit dem Output der verbrauchte Input komplett ersetzt wird), (b) in Preisen reproduktiv sein muss und dass eben (c) eine (wenn möglich in Wert- und Preisausdrücken identische) einheitliche Profitrate vorliegen muss (sh. dazu Hans-Jörg Schimmel (2000), S. 97).

9 Zur genauen Analyse des Mühlpfordtschen Algorithmus sh. Friedrun Quaas (1992), S. 67 ff.

10 Wolfgang Mühlpfordt (1895), S. 95. Fast gleichzeitig (1897) formulierte der Grenznutzentheoretiker Johann von Komorzynski (1974, S. 258 ff.) den gleichen Vorwurf, erweitert um die an Böhm-Bawerk angelehnte Bemerkung, dass mit der Kategorie des Produktionspreises „der auf den Arbeitsinhalt der Produkte gestützte Tauschwert die reale Geltung eingebüßt hat. Er kann nur in der Phantasie ein Scheindasein fortfristen“ (ebd., S. 260). Komorzynski ist also noch ganz der Idee verhaftet, dass es einen logischen Widerspruch zwischen Werten und Produktionspreisen gibt. Im Gegensatz zu Mühlpfordt und Bortkiewicz interessieren ihn folglich nicht alternative Transformations-Verfahren.

11 Wegen der formalen Ähnlichkeit seines Ansatzes mit dem entwickelten Sraffa-Modell und Bortkiewicz’ positiver Besprechung der frühen neoricardianischen Arbeiten des russischen Nationalökonomen Dimitrieff (Bortkiewicz 1974a, S. 100 ff.) gilt er als einer der „Urväter“ des Neoricardianismus.

12 Ladislaus v. Bortkiewicz (1976a) und (1976b).

13 Paul M. Sweezy (1971): Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Die Erstausgabe dieses Buches erschien 1942.

14 Dieses Gleichungssystem ist somit ein zu Ende gedachtes, komplett disaggregiertes Bortkiewicz-System, welches eine Durchschnittsprofitrate auf jede einzelne Ware berechnet und nicht auf zusammengefasste Produktionssektoren.

15 Ladislaus von Bortkiewicz (1976a), S. 146.

16 Auch in der DDR wurde Sraffas Hauptwerk zunächst euphorisch begrüßt. Auf deutsch erschien 1968 eine Übersetzung von Kohlmey und Behr von der Akademie der Wissenschaften der DDR. Im Vorwort erklärten Kohlmey und Behr, Sraffa sei „eine markante Persönlichkeit in dem großen internationalen Kreis marxistischer Wissenschaftler“ (S. 11), welcher „das berühmt gewordene Transformationsproblem“ (S. 12) behandle und es „mit der von ihm so bezeichneten Standardware“ (S. 13) lösen wolle. Als dann in den siebziger Jahren die große Kontroverse zwischen NeoricardianerInnen und MarxistInnen begann, war die Euphorie schnell verflogen. Zur Kritik des Neoricardianismus aus Sicht des DDR-Marxismus sh. zusammenfassend Hilmar Sachse (1979).

17 Für Morishima sollten Walras und Marx sogar gemeinsam(!!!) geehrt werden als Eltern der modernen, dynamischen Theorie des allgemeinen ökonomischen Gleichgewichts“ Morishima (1973), S. 2. Hervorh. von mir. (Alle verwendeten Zitate englischer Originaltexte wurden vom Autor ins Deutsche übersetzt)

18 „Marx’s Economics in the Light of Modern Economic Theory“ (1974 veröffentlicht in der Zeitschrift „Econometrica“) war der Titel eines der Aufsätze von Morishima aus den siebziger Jahren.

19 Die erste Formulierung des MFT fand Anfang der sechziger durch Morishima und Seton (1961) und unabhängig davon durch Nobuo Okishio (1963) statt (sh. Morishima/Cataphores (1978), S. 30, Fußn. 15). Raúl Rojas (1989, S. 229, Fußnote 103) verweist darauf, dass der Begriff „Fundamentaltheorem“ darauf verweist, dass Mathematiker dieses Theorem aufgestellt haben, denn auch in der Arithmetik, der Algebra usw. gibt es „Fundamentaltheoreme“, aus denen grundlegende Schlussfolgerungen abgeleitet werden können.

20 Morishima (1973), S. 6.

21 Sh. Ian Steedman (1977), S. 150ff. Aus neoricardianischer Sicht hat Eberhard Feess-Dörr (1989, S. 87 ff.) Steedmans Kritik zustimmend besprochen.

22 Den Versuch einer ökonomietheoretisch sinnvollen Interpretation negativer Werte aus Sicht der Arbeitswerttheorie – und somit einer Verteidigung der








Arbeitswerttheorie unter prinzipieller Akzeptanz der Möglichkeit negativer Werte - hat Georg Quaas (2001), S. 186 ff. vorgelegt.

23 Meghnad Desay (1979), S. 135.

24 Sh. ebd., S. 136 ff.

25 „Es überrascht nicht, dass Steedman negative Werte erhalten hat bei Verwendung dieser Methode für eine Kuppelproduktions-Ökonomie, ganz einfach deswegen, weil eine inadäquate Methode immer inadäquate Resultate hervorbringt" (Morishima/Cataphores (1978), S. 55). Sh. zur Kritik an Steedmans Zahlenbeispiel und seinen ökonomietheoretischen Voraussetzungen und Implikationen aus marxistischer Sicht auch J. Hengstenberg /M A. Fay (1980).

26 Es ist auch klar, dass von der ursprünglichen Marxschen Konzeption in Morishimas Rekonstruktion nicht mehr viel übrig blieb und das „Fundamentaltheorem" nur ein kümmerlicher Rest der Mehrwertlehre ist, der einen eher trivialen bzw. tautologischen Charakter hat. Das MFT bzw. das GMFT besagen ja nur, dass wo ein Profit entsteht diesem Profit eine (nicht entgoltene) Arbeitsleistung zugrunde liegt bzw. dass dort, wo ein Teil des physischen Nettoproduktes von den Kapitalisten angeeignet wird, sowohl Mehrwertrate als auch Profitrate positiv sein müssen. Zur Problematik des GMFT sh. Mario Cogoy (1979), S. 132 ff. und Friedrich Eberle (1979), S. 149.

27 Ladislaus von Bortkiewicz (1976a), S. 104.

28 Andrew Kliman (2000), S. 102.

29 Sh. die Aufsatzsammlungen der IWGVT in Alan Freeman (1996) und (2004) sowie Andrew Kliman (2000).

30 Genau dieses Verfahren zeichnet ja die simultane Standard-Arbeitswertlehre aus, wenn sie mittels physischer Input-Output-Matrizen Produktionspreise aus Gebrauchswertstrukturen ableitet und dann als redundantes „Nebenprodukt" Arbeitswerte berechnet. Zur Kritik dieses Verfahrens von einem wissenschaftslogischen Standpunkt aus sh. Heiner Ganßmann (1983).

31 Alejandro Ramos-Matrínez/Adolfo Rodríguez-Herrera (1996), S. 60.

32 Paul A. Samuelson (1974, S. 239) hat diese dualistische Sichtweise erfrischend offenherzig formuliert: „Betrachte zwei alternative, widersprüchliche Systeme. Schreibe das eine hin. Zur Transformation nimm einen Radiergummi und radiere es aus. Schreib dann stattdessen das andere hin. Voilà! Damit ist der Transformationsalgorithmus beendet".

33 Alan Feeman (1996), S. 17.

34 Es zeigt sich hier, dass der Marxsche Begriff des „Gleichgewichts" sich ausschließlich auf die Existenz einer einheitlichen Mehrwert- bzw. Profitrate und allgemeine Konkurrenz bezieht und so gut wie nichts mit Walras' „Allgemeiner Gleichgewichtstheorie" zu tun hat. Im Gegensatz zu Walras finden bei Marx Zeit und Kausalität statt und es wird das Geld zentral in die Analyse des Verwertungsprozesses integriert.

35 MEW 25, S. 174/175.

36 MEW 24, S. 110. Hervorh. d.A.

37 Hans-Georg Sprotte (1978), S. 79 ff.

38 Reinhard Schaupeter (1995). Begründet sind diese Proportionalitäten in der Tatsache, dass die Durchschnittsprofitrate ja makroökonomisch begründet ist als das Verhältnis gesellschaftlicher Gesamtgrößen zueinander, nämlich M/C+V. Dieses Grundverhältnis taucht nun in jedem einzelnen Zweig auf als das Verhältnis der jeweiligen sektoralen Kostpreise zu dem dort nun anteilig auftretenden Durchschnittsprofit.

39 Auf den wachstumstheoretischen Fall angewandt hat Schaupeter sein Verfahren in seinem Aufsatz Schaupeter (2000).

John Holloway[1]

Wir sind die Krise der abstrakten Arbeit

„Stimmen des Widerstandes: alternative Stimmen".[2] Was sind unsere Stimmen? Unsere Stimmen sind die Krise der abstrakten Arbeit. Wir sind die Krise der abstrakten Arbeit. Wir sind die Kraft des kreativen Tuns.

Wir sind die Krise. Wir sind nicht zuallererst eine positive Kraft, sondern eine negative. Was uns heute hierher bringt ist kein Positives, das uns gemein ist, sondern das NEIN, das wir alle teilen. Nein zum Kapitalismus, Nein zu einer Welt der Gewalt und Ausbeutung, Nein zu einer gesellschaftlichen Organisation die buchstäblich, im wahrsten Sinne des Wortes, die Menschheit zerstört. Nein zu einer Welt, in der das, was wir tun, von Kräften bestimmt ist, die wir nicht kontrollieren. ¡Ya basta![3] Aber dieses ¡ya basta!, diese Weigerung, befindet sich nicht außerhalb des Kapitals, sie geht ins Herz des Kapitals, einfach deshalb, weil das Kapital von unserem Ja, von unserer Akzeptanz, von unserer Zustimmung zu arbeiten und Wert zu schaffen, von unserer Reproduktion der Obszönität, die uns umgibt, abhängig ist. Unser NEIN ist ein Nein der Stärke, einfach deswegen, weil die Existenz des Kapitals von unserem Ja-Sagen abhängig ist. Unser NEIN ist die dem Kapital eigene Krise.

Wir sind NEIN, wir sind Negativität, wir sind die Krise des Kapitals. Aber wir sind mehr als das. Wir sind die Krise dessen, das das Kapital produziert, die Krise der abstrakten, entfremdeten Arbeit. Abstrakte Arbeit produziert Kapital. In der Tat, Kapital ist die Abstraktion der Arbeit, der Prozess, durch den der immense Reichtum der menschlichen Kreativität, kontrolliert, gebändigt, nutzbar gemacht wird im Dienste der Expansion des Werts. Die Abstraktion der Arbeit reduziert die intensive Farbe des kreativen Tuns auf das Grau der Wertproduktion, auf die Leere des Geldmachens. Im Kapitalismus ist das kreative Tun (was Marx konkrete oder nützliche Arbeit genannt hat) der abstrakten Arbeit unterworfen, es existiert in der Form abstrakter Arbeit, aber diese Form verbirgt eine ständige Spannung, einen ständigen Antagonismus zwischen Inhalt und Form, zwischen kreativem Tun und abstrakter Arbeit. Kreatives Tun wird von abstrakter Arbeit unterworfen, aber nicht

eliminiert: Es existiert in ständiger Rebellion gegen abstrakte Arbeit, es existiert als die latente Krise der abstrakten Arbeit

Hierin liegt der Kern des Klassenkampfes: Der Kampf zwischen dem kreativen Tun und der abstrakten Arbeit. In der Vergangenheit war es üblich, sich den Klassenkampf als Kampf zwischen Kapital und Arbeit vorzustellen, wobei Arbeit als Lohnarbeit, abstrakte Arbeit, verstanden wurde und die Arbeiterklasse oftmals als Klasse der Lohnarbeitenden definiert wurde. Aber diese Auffassung ist falsch. Lohnarbeit und Kapital ergänzen sich gegenseitig, Lohnarbeit ist ein Moment des Kapitals. Es gibt in der Tat einen Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital, aber es ist ein relativ oberflächlicher Konflikt. Es ist ein Konflikt über die Höhe der Löhne, die Länge des Arbeitstages, die Arbeitsbedingungen: Alle diese Konflikte sind wichtig, aber sie setzen die Existenz des Kapitals voraus. Die wirkliche Bedrohung für das Kapital kommt nicht von der abstrakten Arbeit, sondern von der nützlichen Arbeit oder dem kreativen Tun, denn es ist das kreative Tun, das in radikalem Gegensatz zum Kapital, d.h. zu seiner eigenen Abstraktion, steht. Es ist das kreative Tun, das sagt, „nein, wir werden nicht tun, was das Kapital befiehlt, wir werden tun, was wir für notwendig oder wünschenswert erachten".

Wir sind die Krise der abstrakten Arbeit, wir sind die Krise der Arbeiterbewegung, der Bewegung, die auf dem Kampf der abstrakten Arbeit basiert. Seit der Frühzeit des Kapitalismus hat die abstrakte Arbeit ihren Kampf gegen das Kapital, ihren Kampf um bessere Bedingungen für die Lohnarbeit organisiert. Im Zentrum dieser Bewegung befindet sich die Gewerkschaftsbewegung mit ihrem Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. In der klassischen Literatur des orthodoxen Marxismus wird dies als ökonomischer Kampf betrachtet, der durch den politischen Kampf ergänzt werden muss. Der politische Kampf wird durch Parteien organisiert, die die Erlangung der Staatsmacht zum Ziel haben – sei es durch parlamentarische Mittel oder bewaffneten Kampf. Die klassische revolutionäre Partei beabsichtigt selbstverständlich, die Gewerkschaftsperspektive zu überwinden und eine Revolution anzuführen, die die abstrakte Arbeit, die Lohnarbeit abschaffen wird. Aber in Wirklichkeit ist (oder war) sie innerhalb der Welt der abstrakten Arbeit gefangen. Die Welt der abstrakten Arbeit ist eine Welt des Fetischismus, eine Welt, in der gesellschaftliche Verhältnisse als Dinge existieren. Es ist eine Welt, die von Geld, Kapital, dem Staat, den Parteien und Institutionen bevölkert ist, eine Welt voller falscher Stabilitäten, eine Welt der Identitäten. Es ist eine Welt der Trennung, in der das Politische vom Ökonomischen, das Öffentliche vom Privaten, die Zukunft von der Gegenwart, das Subjekt vom Objekt getrennt ist, eine Welt, in der das revolutionäre Subjekt ein *sie* (die Arbeiterklasse, die Bauernschaft) ist, nicht ein *wir*[4]. Der Fetischismus ist die Welt der Bewegung, die auf dem Kampf der Lohnarbeit, der abstrakten Arbeit aufbaut und von diesem Fetischismus gibt es kein Entrinnen: Es ist eine Welt, die unterdrückerisch und frustrierend und furchtbar, furchtbar langweilig ist. Es ist auch eine Welt, in der der Klassenkampf symmetrisch ist. Dass sich abstrakte Arbeit und Kapital gegenseitig ergänzen, spiegelt sich in der grundlegenden Symmetrie zwischen dem Kampf der abstrakten Arbeit und dem Kampf des Kapitals wider. Beide drehen sich um den Staat und den Kampf um Macht über andere; beide sind hierarchisch, beide streben nach Legitimität in ihrem Handeln *an Stelle*[5] anderer.

Wir sind die Krise der Arbeit und ihrer Arbeiterbewegung. Das war immer wahr, aber das neue ist, dass wir nicht länger ihre latente Krise sind, sondern ihre offene, manifeste Krise. Die abstrakte Arbeit war immer der Schlüssel zur kapitalistischen Herrschaft, d.h. die Verwandlung kreativen Tuns in abstrakte Arbeit und, damit einhergehend, die Verwandlung von menschlichen Erschaffenden in Lohnarbeiter. Anders ausgedrückt bildete Lohnarbeit[6] immer den Kern der kapitalistischen Kontrolle. Die so genannten Vollbeschäftigungsökonomien der Nachkriegszeit, stellten zusammen mit der massiven und intensiven Abstraktion der Arbeit in der fordistischen Ära den Höhepunkt der Herrschaft der abstrakten Arbeit und ihrer Institutionen – in denen die klassische Arbeiterbewegung eine zentrale Rolle gespielt hat – dar. Diese Form der Herrschaft befindet sich seit 30 Jahren in einer offenen Krise und wir sind diese Krise, unser NEIN, unsere Weigerung, die Verwandlung unserer Kreativität in bedeutungslose,








abstrakte Arbeit, die Verwandlung von uns selbst in Maschinen hinzunehmen.

Aber was ist mit dem Neoliberalismus, was ist mit dem Krieg, was ist mit dem Empire und der Biomacht und den neuen Formen der Kontrolle? Haben sie nicht die Krise überwunden und dem Kapitalismus eine neue Basis gegeben? Nein, das denke ich nicht, und wir sollten sehr vorsichtig sein, damit wir mit unseren Theoretisierungen die Krise nicht in ein neues Paradigma, eine neue Ära der Herrschaft, ein neues Empire verwandeln, einfach weil die Positivitäten des paradigmatischen Denkens unsere Negativität einsperren, unsere Perspektiven schließen. Es die Aufgabe des Kapitals ein neues Paradigma zu erschaffen, nicht unsere. Unsere Aufgabe, sowohl praktisch als auch theoretisch, ist es, Instabilität zu erschaffen, nicht Stabilität. Der Marxismus ist eine Theorie der Krise, und nicht eine Theorie von Herrschaftsformen: nicht eine der Stärke der Herrschaft, sondern von ihrer Zerbrechlichkeit. Und es gibt viele, viele Anzeichen für die derzeitige grundlegende Zerbrechlichkeit des Kapitals: sowohl dessen zunehmende Gewalttätigkeit als auch dessen andauernde Abhängigkeit von der ständigen Ausweitung der Schulden. Sicher, es gibt eine ständige Ausweitung und Intensivierung der Abstraktion der Arbeit: z.B. sind wir in den Universitäten der Weise gewahr, in der unsere Arbeit immer direkter den Anforderungen des Marktes unterworfen wird. Aber gleichzeitig scheitert zunehmend der Versuch der abstrakten Arbeit, das Vorpreschen des kreativen Tuns innerhalb der Grenzen der Wertproduktion, innerhalb der Grenzen des Markts zu bändigen.

Dies ist die Krise der abstrakten Arbeit: die Unfähigkeit abstrakter Arbeit, die Kraft des kreativen Tuns zu bändigen. Lohnarbeit war immer und wird weiterhin (trotz der Ausweitung der Disziplin auf die Gesamtheit der „gesellschaftlichen Fabrik“[7]) die wesentliche Disziplinarkraft des Kapitalismus sein, das bedeutendste Mittel unsere Menschlichkeit, unsere Weigerung-und-Erschaffung zu bändigen und zu reduzieren. Die allgegenwärtige Krise der Lohnarbeit intensiviert sowohl diese Disziplinierung (weil die Menschen um die Lohnarbeitsplätze konkurrieren) und schwächt sie, weil sie das Leben der Menschen nicht erfüllt: die Prekarität der Lohnarbeit ist auch die Prekarität der Abstraktion der Arbeit. Zunehmend bewegen sich die Protestkämpfe gegen den Kapitalismus über die Grenzen der auf abstrakter Arbeit basierenden Bewegung hinaus. Es ist nicht so, dass die alte Arbeiterbewegung nicht mehr existierte, oder dass ihre Bedeutung für die Verbesserung der Lebensbedingungen nachließe, sondern zunehmend finden die Kämpfe gegen den Kapitalismus in den Strukturen und Begriffen dieser Bewegung nicht mehr ihren Platz und bewegen sich darüber hinaus. Gleich, ob nun der Begriff Klasse ausdrücklich gebraucht wird oder nicht, bedeutet dies doch nicht, den Klassenkampf aufzugeben, sondern eine Intensivierung des Klassenkampfes, eine andere Ebene des Kampfes. Dies ist ein Kampf, der mit der Symmetrie bricht, die den Kampf der abstrakten Arbeit charakterisiert hat, ein Kampf der sich grundlegend asymmetrisch zum Kampf des Kapitals verhält und der sich an dieser Asymmetrie erfreut: Sachen auf eine andere Art und Weise zu machen, andere gesellschaftliche Verhältnisse aufzubauen, ist ein Leitprinzip.

In dieser Neuzusammensetzung des Klassenkampfes sind wir das revolutionäre Subjekt. Wir? Wer sind wir? Wir sind eine Frage, ein Experiment, ein Schrei, eine Herausforderung. Wir brauchen keine Definition, wir weisen alle Definitionen zurück, denn wir sind die anti-identitäre Kraft des kreativen Tuns und setzen uns über jede Definition hinweg. Nenne uns Multitude wenn Du magst, oder, besser noch, nenne uns Arbeiterklasse, aber jeder Versuch einer Definition ist nur insofern sinnvoll als wir mit dieser Definition brechen. Wir sind heterogen, wir sind dissonant, wir sind unsere eigene Bestätigung, die Verweigerung fremder Bestimmung über unsere Leben. Wir sind daher die Kritik der Repräsentation, die Kritik der Vertikalität und jeder Form von Organisation, die uns Verantwortung für unsere Leben nimmt. Hört die Stimmen der ZapatistInnen, der argentinischen Piqueteros, der Indigenen in Bolivien, der Menschen der sozialen Zentren in Italien[8]: das Subjekt, das sie allzeit in ihren Äußerungen benennen, ist „wir“ und es ist eine Kategorie, die über wirkliche Kraft verfügt.

Wir sind weiblich, nosotras nicht nosotros,[9] weil die Krise der abstrakten Arbeit die Krise einer männlich dominierten Aktivität und Form des Kampfes ist, und, weil der neue Klassenkampf nicht dieselbe Geschlechterzusammensetzung wie der alte hat.

Wir sind das Zerbrechen der Zeit, das Schießen auf die Uhren.[10] Die Bewegung der abstrakten Arbeit projiziert die Revolution in die Zukunft, aber unsere Revolution kann nur hier und jetzt sein, weil wir hier und jetzt lebendig sind und in der Zukunft werden wir tot sein (oder unsterblich). Wir sind die Intensität des Moments, die Suche (Faust‘s Suche, Bloch‘s Suche) nach dem Moment der absoluten Erfüllung. Wir sind die Poesie der Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse als Poesie.

Unsere Revolution kann folglich nicht als Vorbereitung für ein großes Ereignis in der Zukunft

verstanden werden, sondern nur hier und jetzt als Erschaffung von Rissen, Fissuren oder Brüchen im Gewebe der Herrschaft, von Räumen oder Momenten in denen wir deutlich sagen, „nein, wir werden nicht hinnehmen, dass das Kapital unsere Leben gestaltet, wir werden tun, was wir für notwendig oder wünschenswert erachten“. Wenn wir uns umsehen, können wir sehen, dass diese Räume oder Momente der Weigerung und Erschaffung überall existieren, vom lakandonischen Urwald bis zur vorübergehenden Weigerung und Erschaffung eines Ereignisses wie diesem. Revolution, unsere Revolution, kann nur als Ausweitung und Multiplikation dieser Risse, dieser Blitze der Weigerung und Erschaffung, dieser vulkanischen Ausbrüche des Tuns gegen die Arbeit verstanden werden.

Fragend schreiten wir voran. Preguntando caminamos.[11]

E-Mail: johnholloway@prodigy.net.mx

Übersetzung: Lars Stubbe, 3.5.2006

Anmerkungen:

1 Autorenschaft ist immer Unsinn. In diesem Fall hat Sergio Tischler eine besondere Rolle in der Formulierung dieser Ideen gespielt.
2 Motto eines von Le Monde Diplomatique im Februar 2006 in Rom organisierten Forums, an dem außer John Holloway, Ignacio Ramonet; Aminata Taore und Immanuel Wallerstein teilnahmen; Anm.d.Ü.
3 Es reicht! Slogan der ZapatistInnen, mit dem sie den Aufstand 1994 begannen; Anm.d.Ü.
4 Hervorhebungen vom Übersetzer; Anm.d.Ü.
5 Hervorgehoben i.O.;Anm.d.Ü.
6 J.H. verwendet hier den Begriff „employment“, also Beschäftigung, der evtl. etwas umfassender ausgelegt werden kann. Gemeint ist jedoch Beschäftigung im Sinne der Lohnarbeit; Anm.d.Ü.
7 Der Begriff „fabbrica sociale“ wurde von Antonio Negri geprägt und bezeichnet die Ausbreitung des repressiven und auf Wertproduktion ausgerichteten Fabrikregimes auf die restlichen Sektoren der Gesellschaft; Anm.d.Ü.
8 In vielen italienischen Großstädten wurden in den 1980er und 1990er Jahren ungenutzte ehemalige Fabriken oder öffentliche Anlagen besetzt, die seitdem als autonom verwaltete Räume genutzt werden; Anm.d.Ü.
9 Die spanischen Formen für das weibliche und männliche „wir“; Anm.d.Ü.
10 Anspielung auf die 15. These des Textes „Über den Begriff der Geschichte“ von Walter Benjamin, in dem er wiedergibt, wie während der französischen Juli-Revolution von 1830 unabhängig voneinander auf verschiedene Kirchturmuhren geschossen wurde. Anm.d.Ü.
11 Spanische Version des vorhergehenden Satzes und zapatistisches Motto; Anm.d.Ü.

„Die gute und die schlechte Regierung“
(Ambrogio Lorenzetti
Fresken im Palazzo Pubblico, Siena)

„Regierung ist nicht die Lösung, sondern das Problem”
(Ronald Reagan)

Johanna Klages

Kampffeld Repräsentation

Im nachfolgenden soll aufzuzeigen versucht werden, wie politische Prozesse entstehen und wo Ansätze einer alternativen Politik möglich wären. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den generativen Prinzipien von Repräsentation und nicht so sehr auf Beschreibungen inzwischen bekannter neoliberaler Produkte der politischen Prozesse.

Im Französischen kann die Kategorie *représentation* dreierlei bedeuten:

Vorstellung, Darstellung und *Stellvertretung*. Alle drei Bedeutungen spielen bei einer Repräsentation im politischen Feld mit hinein.

Analog zu diesen Bedeutungen sollen drei Punkte behandelt werden:

1.Vorstellungen – Sichtweisen und Deutungen sozialer und gesellschaftlicher Verhältnisse, Konzepte und politische „Angebote“ als Wahrnehmungs- und Denkschemata;

2. Darstellung – die symbolische Wirksamkeit von Realitätskonstruktionen;

3. schließlich Stellvertretung – als metonymische Verhältnisse zwischen Sprechenden und einer Gruppe, für die „gesprochen“ wird, in denen die Sprechenden immer Part derjenigen Gruppe bleiben (sollten), für die sie sprechen.

I. Das politische Feld

Ort von Repräsentation und sozialer Handlungsraum ist das politische Feld, ein relativ autonomer *sozialer Mikrokosmos* innerhalb des gesellschaftlichen Raumes als Ganzen. Das politische Feld kann als ein Feld mit einer *eigenen Logik* betrachtet werden, das zwar relativ abgeschottetm aber dennoch offen ist – wie anders ließen sich auch Einflussmöglichkeiten denken, die ja durchaus bestehen. Bourdieu vergleicht das politische Feld mit einem *„Spielfeld“*, das *eigene „Spielregeln“* besitzt.

„Spielfeld“ als Metapher für das *politische Feld* kann ebenso illustrativ sein, wie missverständlich wirken. Als soziales Feld oder gesellschaftlicher Raum ist das politische Feld eines unter anderen, wie z.B. das der Ökonomie mit Arbeit und Produktion, der Kultur mit Wissenschaft und Ausbildung, oder schließlich das des alltäglichen Lebens der Menschen. Die Effekte einzelner Felder (es ließen sich vielleicht noch weitere konstruieren, wie z.B. das der Medien) wirken in andere hinein, beeinflussen diese entweder positiv, oder unterwerfen sie einer ihnen fremden Logik. Die Grenzen der Felder sind fließend und nicht konstant, sie reichen soweit, wie die Effekte eines jeweiligen Feldes wirksam sind. Mit anderen Worten: wenn sich eine „fremde“ Logik in anderen sozialen Bereichen einnisten kann, wie die folgenreiche Verbetriebswirtschaftlichung öffentlicher Einrichtungen beispiels-

weise im Bildungssystem, großen Teilen des Gesundheitswesens bis hin zu kulturellen Institutionen auf eine unmittelbare Ausdehnung der Grenzen, besser der Macht des ökonomischen Feldes hindeutet, was gleichzeitig auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse insgesamt drastisch deutlich macht. Dies war, wie wir wissen, nicht in allen historischen Perioden seit dem 2. Weltkrieg so ausgeprägt, obwohl auch damals *in letzter Instanz* die kapitalistisch verfassten Produktionsverhältnisse bestimmend waren und blieben.

Entgegen allem Augenschein kommt dem *politischen Feld* eine zentrale Rolle zu. Das *politischen Feld* ist ein gesellschaftlicher Raum besonderer Natur; es ist der Raum der politischen Artikulationen und Praxen der Akteure; es ist der gesellschaftliche Raum, in dem sich die jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse herausbilden; es ist der Ort, an dem über die politische Verfasstheit der gesellschaftlichen Verhältnisse entschieden wird; es ist das soziale Feld, in dem der Mainstream sanktioniert wird und sich als herrschender Diskurs etabliert, um in alle anderen sozialen Felder einzusikkern bis hinein in den Alltagsverstand der Menschen. Das *politischen Feld* ist das entscheidende Kampffeld um die Deutungsmacht – die *„agora“* moderner Gesellschaften, mitnichten ein herrschaftsfreier Raum, weder in der Antike noch heutzutage.

Die *Akteure* des politischen Feldes sind außerordentlich heterogen und agieren in unterschiedlichen Bereichen und in mehr oder minder einflussreichen Positionen innerhalb der hierarchischen Struktur des Feldes.

Die wichtigsten Akteure seien genannt: unterschiedliche zivilgesellschaftliche Kräfte[1], globalisierungskritische Bewegungen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften; Parteien und deren Mitglieder, Wirtschaftsverbände und deren Schwarm von Lobbyisten; Medien der unterschiedlichsten und vielfältigsten Art – einerseits einflussreiche Leitmedien, die den *mainstream* wesentlich mitbestimmen und verbreiten, andererseits Medien, die einen (anti-neoliberalen) *Gegendiskurs* vertreten. Eher im Hintergrund wirkend, dem politischen Feld aber zuzurechnen, sind die einflussreichen, finanzkräftigen Think Tanks[2], die exklusive Presseclubs unterhalten, in denen nicht nur Wirtschaftsbosse, sondern auch führende Politiker ein- und ausgehen.

Jedes soziale Feld ist als *hierarchisch strukturierter Raum* mit konstanten Ungleichheitsbeziehungen zu denken. Die Beziehungen in einem (politischen) Feld werden durch wechselnde Kräfteverhältnisse bestimmt und die privilegierten Positionen – über sie können politischer Einfluss und symbolische Macht errungen werden – sind hart umkämpft. Wenn ein Feld als hierarchisch strukturierter sozialer Raum betrachtet wird, wird Unsichtbares sichtbar – verborgene Mechanismen, die Machtpositionen und Feldstärken (Bourdieu) konstituieren und die für Handlungsoptionen auch über die Feldgrenzen des Politischen hinaus wichtig sein können. Alle führenden Politiker pflegen ein weit gefächertes Netzwerk, Kontakte zu Vertretern der Ökonomie, der Medien, internationaler Institutionen etc. Eine Erfolg versprechende Teilnahme am Kampf um privilegierte Positionen, ob und wie sich jemand positionieren kann, hängt davon ab, was einer “investieren“ kann, wie viel Kapital jemand besitzt. Der Erfolg, so Bourdieus These, ist die Frage des *politischen (und sozialen, kulturellen sowie symbolischen)* Kapitals.[3] Folglich resultieren die hierarchischen Strukturen des politischen Feldes aus den strukturierenden Relationen der Akteure und deren symbolischen Effekten. Von dauerhaften Essentialitäten kann also keine Rede sein, im Gegenteil sie verändern sich je nach Feldstärken der unterschiedlichen politischen Kräfte sowohl im engeren parlamentarischen als auch im größeren außerparlamentarischen Raum.

Weil es um Macht und Einfluss, schließlich auch um Karrieren und Geld geht, glauben die Akteure im politischen Feld an das Spiel und seine Spielregeln, um im Bild zu bleiben – die *illusio* (Bourdieu) lässt sie hoffen, dass sich ihr Einsatz lohnt. „Das politische Spiel kennt keinen größeren Imperativ als die (...) grundsätzliche Einwilligung in das Spiel selbst, *illusio* (...) die Investition in das Spiel, die gleichzeitig ein Produkt des Spiels und die Bedingung für das Funktionieren des Spiels ist.“ (Bourdieu 2001/ S. 78) Dieses Verhalten ist insbesondere bei Politikern zu beobachten, die als Abgeordnete in Gremien wie z.B. das Parlament gewählt werden. Um ein Spielfeld betreten zu können, sind relativ hohe Eintrittshürden zu überwinden und vor allem die Spielregeln zu beherrschen. Was








die parlamentarischen Gremien, insbesondere privilegiertere Positionen betrifft, so gelten Qualifikationen besonderer Art als Voraussetzung, d.h., nicht nur allgemein kulturelle und soziale Kompetenzen, sondern auch Kenntnisse von der Geschichte des politischen Feldes, deren offiziellen und inoffiziellen Netzwerken und der besonderen Art und Weise in diesen zu agieren, was sich alles nur in langen Prozessen politischer Aktivität aneignen lässt. Die Karrieren führender Politiker/innen in den etablierten Parteien bestätigen dies.

In den letzten Jahrzehnten zeichnete sich eine Tendenz ab, dass auch die *Medien* jeweilige Kräfteverhältnisse und die hierarchischen Strukturen im politischen Feld entscheidend beeinflussen können. Im Mittelpunkt steht dabei der Einsatz von *symbolischer Macht* auf beiden Seiten: Die Journalisten wählen als Interviewpartner fast ausschließlich Spitzenpolitiker (wenn opportun auch mal „Abweichler"); Spitzenpolitiker unterhalten sich in der Regel nur mit ausgewiesenen politischen Journalisten. Die Akteure handeln jeweils entsprechend den Logiken ihrer Felder und deren feldspezifischer Konkurrenzbeziehungen. Die meisten Medien, auch Qualitätszeitungen und öffentliche Sender, kopieren inzwischen Mechanismen der Boulevardpresse: wer die bekanntesten *celebrities* vor die Kamera holen oder von ihnen ein paar „Neuigkeiten" drucken kann, erzielt einen Konkurrenzvorsprung. Auch Spitzenpolitiker sind ebenso wie andere Berühmtheiten quoten– oder auflagenverdächtig. Deshalb müssen ihre Statements kurz, prägnant und schnell zitierbar sein. Komplizierte Begründungen sind für diese Art vordergründigen Journalismus' ungeeignet. Auf der anderen Seite steigert sich umgekehrt der Bekanntheitsgrad von Spitzenpolitikern, je öfter und je populistischer sie in den Medien in Erscheinung treten. Medienauftritte können symbolisches Kapital mehren und steigern symbolische Macht, was im übrigen auch für die Journalisten zutrifft. Die *Effekte* dieser spezifische Beziehungen zwischen führenden Politikern und Spitzenjournalisten sind besonders wirkungsvoll, weil zwischen beiden Feldern, dem der Medien und dem politischen Feld, die Eigenart einer *strukturellen Homologie* besteht: obwohl sie verschieden sind, bleiben sie dennoch vergleichbar; d.h. die hierarchischen Strukturen beider Felder ermöglichen ein sich beidseitig begünstigendes Verhältnis. Kontakte zu wichtigen Politikern sind auch den Karrieren von politischen JournalistInnen zuträglich.

Diese Effekte, die durch die personalisierte Medienpolitik hervorgerufen werden, begünstigen autoritative und selbstherrliche Verhaltensweisen insbesondere führender Politiker, was zu Problemen für die Generierung politischer Prozesse führt. Ein allerseits zu beobachtender „neuer" Politikstil ist eine Mischung aus bloßen politischen Statements und Erklärungen (ohne das Zulassen einer Replik in den Medien) und autoritärem Regierungsstil: Wenn politische Prozesse auf in Medien verkündete *faits accomplis* reduziert werden, kann nur noch der Eindruck von *Willkür* entstehen, und in der Tat scheint vieles, was verkündet wird, nur für *kurze Zeitläufe* Gültigkeit zu besitzen, wie fast tägliche Änderungen und „Rückzieher" von Äußerungen zeigen. Bekanntlich war Schröders Politikstil ausgesprochen *dezisionistisch*, die anderen Regierungsmitglieder, mit Ausnahme des Finanzministers, waren mehr oder weniger zu Befehlsempfängern degradiert. „*Ich*", der Kanzler, „*fahre in meinem Reformkurs fort*". Veränderungen sind kaum zu erwarten. Mit dieser Form von Medienpolitik bricht sich eine „neue Form des Zentralismus" (Richard Sennett) Bahn: „Wie in der Wirtschaft (so verfügen) auch in der politischen Sphäre einige wenige Spitzenpolitiker über sehr weitgehende Entscheidungsmacht. .... (Ein) Ergebnis der Schwäche der Mitgliederparteien und der angestrebten Beschleunigung der Entscheidungsfindungsprozesse. In diesem System gilt, je weniger mitentschieden wird, umso besser. In den USA und in Großbritannien kann man das auch an dem deutlichen Machtverlust der Kabinettsmitglieder nachweisen" (Richard Sennett 2005). Eine neo-liberale *Reform*politik, die breiten Bevölkerungsschichten nicht deren Lebensverhältnisse verbessernde Maßnahmen, sondern Verschlechterungen zumutet, scheint konsequenterweise autokratisch sein zu müssen.

In seiner historischen Genese, setzt man seinen Beginn mit der französischen Revolution an, als das Bürgertum proklamierte: „der 3. Stand ist die *Nation*", mithin sich zum Repräsentanten des Allgemeinen erklärte, entwickelte sich das politische Feld zu einem einerseits *öffentlichen* und andererseits relativ *autonomen* gesellschaftlichen Raum, in dem der Kampf um die Repräsentation des gesellschaftlich Allgemeinen ausgetragen wird. Für Marx sind letztlich die Interessen der lohnabhängigen Klassen mit dem gesellschaftlich *Allgemeinen* gleichzusetzen, während die Interessen der Herrschenden partieller Natur sind, weil sie sich aus privat angeeignetem gesellschaftlichem Reichtum herleiten. Vor diesem Hintergrund, der in seinen Grundzügen nach wie vor besteht, sind alle politischen Prozesse und wechselnden politischen Kräfteverhältnisse zu betrachten. Im politischen Feld werden demnach Kämpfe um Repräsentation ausgetragen, die prinzipiell den Interessen des einen oder anderen Lagers dienlich sind. Dennoch gestalten sich die politischen Prozesse real auf Grund der

spezifischen Konstruktion des Feldes – sowohl seiner hierarchischen Struktur als auch seiner relativ autonomen und dennoch „offenen“ spezifischen Logik als sozialer Mikrokosmos – vielschichtig. Somit können sowohl politische Forderungen als auch autorisierte Sprecher, die den Belangen der lohnabhängig Arbeitenden und zivilgesellschaftlichen Akteure verpflichtet sind, je nach Kräfteverhältnissen und unter bestimmten Voraussetzungen (erfolgreich) aktiv an der Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse (mit)wirken.

Staatliche Einrichtungen im Sinne des sogenannten Gemeinwohls, gesetzliche Regelwerke, wie rechtsstaatliche Schutzprinzipien (auch jene über den Eigentumsschutz hinausreichenden, wie Arbeitsmarktgesetze), oder prinzipiell allgemein zugängliche Bildungseinrichtungen, oder Gesundheits- und Risikovor- und Fürsorge, sind nicht (nur)„großzügig“ gewährte Zugeständnisse der Herrschenden, wie sich gegenwärtig mit aller Härte zeigt, sondern (auch) erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften.

[Anmerkung: Staat soll hier *weder* – im Hegel'schen Sinne – als die widerstrebenden Interessen der Gesellschaft ausgleichendes, zu einem allgemeinen Vernunftprinzip vereinendes, in eigener Regie agierendes „Gebilde“, *noch* – im Marx'schen Verständnis – lediglich als der „Ausschuss der herrschenden Klasse“ aufgefasst werden, sondern staatliche Instanzen sind in ihrem Resultat immer Ausdruck der jeweils vorhandenen Kräfteverhältnisse. Zu Marxens Zeiten dienten die gesetzlichen Reglements selbstverständlich in letzter Instanz den Interessen der Kapitalisten als Klasse insgesamt, auch wenn einzelne Kapitalisten gegen Fabrikschutzkontrolleure oder Verbot von Kinderarbeit wetterten. Selbstverständlich war die 10- Stunden-Bill Ausdruck vorausschauender Kapitalinteressen, die dem allzu kurzsichtigen Verschleiß der Arbeitskräfte Einhalt gebot. Auch dies entsprach den Interessen der Kapitalisten als Klasse. Aber sollten die Arbeiterorganisationen hier opponieren?

Idealtypisch gesehen, wären staatliche Maßnahmen, Einrichtungen etc., auch die Sicherheitsorgane wie Polizei und Militär als *Exekutivorgane* der *Legislative*, sowohl deren Kontrolle unterworfen, als auch durch sie veränderbar.

Gegenwärtig lässt sich der ambivalente Charakter staatlicher Instanzen und Einrichtungen sehr gut beobachten. Auf Grund vermeintlich notwendiger Einsparungen an staatlichen Ausgaben können historisch herausgebildete, (nicht nur von Bismarck verfügte, sondern auch von Arbeiterorganisationen erkämpfte) sozial- oder wohlfahrtsstaatliche öffentliche Institutionen aufgelöst, privatisiert oder abgebaut werden – weil dies durchaus im Interesse der herrschenden Klasse(n) ist, aber auch weil die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sie verteidigen könnten, zu schwach sind. Schließlich ist es auch gelungen, bei den Menschen ein alltägliches Nichtwissen zu erzeugen, dass „public goods“ de facto Gemeineigentum sind, die aus Lohn- und Einkommenssteuern (nicht etwa aus Vermögen und Gewinnen) finanziert werden bzw. wurden. Nach Bourdieu amputiert die neo-liberale Politik durch die „Zerstörung des Sozialstaats, (die) linke Hand des Staates - am augenfälligsten: Gesundheitswesen“ [4], indem sie die „rechte“ stärke, d.h. die Sicherheitskräfte, Militär und Gefängnisse. „Das zentrale Paradox des neoliberalen Projekts ... : die Erhebung des Marktes zum optimalen Apparat der Organisierung aller menschlichen Aktivitäten setzt nicht nur einen minimalistischen ‚schlanken Staat' an der Wirtschafts- und Sozialfront voraus, sondern benötigt außerdem, ohne dass dies ein Widerspruch wäre, einen größeren und geschäftigeren Staat, der für die gewaltsame Intervention in die öffentliche Ordnung und die Verstärkung der ausprägten sozialen und ethnischen Grenzen gerüstet ist.“[5]]

Meine schlussfolgernde These lautet: Auf Grund der Logik des politischen Feldes, eines Feldes, das relativ autonom und nach außen offen ist, und dessen Raum immer parlamentarisch und auch außerparlamentarisch zu definieren ist, konnten im Zuge der Geschichte allmählich auch *Sprecher* unterer Bevölkerungsschichten (Akteure linker Parteien, sozialer Bewegungen und Gewerkschaften, kritische Publizisten und Künstler) im politischen Feld mit Gegendiskursen und „Gegenkräften“ repräsentiert sein. So war es möglich, dass schließlich in zahllosen Kämpfen und mit „guten“ und „schlechten“ Kompromissen auch die *Reproduktionsbedingungen der Arbeitskräfte zu Angelegenheiten des „Allgemeinen“ der sozialen Verhältnisse erklärt werden konnten. Rückblickend konnte möglicherweise eine historisch am weitest entwickelte Form von Repräsentation der Bedürfnisse lohnabhängiger Bevölkerungsschichten* unter kapitalistischen Bedingungen in der sogenannten Prosperitätsphase – den „goldenen Jahren“ (Hobsbawm) – etwa in der Zeit 1950 bis 1970 stattfinden. (Dennoch, ohne Aktivitäten der Gewerkschaften und deren Mitglieder, ohne Mitbestimmung und tarifvertraglich verbriefte soziale Regulationsweisen hätte sich das fordistische Produktions- und Akkumulationsregime nicht bis an seine Grenzen entwickeln können.) So könnte folglich eine Hypothese lauten: je höher der *Grad an Autonomie des politischen Feldes*, desto demokratischer gestalten sich die Beziehungen und Diskussionen, um so eher sind auch die

Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung in Diskursen und politischen Prozessen repräsentiert.

Seit den 80er Jahren ist die Entwicklung gegenläufig: Mit den Regierungen Reagan und Thatcher setzt die neo-liberale Gegenrevolution ein. Gleichzeitig liegt auch hier der Beginn der sukzessiven Unterminierung sowohl der *Autonomie* als auch der *Homogenität* des politischen Feldes durch heteronome Kräfte, die neo-liberale politische und philosophische Vorstellungen mehr und mehr ins Spiel bringen. *Heteronome Akteure* aus anderen Feldern, insbesondere dem ökonomischen Feld einschließlich seiner vielfältigen Instrumente wie der WTO, des GATT oder der EU-Kommission greifen in die politischen Diskurse ein und gewinnen mehr und mehr Einfluss auf die Entwicklung *politischer Prozesse*. Sprecher von Wirtschaftsverbänden, Vertreter ihrer einschlägigen Netzwerkverbindungen und Think-Tanks, oder führende Journalisten der Leitmedien wie Spiegel, FAZ, FTD (auch Bild auf seine Art) avancieren zu autorisierten Akteuren im politischen Feld, ohne demokratisch legitimiert, geschweige denn rechenschaftspflichtig zu sein. Prinzipien wie Privatisierung und Wettbewerb verdrängen dem Gemeinwohl verpflichtete und subsidiarische Grundsätze im Gesundheitswesen, bei öffentlichen Dienstleistungen und Institutionen. Sie gelten als das non plus ultra einer „Reform" staatlicher Einrichtungen. *Politische Instrumente* wie z.B. Investitionsprogramme des Staates, Regulierungen der Arbeitsmärkte, geschweige denn Lenkung allgemeiner wirtschaftlicher Prozesse durch steuerliche oder geldpolitische Instrumente, gelten als vermeintlich gescheiterte keynesianistische Wirtschaftpolitik. Auch das veränderte politische Kräfteverhältnis und die Feldkonstellationen im engeren wie im weiteren Bereich des politischen Feldes sind letztlich Effekte des Einflusses dieser heteronomer Akteure. Auch die staatstragenden politischen Parteien, die inzwischen üblicherweise eingesetzten diversen Regierungskommissionen, die Spitzen der Exekutive sind zu Adepten des neo-liberalen Diskurses geworden. Dies alles – hier lediglich beispielhaft aufgeführt – zusammengenommen sind die „Möglichkeitsbedingungen" für die Formierung des Neoliberalismus zum herrschenden Diskurs und für dessen „Dispositive der Macht" (Foucault 1978). Diskurse erzeugen Machtverhältnisse, und „Subjektivitätsformen", da Individuen sich ihnen unterwerfen, um als „Subjekte" im Rahmen der herrschenden Diskursstrategien zu handeln, wie z.B. an Verhaltensweisen führender Politiker zu beobachten. Erfolgsstreben und Karriere erzwingen Unterwerfung unter das neo-liberalen „Dispositiv der Macht". Eine subjektive Unterwerfung unter soziale Verhältnisse heißt, diese zu konstituieren. Die Dialekt von Unterwerfung und Subjektivation verallgemeinert Judith Butler in Anlehnung an Freud zu einer generellen sozialen Bedingung.[6] „Der häretische Bruch mit der bestehenden Ordnung und den Dispositionen und Vorstellungen, die sie bei den von ihren Strukturen geprägten sozialen Akteuren erzeugt, setzt jedoch selber voraus, dass ein kritischer Diskurs und eine objektive Krise zusammentreffen, um die *unmittelbare Entsprechung* zwischen den inkorporierten Strukturen und den objektiven Strukturen, aus denen sie hervorgegangen sind, aufbrechen und eine Art praktischer *epoché*, eine Suspendierung der ursprünglichen Bejahung der bestehenden Ordnung, einleiten zu können" (Bourdieu 1990: 104, Herv. J.K.).

Paradoxerweise geht die oben skizzierten *Heteronomisierung* des politischen Feldes mit einer *Abschottung* gegenüber den „Laien" einher: Die Beziehungen zwischen den politischen Professionellen als gewählte *Abgeordnete* und den außerparlamentarischen Laien haben sich, je höher die politische Ebene, desto mehr entfremdet. Auch die Vermittlungsglieder zwischen den Sprechern und denen, die sie zu ihren Sprechern delegieren, die teilweise in traditionellen politischen Parteistrukturen aufgehoben waren, existieren kaum noch. Die parlamentarischen Politiker, insbesondere Regierungsmitglieder und solche, die in Führungspositionen sind, bewegen sich überwiegend mit Blick auf ihre Konkurrenten und ihre Beziehungen zu ihnen; wichtig für sie sind vor allem anderen ihre ganz persönlichen Performanzen in den (Medien-)Öffentlichkeiten. (Der ehemalige Bundeskanzler Schröder und sein ehemaliger Vizekanzler Fischer können hier paradigmatisch genannt werden.)

Dennoch, die Logik des politischen Feldes bedingt, seit Akzeptanz sich nicht mehr in feudalen Akklamationsstrukturen äußert und (notfalls) durch physische Unterdrückung hergestellt wird, dass die professionellen Akteure nach wie vor ihrer Klientel verpflichtet bleiben müssen. Noch ist ein (Austausch-)Verhältnis zwischen „Professionellen" und „Laien" (Bourdieu) konstitutiv für das parlamentarische Prinzip sogenannter westlicher Demokratien. Noch haben Wahlen bei den Laien einen relativ *hohen symbolischen Stellenwert*, allerdings ist die Wahlbeteiligung rückläufig und um sich greifende Ohnmachtsstimmungen in der Bevölkerung verbreitet.

Hierin könnten die *Chancen der Linkskräfte* bestehen, wenn es ihnen gelingt, gemeinsam mit den *sozialen Bewegungen*, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen sich zu einen *Gegendiskurs* zum *herrschenden Diskurs* des Neo-Liberalismus im politischen Feld zusammenzufinden und sicht- und hörbar ihre Vorstellungen zu repräsentie-

ren. Könnten der erstaunliche Zuspruch (z.B. bei den Wahlen im September 2005 in der BRD) und die politische Aufbruchsstimmung allgemein (z.B. bei den Antimondialisten) nicht den Wunsch zum Ausdruck bringen, die politische Entwicklung der sozialen Verhältnisse beeinflussen und mitbestimmen zu wollen und zu können? Diese relativ ausführliche Skizze zur Charakteristik des politischen Feldes sollte verdeutlichen, dass es als ein *„privilegierter Ort für die Ausübung einer Macht der Repräsentation“* (Bourdieu 2001/82) anzusehen ist.

II. Formen der politischen Repräsentation:
1. Vorstellungen, 2. Darstellung und 3. Stellvertretung

Zu 1. *Repräsentation als Vorstellung*

Wie die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse im politischen Feld interpretiert werden, ist von entscheidender Bedeutung, denn soziale Realität offenbart sich uns nicht „an sich“ und unmittelbar, sondern wird immer als gedeutete wahrgenommen. Selbst „Natur“, allemal jedoch gesellschaftliche Phänomene werden entweder in tradierten Deutungen oder aktuellen Interpretationsangeboten des herrschenden gesellschaftlichen Diskurses perzipiert. Dies gilt insbesondere für aktuelle politische und soziale Konstellationen. Die meisten Deutungsmuster, insbesondere solche des alltäglichen Lebens, für eine subjektive Orientierung unabdingbar notwendig, werden historisch und kulturell, natürlich unterschiedlich je nach den Lebensverhältnissen, in denen jemand heranwächst, tradiert. Alltägliche Sichtweisen und erlernte subjektive Dispositionen, ohne sie wäre der Alltag nicht zu bewältigen, sind sehr zählebig, sie verändern sich, wenn überhaupt, nur allmählich und oftmals kaum merklich.

Einstellungen oder Orientierungen im politischen, insbesondere im aktuell politischen Bereich verändern sich in der Regel kurzfristiger; gesellschaftlichen Verkehrsformen, insbesondere in Verbindung mit sich verändernden Arbeitsmethoden und -tätigkeiten, wie z.B. vom Beginn der Industrialisierung bis hin zur I.u.K-Technologisierung, wandeln sich wesentlich rascher und grundlegender als die alltäglichen Lebensgewohnheiten. Vergegenwärtigen wir uns, dass sich die neo-liberalen Konzepte und Prinzipien in wenigen Dezennien zum herrschenden Diskurs profilieren konnten und relativ breite Akzeptanz auch über das politische Feld hinaus gewonnen haben, so wird offensichtlich, welche Kräfte *die Deutungs- und Definitionsmacht* im politischen Feld erobern konnten.

Interpretationen von sozialen Verhältnissen sind immer auch Orientierungsangebote, insbesondere wenn sich die Verhältnisse rasant verändern und spontan unverstanden bleiben, und wenn kaum *alternative Orientierungsangebote* vorhanden sind. Die aktuellen und raschen, von den meisten Menschen auch unmittelbar erfahrenen Veränderungen während der letzten zwei Jahrzehnte sind gravierend, alleine die Verhältnisse auf den Arbeitsmärkten: von einer Situation der relativen Vollbeschäftigung, in der Arbeitsplatzverluste immer wieder mehr oder weniger aufgefangen werden konnten, hin zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit, für viele ohne jegliche Perspektive. Unter solchen Bedingungen werden Orientierungen und Erklärungen gesucht. Wenn in derartigen sozialen Situationen Erfolg versprechende neo-liberale Konzepte von offiziellen Regierungssprechern, gewichtigen Wirtschaftsbossen, bis hin zu einschlägigen Wissenschaftlern – legitimiert durch die Autorität ihrer Positionen – allerorts verkündet werden und zudem ohne vernehmbaren Widerspruch von Gegenkräften bleiben (erinnert sei in diesem Zusammenhang an die massiven Diskriminierungen der Gewerkschaften in fast allen Medien), konnten diese schließlich, allen lokalen Protesten und Widerständen zum Trotz, Fuß fassen. Als *„Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata“* (Bourdieu)[7] werden die herrschenden Sichtweisen vielfach aufgenommen und im Habitus derjenigen Menschen, die sie akzeptieren oder selbst keine Alternativen sehen, inkorporiert. Als subjektive Disposition schließlich ist der Habitus die handlungsgenerierende Instanz, welche auf dem Zusammenspiel von individueller Erfahrungsgeschichte und gesellschaftlichen sozialen Vorstellungen beruht. Der *Erfolg eines herrschenden Diskurses* besteht darin, dass es ihm gelingt, eine Kongruenz, also eine *„übereinstimmende Sichtweise“* zwischen *subjektiven*, aus den biographischen Erfahrungen herrührenden Interpretationen sozialer Verhältnisse und den sich aufzwingenden *allgemeinen offiziellen Vorstellungen* herzustellen. Hierin schließlich gründet eine (wie auch immer geartete) *Akzeptanz* nicht zu akzeptierender neo-liberaler Maßnahmen und durch sie herbeigeführter aktueller *Veränderungen*.

Um eine derartige Übereinstimmung herzustellen, bedient sich der herrschende *neo-liberale Diskurs vielfältiger (Herrschafts-)Methoden.* Einige seien beispielhaft skizziert: *Umdeutungen von sozialen Kategorien, Einsatz von Teilungsprinzipien* und *im Erkennen eines sozialen Problems eine Verkennung* erzeugen.

a) Umdeutungen: Die Reden von *Krise und Reform* in ihrer seriellen Erscheinungsform sicherten sich allgegenwärtige Präsenz. Indem der Begriff *Reform* in einen neuen Kontext, nämlich der neo-liberalen Essentials wie freies Spiel der Marktkräfte,

Wettbewerb den Tüchtigsten, Effektivität durch schlanke Strukturen etc., transponiert und als Modernisierung umgedeutet wird, verliert er seine ursprünglich für sozialen Fortschritt stehende Bedeutung. Dennoch ist der Begriff *Reform* nach wie vor bei vielen Menschen mit Erfahrungen verknüpft, die aus einer Zeit zwischen den 1950 und 1970er Jahren herrühren, in denen auch Dank einer starken Gewerkschaftsbewegung die Lebensverhältnisse durch *soziale Reformen* tatsächlich verbessert werden konnten. Damals standen Vollbeschäftigung und die Überwindung sozialer Ungleichheiten im Zentrum (sozialdemokratischer und linker) politischer Optionen, sie waren dominante Essentials des damaligen politischen mainstreams. Somit sind *Reformen* im Gegensatz zum gegenwärtig herrschenden Diskurs als „soziale Phantasmen" (Bourdieu) im Alltagsverstand der meisten Menschen in unserem Land immer noch mit Hoffnungen auf bessere Lebensbedingungen besetzt.[8] Dem neo-liberalen Diskurs gelingt es, die Kategorie „Reform" für die andere Seite zu instrumentalisieren, um den Arbeitsmarkt zu deregulieren, die sozialen Sicherungsinstitutionen auszuhöhlen, *public goods* zu privatisieren, das Bildungssystem zu dekonstruieren.

Die neo-liberale Definition von *Krise* meint *Wachstums-*, besser *Verwertungskrise des Kapitals*. Die sozialen Einrichtungen geraten zu entweder nicht tolerierbaren Ausgaben für den Staat, oder zu nicht tragbaren Kosten für das Kapital, wie z.B. Lohnnebenkosten oder Nachschichtzulagen, oder zu Wettbewerbshemmnissen (bzw. -vorteilen) auf den nationalen oder globalen Märkten wie z.B. staatlich finanzierte Dienstleistungen.

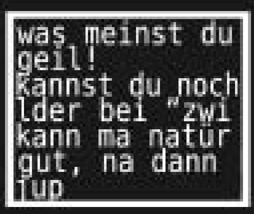
b) Teilungsprinzipien: Ausgesprochen wirksam sind die Effekte von sozialen Teilungsprinzipien. Einteilungen von Menschen, Dingen oder Aktivitäten erscheinen für sich genommen gleichsam willkürlich. „Durch ihre Eingliederung in ein System homologer Gegensätze" erlangen sie „objektive und subjektive Notwendigkeit" (Bourdieu 2005/S.18). Folglich geraten Gegensatzpaare wie z.B.: Arbeitsplatzbesitzer/Hartz IV Empfänger[9]; Anständige/Abzocker; Deutsche/Ausländer; Wessis/Ossis; Junge/Alte; Experten/Laien zu sozialen Scheidelinien. Diese Gegensatzpaare sind sich ähnlich hinsichtlich ihres jeweiligen Unterschieds, dennoch „ist ihre Übereinstimmung groß genug, um sich in und durch das unerschöpfliche Spiel der praktischen Übertragungen und Metaphern gegenseitig zu stützen" (Bourdieu, ebenda). Andererseits sind die Gegensätze verschieden genug, um eine unterschiedliche Konnotation und ungleiche Bewertung zu gestatten, wodurch wirksame Effekte erzeugt werden können. Als Wahrnehmungsmuster bleiben sie im allgemeinen präreflexiv, sie werden aber dennoch inkorporiert und schlagen sich schließlich im handlungsgenerierenden Habitus nieder, (vergleiche die verbreitete Ausländerfeindlichkeit, oder Diskriminierung von Arbeitslosen). Gegensatzkonstrukte sind je akzeptierter und verbreiteter, desto mehr sie durch Reden von öffentlichen Autoritäten oder durch politische Maßnahmen, wie der aktuellen Arbeitsmarktpolitik, der Migrations- und Asylgesetzgebung, der Gesundheits- und Rentenreformpolitik legitimiert sind.

Zu den wirksamsten Herrschaftsprinzipien auch des neo-liberalen Diskurses gehört die fast allgegenwärtige Einteilung der sozialen Welt in Geschlechter nach dem Gegensatz: männlich und weiblich. „Dieses Prinzip der Di-Vision, dass die Vision der Welt strukturiert, (gibt sich) nirgends auf so evidente und kohärente Weise zu erkennen wie in diesem extremen und deshalb paradigmatischen Fall eines sozialen Universums, in dem es durch die objektiven Strukturen und durch einen kollektiven und öffentlichen Ausdruck in einem fort verstärkt wird." (Bourdieu 1997/S.156)

c) Verkennungen: Auch *Verkennungen* (Bourdieu) sind Formen *symbolischer Macht*. Wenn die *Bedingtheiten sozialer, historischer Verhältnisse* als solche ausgeblendet bleiben – dies eine beliebte Methode in vielen journalistischen aber auch neo-liberalen wissenschaftlichen Auslassungen – können soziale Probleme, indem man sie mit dem Schein einer *Naturgegebenheit* umgibt, ontologisiert werden, wie z.B. oftmals behauptet wird, Frauen seien durch die Tatsache, dass sie die Kinder gebären, im normalen Arbeitsleben gehandikapt und nicht voll einsatzfähig. (Nach wie eine verbreitete gesellschaftliche Mythologie). Oder wenn historisch tradierte Charakteristika einer Bevölkerungsgruppe zu wesenhaften Eigenheiten umgedeutet werden, wie oftmals im rechten oder konservativem politischen Spektrum, wird das soziale Problem des verbreiteten Rassismus oder der Frauendiskriminierung und deren wirkliche Ursachen verkannt. Die Ursachen











sozialer Probleme *erkennen* (können), würde eine Einsicht in ihre soziale und historisch Relativität ermöglichen; als von Akteuren erzeugte soziale Verhältnisse begriffen, können sie auch als veränderbar erkannt werden.

Ein aktuelles und enervierendes Beispiel für Verkennungen ist der immer wieder auftauchende, für verschiedene Zwecke instrumentalisierte Diskurs zur demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft. Wie ein Phantom wird eine drohende „Vergreisung“ in die Welt gesetzt und ein Geburtenrückgang beschworen (als könnten wir nicht „genügend“ Migrantenkinder haben, würden menschlichere Einwanderungsgesetze erlassen). Politiker, Experten, Medien arbeiten hier Hand in Hand: Die Alten, ihrer zu viele, leben auf Kosten der Jungen, und die Jungen sind zu egoistisch, um Kinder in die Welt zu setzen. Als quasi objektive Fakten für Argumentationsstränge dieses Diskurses dienen die Zahlen der demographischen Statistiken. *Erkannt* werden soll die „Vergreisung“ als naturgegebenes biologisches Phänomen, das jegliche Vor- und Fürsorgesysteme finanziell überfordert. Der Diskurs produziert aber gleichzeitig das Verkennen dessen, dass Probleme sozialer und finanzieller Art, die durch eine wachsende Zahl alter Menschen tatsächlich entstehen, politisch zu bewältigen sind, indes nicht ohne alternative Konzepte und politische Strategien, anstelle gegenwärtiger Spar- und Privatisierungsmaßnahmen. „Sofern die Fortpflanzungsrate der Menschen ... oder die zunehmende ‚Vergreisung’ der Gesellschaft ... ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rückt, spielen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Sinne größerer sozialer Gerechtigkeit bzw. Gleichheit (Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Erwerbsarbeit) nur eine Nebenrolle. Dies liegt ausschließlich im Interesse derjenigen Klassen, Schichten und Gruppen, die überversorgt bzw. privilegiert sind.“ (Butterwegge 2004/1/55)

Das Prinzip *Erkennen als Verkennung* ist eine alte Diskursmethode: Anlässlich eines Besuchs in Siena fiel beim Betrachten der Fresken aus dem frühen 14. Jahrhundert von Ambrogio Lorenzetti auf, dass in der Darstellung des Malers *Ursache und Wirkung* vertauscht werden, um die beschriebenen Diskurseffekte zu erreichen: Wir sollen eine „gute Regierung“ sehen, die dafür sorgt, dass Gewerbe und Handel florieren. Eine „gute Regierung“ bringt der Stadt Prosperität, auch die Landwirtschaft kann gedeihen. Könnte das Verhältnis nicht eher umgekehrt sein? Anders als Lorenzetti’s Auftraggeber es wünschten? Dann wäre eine „gute Regierung“ Resultat, d.h. sie kann sich erst auf der Basis eines einträchtigen Austausches zwischen Stadt und Land entwickeln. Auf dem Fresko, das die „schlechte Regierung“ darstellt, sind die „schlechten“ Handlungen der Menschen, wie Diebstahl, Mord, Zank und Streit und die dem entsprechenden martialischen Sanktionen zu sehen. Natürlich soll die Darstellung der „schlechten Regierung“ den Menschen Angst und Schrecken einjagen, ihnen die Gefahr der ewigen Verdammnis vor Augen führen, symbolisiert in vielen großen und kleinen hässlichen Teufelchen. In unsere Tage übertragen könnten Lorenzetti’s Darstellungen so gelesen werden: Einer Regierung, die sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung stellen kann, ist es gelungen, ein Kräfteverhältnis zu erzeugen, in dem die kritischen Stimmen ungestraft diffamiert und kaum zu Gehör gebracht werden können. Mit anderen Worten: eine „schlechte“ Regierung dient den Interessen der reichen Minderheit immer dann, wenn die Mehrheit die maßgeblichen politischen Prozesse nicht mitbestimmen kann.

Verkennungen sind also diskursiv erzeugte *Sichtweise der sozialen Welt* – entweder in aktuellen politischen Prozessen oder in traditionellen Überlieferungen.

Zu 2. *Repräsentation als Darstellung*

Die Sprache ist allen noch so kunstvollen medialen Performancemöglichkeiten zum Trotz nach wie vor das wichtigste Medium der Darstellung im politischen Feld. Hart umkämpft und zentrales Instrument der Produktion von Deutungsmustern. Diejenigen Kräfte, die Worte (Begriffe oder Slogans) „besetzen“ und ihnen den Inhalt ihrer politischen Optionen geben können, haben die Deutungsmacht über sie. Worte oder Begriffe existieren in der sozialen Welt nicht bedeutungsneutral oder „außerhalb“ politisch-sozialer Kontexte. Am Begriff Reform, dem im übrigen eine Schlüsselposition im neo-liberalen Kontext zukommt, wurde weiter oben im Text illustriert, welchen Bedeutungswandel ein Begriff, der ehemals für ein fortschrittliches Programm stand, in einem neoliberalen Kontext erfährt.

So konnte es dem neo-liberalen Diskurs gelingen, ein neue globale *„lingua franca“* als wirkungsvolles Darstellungsinstrument neo-*liberaler Elitenetzwerke* in Umlauf zu bringen. Dadurch gewinnen deren zentrale (philosophischen) Glaubenssätze den Anschein universal gültiger Kriterien. Die Kategorie *Globalisierung*, als ein Synonym für ungehindertes „freies Spiel der Kräfte“ weltweit, unabhängig von der Beschaffenheit oder der Vielfältigkeit lokaler Märkte, wird substantialisiert und damit jeglicher Kritik enthoben. Ähnlich wird mit der Kategorie Wettbewerb verfahren – als Wert an sich, von universaler Wirksamkeit, ist er bar jeg-

licher spezifisch ökonomischer oder sozialer Bedingungen und Voraussetzungen zu gewährleisten. (Die nationalen Kartellämter, Kommissionen der EU und der WTO sind die wichtigsten Schiedsinstanzen, die über die Einhaltung von Wettbewerbsprinzipien wachen, die insbesondere von den großen Kapitalzusammenschlüssen wie transnationalen Konzernen und Supramonopolen gefordert werden.) Und schließlich als ein weiteres Beispiel sei die Kategorie *Eigeninitiative* angeführt – sie wird im neo-liberalen Kontakt zur menschlichen Tugend schlechthin.

Was als universell postuliert wird, ist in Wirklichkeit partikularistisch. Die Kategorien der lingua franca resultieren aus den spezifischen historischen Gegebenheiten in den USA und traten in der Ära der Reagan-Regierung ihren Feldzug um die Welt an – im Windschatten scheinbar neutraler internationaler Organisationen wie WTO, Weltbank, IWF, die sich an den US-ökonomischen Industrie- und Finanzmärkten ausrichten.

Die *lingua franca* ist ein Instrument *symbolischer Gewalt* gegen alle, die nicht zu den Gewinnern und Reichen gehören, ob Individuen, Bevölkerungsgruppen oder kleine Länder. *Symbolische Gewalt* wird von denjenigen ausgeübt, die über *symbolische Produktionsinstrumente* verfügen. Die meisten internationalen ökonomischen Organisationen (wie Weltbank, WTO oder IWF) werden heutzutage von den USA dominiert. Auch ein Sprachsystem ist nie nur ein kommunikatives Ausdrucksmittel, sondern immer auch ein Instrument *symbolischer Macht*. (Es kann dies auch im Sinne der Aufklärung sein.) Vielfach wird unterschätzt, wie eng Politik und Sprache miteinander verknüpft sind. Insofern ist „in der Politik ... nichts realistischer als der Streit um Worte. Ein Wort an die Stelle eines anderen setzen, heißt (oftmals) die Sicht der sozialen Welt zu verändern und dadurch zu deren Veränderung beizutragen. ... In Bezug auf die soziale Welt ist die neokantianische Theorie, die der Sprache und allgemeiner den *Repräsentationen* eine eigene symbolische Wirksamkeit der Realitätskonstruktion zuschreibt, vollkommen begründet.“ (Bourdieu 1992 S.84/85)

Zu 3. *Repräsentation als Stellvertretung*

Obwohl der Schein ein anderes Bild vermittelt, sind die politischen Repräsentanten *Sprecher einer Gruppe*, die ihnen das Mandat *für* sie zu sprechen erteilt, mehr noch: eine *Gruppe* tritt nicht nur durch ihre Sprecher in der Öffentlichkeit in Erscheinung, sondern oftmals *formiert* sie sich *als solche erst* durch ihre Repräsentation im politischen Feld – sei es durch ihre inhaltlichen Manifestationen, sei es durch die personelle Repräsentanz ihrer Sprecher. Zwischen dem/den Sprecher(n) und einer Gruppe besteht eine Beziehung besonderer Art, die sich nicht lediglich in dessen/deren Wahl zu/m Mandatsträger(n), der/die „nur seinem Gewissen verantwortlich“ ist/sind, erschöpft, sondern zwischen Sprechern und Gruppe besteht ein *metonymisches Verhältnis*. Der Sprecher ist *Part* der Gruppe, „... der als Zeichen anstelle der Gesamtheit der Gruppe fungieren kann“ (Bourdieu 1992/S.177). Dieses besondere Verhältnis hat sich in einer historischen Zeit herausgebildet, als sich im Zuge der Klassenkämpfe die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als Organisationen der lohnabhängigen Arbeitermassen zu formieren begannen. Lange Zeit galt die Sozialdemokratie als die autorisierte *Sprecherin* der lohnabhängig arbeitenden Bevölkerung, deren einzelne Mitglieder, auf

Grund ihrer sozialen Existenzbedingungen (und weil ihre Zahl sich rapide vergrößert hatte) nicht über die symbolischen Produktionsinstrumente verfügten, um einzeln für sich sprechen zu können, wie ehedem die adeligen oder bourgeoisen Mitglieder der französischen Generalstände.

Die Sozialdemokratie in Deutschland (oder die Arbeiterparteien in anderen Ländern) *repräsentierte* die politischen und sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung im politischen Feld; ihre parlamentarischen Delegierten, im Abgeordnetenhaus früher *links* platziert, waren die gewählten Sprecher ihrer Sache. Sie galten, und als solche wurden sie auch im politischen Feld wahrgenommen, als die *Repräsentanten einer (sozialen) Reformprogrammatik*, die darauf abzielte, die sozialen Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Heute dagegen mutmaßt sich die deutsche Sozialdemokratie als Vertreterin des „ganzen Volkes" oder als Partei der „Mitte"[10] und glaubt als „staatstragende Kraft" die Interessen der Wirtschaft zu vertreten. Aus den *Reformprogrammatiken* werden die sozialen Aspekte eliminiert und zu neo-liberaler Modernisierung von gesellschaftlichen Institutionen, wie z.B. Gesundheits- oder Bildungswesen und Arbeitsmärkten, umgedeutet. Die deutsche *Sozialdemokratie* trägt eine Mitverantwortung am Niedergang der demokratischen, linken Diskussionskultur in unserem Land – und nicht nur der Zerfall klassischer Arbeitermilieus mit ihren spezifischen Kommunikations- und sozialen Netzstrukturen in Zuge um sich greifender Deindustrialisierung.

Sicherlich erschweren die neuen Wohnverhältnisse und vor allem auch die veränderten Arbeitsstrukturen die Möglichkeit, mit vielen Menschen aus der arbeitenden Bevölkerung in einen linken Diskussionsprozess zu kommen. Wer allerdings ausschließlich auf die Medien als Kommunikationsmedium setzt, hat gleich verloren (hierfür waren die Bundestagswahlen vom Herbst 2005 ein lehrreiches Beispiel für die großen sogenannten Volksparteien). Aber die Probleme sind nicht unüberwindlich, wenn es gelingt, *neue* Kommunikationsformen zu entwickeln. Soziale Bewegungen, zahlreiche Initiativen, Gewerkschaften und die Linkspartei versuchen an verschiedenen Fronten erfolgreich, die hohen Mauern der Ausgrenzung durch den herrschenden Diskurs zu durchbrechen. Dennoch, auch für sie bleibt im Zentrum der politischen Repräsentation als Problem das sensible metonymische Verhältnis als eine Beziehung zwischen Professionellen und Laien. Einen ständigen Dialog zu organisieren ist nicht einfach, dennoch notwendig für eine Repräsentation von Vorstellungen, die nicht nur eine Minderheit privilegieren, sondern die große Zahl der lohnabhängig arbeitenden Bevölkerungsgruppen, die sich nur über ihre Sprecher zu Gehör bringen können, und deren Lebensbedingung sich umgekehrt nur dann zum Besseren wandeln können, wenn sie selbst in die Diskussionen einbezogen sind und an der Entwicklung der politischen Prozessen teilnehmen können. In anderen Worten: die Konstellation einer notwendigen Arbeitsteilung im *politischen Feld* allgemein und im parlamentarischen Kristallisationspunkt im besonderen – auf der einen Seite politische „*Professionelle*" und der anderen politische „*Laien*" (Bourdieu) – birgt immer die Gefahr einer Entfremdung der gewählten Abgeordneten von denjenigen, die sie beauftragt haben.

Die Professionellen sind im Besitz der *symbolischer Produktionsmittel*, sie repräsentieren die Laien, sie sind deren Sprecher – eine „*Übertragung bei gleichzeitiger Enteignung von symbolischer Macht*" (Bourdieu). (Die symbolische Macht der Laien ist ihre große Zahl). Bei den etablierten Parteien ist zu beobachten, dass sich die Kluft zwischen beiden Seiten seit Jahren vergrößert hat. Von Medien und zwekkdienlichen Wissenschaftlern wird dies Phänomen als vermeintliches Desinteresse der *Laien* an Politik vermerkt, ohne je das strukturelle Problem des Verhältnisses zwischen beiden Seiten zu diskutieren. Das Monopol der politischen Diskussionen im politischen Feld besitzen die *Professionellen*, Journalisten, Intellektuelle. Sie „benennen" die politischen Probleme. Und die „Kommunikation" mit den Laien beschränkt sich im wesentlichen auf die kurzen Phasen öffentlicher Wahlkampfauftritte, in den Zwischenperioden führen sie politische Diskussionen in und mit den Medien. Die Rolle der Medien hingegen beschränkt sich keineswegs auf eine neutrale, meinungsbildende Informationsvermittlung und Aufklärung über die Genese politischer Prozesse, sondern die spezifische Logik des Medienfeldes bestimmt die Berichterstattung in erster Linie. Die Medienauftritte von Politikern wiederum finden vor dem Hintergrund der Konkurrenzbeziehungen im politischen Feld statt, denn dort geht es immer um privilegierte Positionen in der Hierarchie des Feldes. Die strukturellen Konkurrenzbeziehungen provozieren geradezu individualistische Aktivitäten, die sich vor dem Hintergrund der politischen Gegenspieler in erster Linie um die subjektiven *symbolischen Performanzen* zentrieren. Auch hierbei spielen *Medien* eine wichtige Rolle – im Extremfall kreieren oder vernichten sie politische Karrieren. Statt eines aufwendigen Dialogs in den Niederungen der Parteistrukturen präferieren führende Politiker Einladungen in exklusive Presseclubs oder zu einflussreichen *Elitenetzwerken*. Die weltweit organisierten neo-liberalen *Think Tanks* vermitteln nicht nur inhaltliche Konzepte, sondern bei den diversen Einladungen und Zusammenkünften eher

ganz beiläufig auch eine Empfindung für entsprechende politische Notwendigkeiten. Unsichtbare „Türsteher" allerdings prüfen vor Einlass in die Elitezirkel, ob jeglicher soziale Parteiballast vorher abgestreift oder gewerkschaftlicher und sozialer Bindungen entledigt worden ist. Am Beginn eines *neuen parlamentarischen, linken Aufbruchs*, der nur *im intelligenten Zusammenspiel außerparlamentarischen Aktivitäten* seinen Schwerpunkt haben kann, sollte sich unser Augenmerk jenseits von eingeschliffenen, mehr oder weniger unhinterfragten, politischen und organisatorischen Traditionen auf die oben skizzierten Schwierigkeiten richten, mit denen auch wir konfrontiert sind.

e-mail: johanna.klages@t-online.de

Literatur:

Barth,Thomas/Oliver Schöller, 2005; Der Lockruf der Stifter. Bertelsmann und die Privatisierung der Bildungspolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11

Böckelmann, Frank/Hersch Fischler, 2004; Bertelmann. Hinter der Fassade des Medienimperiums. Frankfurt/Main

Bourdieu, Pierre 1990, Was heißt Sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien

Bourdieu, Pierre 1992 ; Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur. Hamburg

Bourdieu, Pierre 1997; In: Dölling, Irene/Beate Krais (Hrsg.), Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt/Main

Bourdieu, Pierre 2001, Das politische Feld. Konstanz

Bourdieu, Pierre 2005, Die männliche Herrschaft. Frankfurt/Main

Butler, Judith 2001, Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Frankfurt/M.

Butterwegge, Christoph, Rückt die politische Mitte nach rechts? Schlussfolgerungen aus dem „Fall Hohmann". In: Forum Wissenschaft

Foucault, Michel 1978, Die Machtverhältnisse durchziehen das Körperinnere. Ein Gespräch mit Lucette Finas. In: Dispositive der Macht. Michel Foucault Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin

Sennett, Richard 2005, Gespräch im Deutschlandfunk am 7. August (Manuskript)

Volpert, Walter 2005; Handeln, Können – Der Blick auf die individuelle Kompetenz. Eingeladener Einleitungsvortrag auf der 5. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen, 29.9. – 1.10. 2005, Univers. Linz

Anmerkungen:

1 Erstaunlicherweise sind die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Aktivitäten sowie deren Akteure zahlenmäßig während der letzten 20 Jahre stark angewachsen. Bis auf wenige wie z.B. Attac und andere globalisierungskritische Bewegungen sind die meisten in ungekehrtem Verhältnis zu ihrem zahlenmäßigen Anwachsen politisch wenig einflussreich.

2 Eines der ältesten mächtigsten Netzwerke unterhält die Mont Pèlérin Society, in der einst Friedrich von Hayek, einer ihrer Urväter, sowie die Chicagoer neoliberalen Wirtschaftstheoretiker Friedman und Buchanan ein wichtige Rolle spielten.

3 Eine Unterscheidung dieser drei Kapitalarten erscheint lediglich aus analytischen Gründen sinnvoll, de facto bilden sie ein eng verwobenes, sich gegenseitig begünstigendes Ensemble subjektiver Habitusformen. Politisches Kapital ließe sich definieren als die Kenntnis der Geschichte des politischen Feldes; soziales Kapital über ein Netzwerk von Beziehungen verfügen zu können, kulturelles Kapital bedeutet Besitz von Titeln, kultureller Kompetenz, auch von (Hoch-)Sprache und Sprechweise etc., und symbolisches Kapital schließlich die (gesellschaftliche) Anerkennung all dessen, was aufgeboten werden kann. Mit anderen Worten: ein Arzt wird nur als Autorität in Sachen Gesundheit akzeptiert, wenn er durch entsprechende Zertifikate in seiner beruflichen Kompetenz (symbolisch) legitimiert ist. Ein Priester kann z.B. nur dann (symbolisch) als Stellvertreter Gottes auf Erden wirken, wenn er kirchlich anerkannte Weihen empfangen hat. Über symbolisches Kapital verfügen auch gewählte Sprecher einer Partei, einer Gewerkschaft oder sozialen Initiative, je nachdem wie angesehen oder/und wie stark diese in zivilgesellschaftlichen Bereichen und außerparlamentarischen Bewegungen verankert sind, wie groß ihre Mitgliederzahl ist und wie viel Publizität die Organisation erreicht hat. Das symbolische Kapital eines Politikers resultiert u.a. vor allem aus der Position in der Hierarchie des politischen Feldes.

4 Bourdieu, Pierre (2000); Neoliberalismus und neue Formen der Herrschaft. In: Sozialismus 12/2000, S.10-16

5 Wacquant, Loic (2005); Zur Militarisierung städtischer Marginalität. Argument Jg. 47, Heft 5/6, S. 145

6 „Subjektivation besteht eben in dieser grundlegenden Abhängigkeit von einem Diskurs (z.B. die Art und Weise der Erziehung des Vaters, J.K.), den wir uns nicht ausgesucht haben, der jedoch paradoxerweise erst unsere Handlungsfähigkeit ermöglicht und erhält." (Butler 2001: 8)

7 Volpert (2005/ 4) schlägt vor, für den Begriff „Schemata" eher den Begriff „Muster" einzusetzen. Angebote sozialer Deutungen von Verhältnissen werden als Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster aufgenommen, nachgeahmt und in den Habitus einverleibt. Außerdem sind Muster als (relativ, J.K.) flexibel zu betrachten, weil sie sich verändern können.

8 Im übrigen war der Begriff „Reform" ursprünglich nicht nur eine sozialdemokratische Schöpfung, sondern stand auch für ihr programmatisches Konzept einer gesellschaftlichen Veränderung.

9 Das erinnerungsträchtige Abschiedsgeschenk von Expertenkommissionsversitzender Hartz und Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement.

10 Allein ein Versuch die Begriffe Volk oder Mitte zu definieren, könnte demonstrieren, dass sich „Volk" nicht auf die nationale Komponente reduzieren lässt, außer man will ihn explizit nationalistisch verstanden wissen, und auch der Begriff „Mitte" ist nicht präzise bestimmbar.

Martin Birkner

Kampffeld ohne Kampf? Kritisch-polemische Bemerkungen zu Johanna Klages´ Text „Kampffeld Repräsentation“[1]

Redaktionelle Vorbemerkung

Der Text von Johanna Klages rief in der grundrisse-Redaktion intensive Diskussionen hervor. Vor allem ihre Sicht auf das „politische Feld“, die Darstellung von „Besonderem“ und „Allgemeinem“ hinsichtlich politischer Repräsentation wurde von allen Redaktionsmitglieder nicht geteilt. Warum findet sich der Text aber dennoch in den grundrissen, wenn an zwei zentralen Aussagen sich keinerlei geteiltes Terrain ausmachen lässt? Zum einen, weil der Artikel gut strukturiert und nachvollziehbar ist, zum anderen – und das ist der Hauptgrund – weil er unseres Erachtens nach tatsächlich repräsentativ für die aktuell hegemoniale Strömung der zeitgenössischen Linken steht. Dabei ist Klages´ Argumentation weder so plump wie die mancher keynesianischer RomatikerInnen, noch so ignorant gegenüber den gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen wie die vieler traditionsmarxistischer AktivistInnen.

„Kampffeld Repräsentation“ beschreibt mithin eine tatsächlich existierende Tendenz, den neoliberalen Umbau der kapitalistischen Gesellschaft, und weist sicherlich auf wichtige Einzelphänomene dieser Transformation hin, ABER.

Genau dieses ABER soll im folgenden Text skizziert werden – in der Hoffnung auf eine produktive Weiterführung der Debatte, denn bei aller Kritik an neosozialdemokratischen – und als solcher muss Klages´ Text wohl bezeichnet werden – Theorieansätzen ist die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Strömungen der Linken notwendige Bedingung für die Rückgewinnung der Bedeutung linker Diskurse überhaupt. Kurzum: Alle Beteiligten können nur gewinnen, solang die Argumente der jeweils Anderen ernst genommen werden und die Debatten nicht zirkulär verlaufen.

Im Folgenden wird vorerst grundsätzliche Kritik an Klages´ Aufsatz geübt, anschließend soll ein in Thesen gefasster Durchgang durch den Text die grundsätzlichen Kritikpunkte an konkreten Stellen plausibel machen. Wir hoffen auf die Weiterführung der Diskussion, steht doch nicht weniger als die grundsätzliche Frage nach der Möglichkeit emanzipatorischer Politik in ihrem Zentrum.

KEINE POLITIK IST MÖGLICH!

liest mensch in Wien allenthalben – auf Aufklebern der wertkritischen Zeitschrift Streifzüge. Die Ableitung dieser nominativen Aussage fällt bei geteilter Ausgangsbasis – die angesichts des zu beobachtenden Spektakels durchaus plausibel erscheint – nicht schwer; und stellt doch die Möglichkeit, sich in soziale Bewegungen einzuschreiben grundsätzlich zur Disposition. Ein Denken, das sich aber als unhintergehbar in ebendiese Bewegungen – und seien sie noch so mikroskopisch – verstrickt begreift, hat ebenfalls keine Wahl: KEINE POLITIK IST UNMÖGLICH! Bleibt die Frage nach dem notwendigen(?) Zusammenhang der postulierten POLITIK und den nicht zufällig so genannten SOZIALEN Bewegungen. Es geht also um die Möglichkeit von Politik im Hier und Jetzt. Dies ist zugleich der erste methodische Kritikpunkt an Klages´ Text, der allerdings im Kern auszudehnen wäre auf mehr oder weniger alle sozialwissenschaftlich orientierten Theorieansätze: Politik als „relativ autonomes gesellschaftliches Feld“ wird zwar postuliert, nicht aber im Prozess historischer Veränderung betrachtet. Somit bleibt Politik einfach Politik, von Aristoteles über die US-Amerikanische Verfassung bis zur Realität gesellschaftlicher Auseinandersetzungen im neoliberalen Kapitalismus. Diese Enthistorisierung von Politik hängt mit einer weiteren Problematik aufs Engste zusammen, nämlich mit ihrem Verhältnis zur Ökonomie, zur materiellen Reproduktion der gesellschaftlichen Individuen mitsamt ihren Produktionsverhältnissen. Marxens Hauptwerk kritisiert nicht ohne Grund die politische Ökonomie, zeigt sich an und in ihr doch die untrennbare Verbundenheit von Polis und Oikos im modernen, d.h. in diesem Fall kapitalistischen Gewande. Dem entsprechend hat sich in den besseren Momenten der ArbeiterInnenbewegung diese jener Untrennbarkeit noch und gerade im Kampf dagegen vergewissert. Der Staat war nicht, ist nicht und wird eines niemals sein: Gegenpol zum Kapital. Die jeweils konkret-historische Situation kapitalistischer Gesellschaftsformationen hat somit Rücksicht zu nehmen auf die spezifische Art der Verbindung dieser zwei Aspekte eines Herrschaftsverhältnisses, ansonsten ist das historisch bekannte Zwillingspaar Politizismus – Ökonomismus mitsamt seinen unzureichenden theoretischen Ansätzen und politischen Konsequenzen nicht weit. Leninismus und Sozialdemokratie sowie Anarchosyndikalismus und traditionelle Gewerkschafterei führen uns tagtäglich ihre eigene Überkommenheit vor Augen.

So gilt es, und das ist der dritte Aspekt der Kritik an Klages, in Zeiten beschleunigten gesellschaftlichen Wandels noch mehr als je zuvor, die Elemente und Verhältnisse dieser Transformation in den Blick zu bekommen. Aus einem Erkenntnisinteresse heraus, das dem Marxschen Imperativ, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ folgt, ist eine solche Analyse nur aus dem Anerkennen der Unhintergehbarkeit des eigenen Situiert-Seins in den diesem Imperativ gehorchenden Bewegungen möglich. Es wäre also von den Klassenkämpfen aus zu denken, nicht aber ohne der Uneinlösbarkeit der Ins-Werk-Setzung der Marxschen Forderung in toto ständig sich zu vergewissern. An dieser Stelle treten ganz wesentliche Fragen von Emanzipation in unser Gesichtsfeld, die hier nicht behandelt werden, deren Abwesenheit sowohl an dieser Stelle aber auch in Klages´ Text uns doch zu denken geben sollte: Was ist eigentlich das Gemeinsame all jener, die vielleicht den obigen Imperativ grundsätzlich ganz gut finden, ABER. Ist das Politik? Ist eine Überprüfung der Einlösbarkeit politischer Theorien anhand ihrer Kommensurabilität mit Theorie und Praxis von Feminismus und Antirassismus nicht schon ein großer, wenn nicht der größte Schritt (und es sind sicher viele, viele Schritte) zur Klärung der eingangs gestellten Frage? Bei Klages lässt sich diese Problematik sehr schön an ihrer Behandlung von Allgemeinem und Besonderem ablesen: Auf der einen Seite wird die Verwandlung der Sozialdemokratie von der Klassen- zur Volkspartei (d.h. die Bewegung vom Besonderen zum Allgemeinen) kritisiert, andererseits aber die Stärkung des politischen Feldes (als potenziell Allgemeines) gefordert. Und was ist dies letztendlich, wenn nicht der Staat erweitert um jene Sphäre, die in linksliberalen Diskursen so gerne zum Heil bringenden weil antitotalitären Allzwecksubjekt wird: die Zivilgesellschaft ...

KEINE POLITIK IST UNMÖGLICH! will nicht heißen, dass, wer „unpolitisch“ ist, „objektiv“ auf der „anderen“ Seite der Duldung ausbeuterischer Zustände steht. Die Schwäche jedoch, die die Positionen von WertkritikerInnen, K-Gruppen und Klages in eine bedenkliche Nähe zueinander rückt, ist das Verweigern der Theoretisierung sozialer, ökonomischer und politischer Veränderungen in ihrer gegenseitigen Verschränkung und Beeinflussung.

KEINE POLITIK IST UNMÖGLICH! will nicht heißen, dass die Thematik der Repräsentation mit einem schlichten „Nein Danke!“ oder partizipativ-demokratischen Patentrezepten vom Tisch gewischt werden kann. Die Darstellung der Mehrgliedrigkeit repräsentativer Prozesse gehört zu den stärksten Teilen in Klages´ Text. Die Aussage des dritten Teiles ihrer Darstellung („Repräsen-

tation als Stellvertretung") aber tappt in die dem trotzigen Anarchismus entgegengesetzte Falle. In Verkennung sämtlicher disziplinierender Effekte des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates wird die notwendig antiemanzipatorische Seite von Stellvertretung völlig ausgeblendet, es bleibt nicht viel mehr als die Forderung nach der Rückkehr ins vermeintlich „goldene Zeitalter" von Fabrik, Kleinfamilie, Wohlstandsnationalismus und der Befriedigung vermuteter Interessen „des Proletariats" im Staat durch die sozialdemokratische Regierung.

Dagegen gilt es auf den konstitutiven Anteil der sozialen Bewegungen an dem hinzuweisen, was so gern als „Neoliberalismus" beschworen wird. Die Kämpfe um sexuelle Befreiung, künstlerischen Ausdruck, gegen Fabrikdisziplin und „Normalarbeitstag", gegen den Mief der 1950er Jahre, gegen Kleinfamilie und Eliteuniversität wurden vom Kapital weniger ignoriert als von dessen sozialdemokratischen, kommunistischen und gewerkschaftlichen Mit-VerwalterInnen. Eingedenk dessen muss jede künftige Auseinandersetzung sich von den einstigen Gewissheiten (Arbeit! Wahl! Staat!) zumindest dahingehend verabschieden, dass gleichberechtigte Diskussionen ohne Paternalismus, ohne ödes Aneinander-Vorbeireden und Nichtreflektieren eigener Machtpositionen überhaupt möglich werden. Am Zug jedenfalls ist die „offizielle Politik", denn ohne der oben genannten Voraussetzungen ist an ein „intelligentes Zusammenspiel" zwischen Parteien und sozialen Bewegungen nicht zu denken. Die Parteien jedenfalls sollten endlich erkennen, dass sie stets am kürzeren Ast sitzen, so sie ihren emanzipatorischen Anspruch nicht von vornherein über Bord werfen würden. Dahingehend wäre hinsichtlich der postfordistischen Veränderung des sozialen Gefüges unser Stehsatz wie folgt umzuformen: POLITIK WIE FRÜHER IST NICHT MÖGLICH!

IST REVOLUTIONÄRE POLITIK HEUTE MÖGLICH?

Früher bedeutet in diesem Zusammenhang die, wenngleich auch beschränkte, Möglichkeit, aufgrund relativ stabiler gesellschaftlicher Großgruppen bzw. Klassen, via repräsentative Demokratie die sozialen Kämpfe zumindest partiell in rechtliche Strukturen zu gießen. Freilich wurden diese im „goldenen Zeitalter" des Fordismus/Taylorismus vor dem Hintergrund der bipolaren Weltordnung durchsetzbaren Errungenschaften mit der Disziplinierung der ArbeiterInnenklasse teuer bezahlt. Die kapitalistische Antwort auf die Proteste dagegen löste die starren Beziehungen mitsamt der Zentralität der Fabrik, des Massenarbeiters und der patriarchalen Kleinfamilie auf. Aus einer Perspektive dieser Kämpfe ist also keine Sehnsucht nach der „guten alten Zeit" des staatlich moderierten Klassenkompromisses denkbar.

Gleichzeitig ist eine nicht-parlamentaristische und nicht-parteiförmige Politik offensichtlich weit weniger utopisch als das Festhalten am zunehmend sich spektakulär gebärdenden Politikzirkus. An dieser Stelle geht es um nichts weniger als um das Auffinden jener Orte, an denen sich die von den ohnehin verschwindenden Spielregeln offizieller Politik abwendenden sozialen Bewegungen mit den Tendenzen neuer Vergesellschaftungsmuster der Ökonomie treffen. Wenn Wissen, Kommunikation und gesellschaftliche Kooperation tatsächlich zur ersten Produktivkraft werden, dann wäre „zumindest" jene Voraussetzung erfüllt, die den Kommunismus vom Staat abtrennen könnte – nämlich das Wegfallen jener für den Kapitalismus so wichtigen Verwaltung des Mangels. In Verbindung mit teilnehmenden Untersuchungen sozialer Prozesse und Kämpfe ist dies der Einsatz nicht nur jener ohnehin wirkenden möglichen Politik, sondern vielleicht gar jener mit dem Attribut revolutionär. Die Suche danach, die Diskussion darüber ist immer schon eröffnet.

- Der kapitalistische Staat war niemals jenseits des Kapitalverhältnisses, sondern vielmehr Garant seiner Aufrechterhaltung, Mediator des Klassenkampfes, selbst kapitalistischer Ausbeuter, Krieger und Ermöglichungsbedingung der Konstitution der herrschenden Klasse. Als solchem kommt ihm KEINERLEI emanzipatorisches Potenzial zu, im besten Fall verwandelte er Klassenkämpfe in sozialpolitische „Errungenschaften".

- Im Fordismus zeitigte das Akzeptieren der ideologischen Trennung von Politik & Ökonomie noch reale Effekte für das Leben der Massen, heute ist das selbst bei bestem Willen nicht machbar. In diesem Sinne ist keine Politik möglich.



- Mehr Politik bedeutet mitnichten mehr Demokratie, sondern auch und gerade im Zeitalter schwindender Repräsentationsmöglichkeiten mehr Verwaltung, mehr Kontrolle und letztlich mehr Repression. Deshalb muss sich ein emanzipativer Politikbegriff grundsätzlich davon unterscheiden. In diesem Sinne, als „Schaffung einer Distanz zum Staat“ (Alain Badiou), ist Politik nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

- Der gegenwärtige Kapitalismus ist die Antwort des Kapitals auf die sozialen Bewegungen, die den Ausschlag gegeben haben, dass die fordistisch-wohlfahrtsstaatliche Ordnung zusammengebrochen ist. Diese Bewegungen waren hoch politisch und im Endeffekt wirksamer als alle Parteien dieser Welt.

- Dennoch konnte das Kapital die Einsätze der sozialen Bewegungen gegen ihre ProtagonistInnen selbst wenden. Der Kampf gegen die Auflösung sozialer Sicherungssysteme u.a. kann vom Standpunkt der Befreiung allerdings nur in Verbindung mit der Auflösung von Nationalstaaten, Migrationsbeschränkungen sowie der endgültigen Beseitigung der Verbindung von Lohnarbeit und Auskommen geführt werden.

- Ein emanzipativer Politikbegriff muss sich aus den Erfahrungen sozialer Bewegungen herleiten, aus ihren Fortschritten und Erfolgen, aber und vor allem auch aus ihren Niederlagen und inneren Konflikten. Für ihn ist die Suche nach den Momenten der Befreiung und des Kommunismus im Hier und Heute konstitutiv.

- Emanzipation ist nicht delegierbar! Bei aller Notwendigkeit von Repräsentation in arbeitsteiligen Gesellschaften ist der „Stellvertretungsaspekt“ von Repräsentation immer antiemanzipatorisch.

- Ein Zusammenspiel von traditioneller und emanzipatorischer Politik ist vermutlich nur in Ausnahmefällen möglich, mit klar abgesteckten Grenzen und ohne Vereinnahmungstendenzen, sowie unter Akzeptierung aller Differenzen in den politischen Herangehensweisen.

E-Mail: pyrx@gmx.li

1 Dieser Text ist eine subjektive Bilanz mehrerer Diskussionen in der grundrisse-Redaktion zum Artikel von Johanna Klages, besonders viel verdanke ich allerdings den Anmerkungen von Bernhard Dorfer.

Workfare, German-Style

Ein Interview mit Mag Wompel zu Hartz IV, Ein-Euro-Jobs und der Kampagne Agenturschluss

Konzentriert auf ihre arbeitsmarktregulatorische Essenz ließe sich die Funktion von Workfare-Politiken mit dem britischen Theoretiker Jamie Peck dahingehend resümieren, dass es bei ihnen weniger um die Schaffung von Jobs für Menschen geht, die keine Arbeit haben, denn vielmehr um die „Schaffung“ von ArbeiterInnen für Jobs, die niemand will. Deshalb kann Workfare auch als eine Art sozialpolitisches Gegenstück zur Prekarisierung von Arbeit betrachtet werden. Der Begriff selbst steht dabei für die Doppelstrategie, zum einen durch vielfältige Maßnahmen (Reduktion von Transferzahlungen, Erhöhung der Zumutbarkeitskriterien usw.) den Druck auf Erwerbslose zur Aufnahme einer Lohnarbeit zu intensivieren und sie zum anderen bei drohendem Verlust ihrer Bezüge zur Teilnahme an so genannten Beschäftigungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen zu verpflichten. Der in fortschreitendem Maße wieder unabgefedert sich entfaltende stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse wird im Zusammenhang mit Workfare also sozusagen mit ganz und gar nicht "stummen", außerökonomischen Zwangsmechanismen kombiniert.

Zeitgleich mit der Ausbreitung von unsicheren und miserabel entlohnten, eben prekären Arbeitsverhältnissen konnte in den letzten Jahren und Jahrzehnten v.a. in Europa und den USA auch die Etablierung "beschäftigungszentrierter Sozialpolitiken" dieser Art beobachtet werden. In Deutschland wurde ein solcher Kurs zuletzt etwa mit dem 4. der so genannten Hartz-Gesetz vorangetrieben, welches am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Mit der dadurch vollzogenen Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II (Alg II) einher ging auch die Einführung der „Ein-Euro-Jobs“. Die damit bezeichneten Maßnahmen haben zwar eine lange Vorgeschichte in der deutschen Sozialhilfegesetzgebung, ihre mit Hartz IV durchgeführte Reformierung bringt jedoch einige grundsätzliche Veränderungen mit sich.

Ein Interview mit der Journalistin und Industriesoziologin Mag Wompel von LabourNet Germany, dem virtuellen Treffpunkt für Ungehorsame mit und ohne Job, zu Hartz IV, 1-Euro-Jobs und der Kampagne Agenturschluss.

Frage: Wie würde ein Zwischenresümee nach einem Jahr verschärftem Arbeitszwang im deutschen Sozialstaat und insbesondere in Bezug auf die so genannten „Ein-Euro-Jobs“ aus deiner Perspektive ausfallen?

Mag Wompel: Ging es nach der alten rot-grünen Bundesregierung, so sollten mit Hartz IV rund 20% aller Langzeiterwerbslosen in so genannten Ein-Euro-Jobs arbeiten. Ende November 2005 gab es ca. 255.000 davon, aktuell gehen wir von ca. 300.000 aus.

Dabei handelt es sich um „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (MAE) von eben

9

einem Euro bis 1,50 Euro pro Stunde zusätzlich zum neuen Arbeitslosengeld II. Mehraufwandsentschädigung bedeutet, dass es sich um keinen Lohn handelt, weil auch kein Arbeitsverhältnis und damit kein Anspruch auf Übernahme, Urlaubsgeld oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall entsteht. Kein Arbeitsverhältnis, keine Arbeitsrechte.

Bei Weigerung, einen solchen Job anzunehmen, droht zunächst die Kürzung der Regelleistung von 345 Euro um 30% für drei Monate und bei wiederholter Ablehnung um 60%. Jugendlichen unter 25 wird für diese Zeit das Arbeitslosengeld II komplett gestrichen. Doch während einige versuchen, gegen diese Zwangsdienste zu klagen, suchen viele aktiv nach solchen Jobs – einfach weil die Grundsicherung vorne und hinten nicht ausreicht.

Während die Erwerbslosen max. 1,50 Euro je Stunde bekommen, erhalten ihre „Arbeitgeber“ ca. 350 Euro je Monat für Verwaltungskosten und den laut Gesetz mit diesen Jobs verbundenen Qualifizierungsanteil. Dieser „Aufpreis“ führte zur massenhaften Nachfrage bei den Beschäftigungsträgern und oft auch zur „Weiterverleihung“ dieser Billigkräfte an Wohlfahrtsverbände, Schulen, Kirchengemeinden und weitere Einrichtungen des sozialen Hilfesystems, meist an Arbeitsplätze, die zuvor aus Sparmaßnahmen gekündigt wurden. Doch von Qualifizierung kann in den seltensten Fällen die Rede sein, zumal die meisten JobberInnen bereits Fachkräfte sind. Dies entspricht der Intention der neuen „Beschäftigungspolitik“, nicht Qualifikationen zu erhalten und auszubauen, sondern diese zu testen und zu vernutzen; nicht in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, sondern die Arbeitslosenstatistik wie auch die Leistungen zu minimieren.

Frage: Laut Gesetz müssen die unter dem Titel „Ein-Euro-Jobs“ geschaffenen „Arbeitsgelegenheiten“ einerseits „im öffentlichen Interesse“ und andererseits „zusätzlich“ sein. Wie steht es deinen Erfahrungen zufolge um die vorgeschriebene „Gemeinnützigkeit“ und „Zusätzlichkeit“ dieser „Jobs“? Ist der vielfach befürchtete Effekt der Substitution sozialversicherungspflichtiger „Normalarbeitsverhältnisse“ eingetreten?

Mag Wompel: Bei den Arbeiten, die den Erwerbslosen im Rahmen von Ein-Euro-Jobs nach § 16, Abs. 3 des neuen Zweiten Sozialgesetzbuches SGB II zugewiesen werden, muss es sich um „zusätzliche“ handeln, also um Arbeiten, die sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet würden. Für den Einsatz von 1-Euro-Arbeitskräften in den Kommunen bedeutet das: Es reicht laut Gesetz eigentlich nicht, wenn eine Kommune mit Hinweis auf bestehende finanzielle Engpässe pauschal erklärt, die von den Ein-Euro-Kräften ausgeführten Arbeiten würden sonst nicht oder nicht in diesem Umfang durchgeführt. Entsprechendes gilt für die Zuweisung einer Ein-Euro-Kraft an einen freien Träger. Mit Blick auf die Arbeit in Pflegeheimen oder Krankenhäusern gilt ebenfalls, dass insbesondere alle Arbeiten, die notwendig werden, um die Anforderungen der Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen oder auch Hygienevorschriften zu erfüllen, notwendige und damit nicht zusätzliche Arbeiten sind. Auch können nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II nur solche Arbeiten im Rahmen von Ein-Euro-Jobs zugewiesen werden, die „im öffentlichen Interesse liegen“.

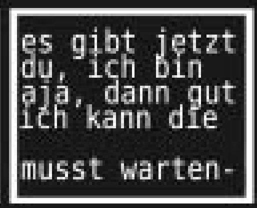
Genau diese Vorgaben werden aber in den meisten Fällen verletzt. Die Zusätzlichkeit wird tagtäglich durch kommunale Sparmaßnahmen und (selbst geschaffene) Sparzwänge aufs Neue produziert mit jeder Entlassung und jeder geschlossenen Einrichtung. An Schulen arbeiten z.B. viele erwerbslose Lehrer als Ein-Euro-Betreuung und Hausaufgabenhilfen. Viele entlassene PflegerInnen landen nach einem Jahr im gleichen Job – nur rechtlos und unbezahlt. Gleiches gilt für das Gebot der Gemeinnützigkeit, die immer weiter gefasst wird, z.B. bis hin zu Aufgaben der Sicherheit im (privatisierten!) Öffentlichen Personennahverkehr.

Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten sind damit offensichtlich ein arbeitsmarktpolitischer Unsinn. Sie deregulieren Arbeitsverhältnisse, sie ruinieren die Standards des sozialen Hilfesystems und sie ersetzen bereits reguläre Arbeitsverhältnisse bis in den Fachkräftebereich.

Frage: Neben dem postulierten Ziel der (Re-)Integration von Erwerbslosen in den ersten Arbeitsmarkt scheinen die Workfare-Maßnahmen in Deutschland von ihren „ErfinderInnen“ ja in erster Linie als fiskalpolitisches Instrument entwickelt worden zu sein. Mittels des Prinzips des „(Über-)Forderns und (Hinausbe-)Förderns“ (D. Fetzer)













sollen zwecks Entlastung der öffentlichen Haushalte möglichst viele Arbeitslosengeld II-BezieherInnen aus dem Bezug gedrängt werden. Kann man schon sagen, wie „erfolgreich“ Hartz IV in diesem Zusammenhang ist?

Mag Wompel: Das Einsparungspotential der Hartz-Gesetze liegt auf mehreren Ebenen:

a) Grundsätzliche Abschreckung vor Antragstellung (Entwürdigung und Erniedrigung; umfangreicher Antragsbogen; fehlerhafte Bescheide) bis hin zu Sperren bereits bei der verspäteten Antragstellung,

b) Zahlungsverzögerungen, offensive Nutzung von Sperren und kreative Herausforderung von Sperr-Gründen der Leistung (kurzfristige Vorladungen, Alkoholtests, Hausbesuche und telefonische Kontrollen etc.),

c) mittelfristige Absenkung von Arbeitslosengeld I und v.a. Arbeitslosengeld II durch Angebot des Zuverdienstes im Ein-Euro-Job- und Niedriglohnbereich,

d) langfristige Lohnsenkung in allen Wirtschaftsbereichen durch Lohndumping der Maßnahmen, die wiederum eine Absenkung der Grundsicherung rechtfertigt (Lohnabstandsgebot)

Allein die Einsparungen durch Sperrzeiten des Leistungsbezugs lagen bereits 2004 und 2005 in Millionenhöhe.

Frage: Immer wieder wurden im letzten Jahr auch Fälle von „Ein-Euro-Jobs“ publik, bei denen Erwerbslose zum völligen Selbstzweck – also losgelöst vom kapitalistischen Verwertungsprozess – mit unsinnigen Tätigkeiten schikaniert wurden (Bsp. „Hamburger Arbeitsbeschaffung“). Inwiefern dienen die mit den Hartz-Gesetzen eingeführten Workfare-Maßnahmen – wie in den genannten Fällen – ausschließlich dem Zweck der „Erziehung“ /Disziplinierung?

Mag Wompel: Schon immer dienten Trainingsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Praktika etc. auch zum Testen der Arbeitswilligkeit oder zur Disziplinierung „aufmüpfiger“ Erwerbsloser. Mit den Ein-Euro-Jobs besteht nun die Möglichkeit, diese Ziele mit handfesten wirtschaftlichen Vorteilen zu verknüpfen. Doch angesichts der durch die Arbeitsagenturen ungeprüften Durchführung dieser Maßnahmen bleibt es den Beschäftigungsträgern überlassen, ob sie für die beantragten und bewilligten 1-Euro-Jobs Einsatzmöglichkeiten und damit Zusatzprofite suchen oder sich mit der Aufwandsentschädigung begnügen und die JobberInnen sich selbst überlassen (und damit nebenbei der Verdrängung regulärer Jobs entgegen wirken).

Es hängt von den Einsatzstellen und der Persönlichkeit der JobberInnen ab, welche der Lösungen ihnen lieber ist, den Job selbst können sie so oder so nur bei Strafe einer Sperre ablehnen.

Frage: Workfare-ApologetInnen preisen die von ihnen entwickelten Maßnahmen häufig ziemlich unverblümt als Instrumente einer „zeitgemäßen Niedriglohnpolitik“. Lassen sich die Hartz-Gesetze auch in Hinblick auf diese Zielsetzung entschlüsseln und wenn ja, welche Auswirkungen hat das auf den Arbeitsmarkt als solchen?

Mag Wompel: Ein-Euro-Jobs haben – wie auch der staatliche Verleih über PersonalService Agenturen (PSA)[1] – die eindeutige Funktion des Lohndumpings. Sie wirkt sich aber vorrangig im Bereich des Öffentlichen Dienstes aus, in der privaten Wirtschaft „nur“ als Abschreckung vor den Folgen der Erwerbslosigkeit und damit als Anreiz zu weiterem Verzichts auf tarifliche und übertarifliche Standards zur „Sicherung“ des Arbeitsplatzes.

Getrieben vom Wunsch nach weiterer Senkung der Lohnnebenkosten schreien die Arbeitgeber aber weniger nach der Ausweitung von Ein-Euro-Jobs auf alle Wirtschaftsbereiche als nach staatlichen Zuschüssen zu Niedriglöhnen in Form von Kombilohn.

Die aktuelle Debatte um weitere Senkung der Lohnersatzleistungen für Erwerbslose soll, verbunden mit Erweiterung der Zuverdienstmöglichkeiten, diesem Wunsch den Boden bereiten. Langfristig ist damit zu rechnen, dass staatliche Subventionen zu einem insgesamt abgesunkenen Lohnniveau den Einsatz von Ein-Euro-Jobs ablösen werden, denn erstens wäre dies eine breiter angelegte, nicht nur Langzeitarbeitslose betreffende „Lösung“ und zweitens ist der dauerhafte Einsatz von Ein-Euro-Jobs zu teuer aus der Sicht eben dieser Lohnnebenkosten.

Frage: Wie der Einsatz von „Ein-Euro-Jobbern“ als StreikbrecherInnen gegen den von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di organisierten Arbeitskampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in mehreren deutschen Städten in den letzten Wochen wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat, wird mit Hartz IV der Druck nicht „bloß“ auf Erwerbslose, sondern auf die Löhne und Arbeitsbedingungen aller abhängig Beschäftigten erhöht. Wie erklärst du dir die ambivalente Position der Gewerkschaften angesichts dieses Umstands?

Mag Wompel: Die Ambivalenz der offiziellen Gewerkschaften ist so alt wie die Politik dieser real existierenden Organisationen der Lohnabhängigen. Sozialabbau gibt es seit den 60er Jahren und so lange haben sich die Gewerkschaften nicht darum bemüht, die Lebensbedingungen der Erwerbslosen zu verbessern, und sei es auch nur, um die Erpressbarkeit ihrer „Klientel" der Stammbelegschaften zu mildern. Diese Ambivalenz zeigte sich auch im Vorfeld der Hartz-Gesetze, als die Gewerkschaftsvertreter in der Hartz-Kommission einerseits für sich die Vertretung auch der Erwerbslosen beanspruchten, zugleich aber im Konsens den entwürdigenden und schikanösen Gesetzesentwürfen zustimmten.

Diese Ambivalenz ist einerseits in der anhaltenden Fetischisierung der Lohnarbeit als alleiniges Mittel zur Existenzsicherung zu sehen und damit im unbedingten Glauben an die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung als bevorzugtes Gesellschaftsmodell. Andererseits glaubt man sich – Hand in Hand mit Politik und Kapital – der Wettbewerbsfähigkeit des eigenen (nationalen) Standortes verpflichtet. Diese Wettbewerbsfähigkeit sei aber durch zu hohe Löhne und zu hohe Lohnnebenkosten gefährdet…

Frage: Innerhalb der deutschen Linken scheint es bei der Einschätzung der Hartz-Gesetze zwei unterschiedliche Positionen zu geben: Sehen die einen darin eine Art „Paradigmenwechsel", betonen andere v.a. die Kontinuität des Einsatzes von Zwangsmaßnahmen in der deutschen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, welche zurück reicht bis in die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Wie sieht deine Einschätzung zu dieser Frage aus und hat dies Konsequenzen für die politische Praxis im Widerstand gegen Hartz IV?

Mag Wompel: Wer in den Hartz-Gesetzen einen Paradigmenwechsel sieht, hat Recht, was die offizielle Philosophie des Sozialstaatsmodells angeht: so hart wurde seit dem 19. Jahrhundert kaum ausgesprochen, dass nur essen kann, wer arbeitet. Doch führt diese dramatische Formulierung dazu, dass oft geglaubt wird, mit Nachbesserungen in einen paradiesischen Zustand zurück zu können, den es aus der Sicht der Erwerbslosen und der SozialhilfeempfängerInnen nie gegeben hat. Doch die Hartz-Gesetze bestehen nicht nur aus Hartz IV und selbst die Abschaffung aller Hartz-Gesetze ändert nichts an der erniedrigenden Behandlung von Menschen, die vom Kapital als nicht mehr verwertbar angesehen werden.

Frage: Nach dem tendenziellen Abflauen der „Montagsdemonstrationen" im Herbst 2004 wurde vielfach der Eindruck vermittelt, die Zumutungen der Hartz-Gesetze würden seitens der Betroffenen quasi unwidersprochen hingenommen. Wie stand und steht es um den Widerstand der Erwerbslosen selbst sowie anderer sozialer Gruppen vor allem im Kampf gegen Hartz IV?

Mag Wompel: Der Kampf gegen die Hartz-Gesetze findet tagtäglich statt, wenn auch v.a. individuell. Findigkeit und Widerstandspotential sind bei diesen Lebensbedingungen überlebensnotwendig: Sparvermögen werden aufgelöst, Bedarfsgemeinschaften ziehen auseinander, Bewerbungen werden fingiert…[2] Auch die Vielzahl von Klagen gegen die Bescheide oder Zuweisungen von Ein-Euro-Jobs beweisen den aktiven Widerstand. Zugegeben, relativ wenige wehren sich politisch, und sei es mit der Beteiligung an unseren Befragungsaktionen. Not täte alltäglicher und politischer Widerstand, denn angesichts ständiger Verschärfungen bedarf es mehr, als kurz aufflammender Proteste. Doch Erwerbslosigkeit und Armut sind heutzutage stressiger als mancher Job…

Frage: Mit der Kampagne „Agenturschluss" wurde versucht, den Widerstand gegen Hartz IV bundesweit zu vernetzen und auch nach dem Abflauen der ersten Protestwelle fortzuführen. Wie würde eine Zwischenbilanz zur Kampagne aus deiner Perspektive ausfallen?

Mag Wompel: Agenturschluss ist eine bundesweite Initiative aus Erwerbsloseninitiativen, autonomen Gruppen und Teilen der Gewerkschaftslinken. Erstes Ziel war die „Agenturschluss" am 3.1.2005, also in möglichst vielen Städten den Betrieb der Arbeitsagenturen an diesem ersten Tag der „Gültigkeit" von Hartz IV lahm zu legen. Mit der Schließung sollten sich Betroffene und (noch) Nicht-Betroffene gegen die Verarmungs- und Disziplinierungsoffensive der Bundesregierung und gegen die Umsetzung dieses sozialen Angriffs durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter wenden. Während der Belagerung der Behörde sollten die AktivistInnen „vor Ort" über Widerstand und Perspektiven jenseits des Zwangs zur Arbeit beraten. Dies hat mehr oder weniger intensiv in ca. 70 Städten stattgefunden.

Gleichzeitig sollten die Beschäftigten der Arbeitsagentur explizit mit einbezogen werden. In einem Schreiben an die MitarbeiterInnen erinnerten wir an deren persönliche Verantwortung und ermutigten die MitarbeiterInnen, die sich intern ebenfalls gegen die entwürdigende Verfolgungsbetreuung zur Wehr setzen. Auch wenn wir deshalb aus den Gewerkschaftsvorständen scharf angegriffen wurden, gab es innerhalb der Agenturen und auch

innerhalb von ver.di eine durchaus kontroverse Debatte über die Rolle der Fallmanager und Sachbearbeiter.

Mit der Einführung der Ein-Euro-Jobs eröffnete sich ein neues Handlungsfeld. Wir bemühten uns und tun es immer noch:

a) Über diese Jobs und Abwehrmöglichkeiten aufzuklären
b) Informationen über die Umsetzung zu sammeln (Fragebogenaktion, Liste der Anbieter)
c) Anprangerung der Nutznießer in der Erwerbslosenindustrie („Schwarze Schafe“)
d) Ein Euro-Job-Spaziergänge als Kombination aus Protest, Einbindung und Aufklärung

Frage: Bereits die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD lässt eine weitere Verschärfung des sozialen Angriffs befürchten. Aber auch der Widerstand dagegen scheint noch keinesfalls am Ende. Welche Zukunftsszenarien scheinen dir realistisch?

Mag Wompel: Punktuellen Widerstand und tagtägliche Widerständigkeit wird es immer geben – allein um zu Überleben. Doch solange immer nur die letzte Verschärfung für Empörung sorgt und damit die vorletzte indirekt zum Status Quo wird, werden Kapital und Politik so weit gehen, wie sie können und wir sie lassen.

Ein wirklich wirkungsvoller Widerstand nicht nur gegen einzelne Vorhaben, sondern das gesamte dahinter stehende System setzt m.E. mehreres voraus:

1) Tagtäglicher Widerstand gegen die Zumutungen von Behörden und Arbeitgeber sowie solidarische gegenseitige Unterstützung dieser Widerständigkeit.

2) Kollektive Verweigerung der Durchführenden dieser unmenschlichen Gesetze solidarisch mit den Erwerbslosen.

3) Abkehr vom Fetisch der Lohnarbeit und der Arbeitsgesellschaft.

4) Forderung nach komfortablen bedingungslosen Grundeinkommen, gesetzlichen Mindestlohn und einer radikalen Arbeitszeitverkürzung (mit Personal- und Lohnausgleich) durch (noch) Erwerbstätige und Erwerbslose.

5) Suche nach langfristigen Alternativen für die kapitalistischen Formen der Existenzsicherung, individueller Anerkennung und Vergesellschaftung.

Interview und Vorbemerkung: Markus Griesser

Buchtipps:

- AGENTURSCHLUSS (Hrsg.): Schwarzbuch Hartz IV. Sozialer Angriff und Widerstand – eine Zwischenbilanz. Berlin/Hamburg: Assoziation A 2006

- FALZ / Frankfurter Arbeitslosenzentrum (Hrsg.): Arbeitsdienst – wieder salonfähig! Autoritärer Staat, Arbeitszwang und Widerstand. Frankfurt/Main: Fachhochschulverlag 2005

Mehr Informationen zu Hartz IV sowie zur Kampagne Agenturschluss finden sich unter www.labournet.de/agenturschluss/

Anmerkungen:

1 Bei den bereits Mitte des Jahres 2003 im Rahmen der Hartz-Gesetze eingeführten PersonalServiceAgenturen (PSA) handelt es sich um in die Arbeitsämter integrierte, also staatliche Leiharbeitsagenturen. Diese sind vergleichbar mit den in Österreich schon seit längerem bekannten „gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassern“, wie etwa dem AMS-eigenen „Trendwerk“ oder dem vom Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (WAFF) betriebenen „Flexwork“. Mittels der PSAs sollte es gelingen, innerhalb eines Zeitrahmens von drei Jahren bis zu 500.000 Erwerbslose für befristete Arbeitseinsätze an Dritte (zwangs-) zu vermitteln. Im Laufe des Jahres 2004 waren 57.800 Personen bei solchen Leihagenturen beschäftigt (Jahresdurchschnitt: 27.800).

2 Beim Arbeitslosengeld II handelt es sich um eine steuerfinanzierte, bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherung für als „erwerbsfähig“ geltende Erwerbslose, die länger als maximal 12 Monate (bei Erwerbslosen über 55 Jahren: 18 Monate) als ar beitslos registriert sind. Dabei wurden nicht bloß die „Anspruchsvoraussetzungen“ (jede Arbeit gilt nunmehr als „zumutbar“), sondern auch die „Bedürftigkeitskriterien“ verschärft. So werden etwa Sparvermögen der AntragstellerInnen ebenso in die Bedürftigkeitsprüfung miteinbezogen, wie das Einkommen von PartnerInnen oder anderen Mitgliedern der „Bedarfsgemeinschaft“. Als „Bedarfsgemeinschaft“ gelten dabei eheliche und so genannte „eheähnliche Gemeinschaften“, wobei von den Ämtern häufig bereits der Umstand des Zusammenwohnens von einem Mann und einer Frau als Indiz für das Bestehen einer solchen herangezogen wird.

Martin Birkner, Robert Foltin

Autonomist & Open Marxism

OperaistInnen und PostoperaistInnen schauten gerne auf die Klassenkämpfe in den USA. Das hatte zum einen mit der Radikalität und Militanz der sozialen Auseinandersetzungen zu tun, und außerdem damit, dass sie so wenig ideologisch waren. Die Klasse stand dem Kapital ohne Vermittlung durch sozialistische Parteien gegenüber, die Kämpfe konnten nicht so leicht diszipliniert werden. Weiters ist es die spezifische Situation des Regimes, das aus einer antikolonialen Revolution entstanden war und dadurch – etwa nach dem Dafürhalten Negris – sich durch Druck von unten dynamischer weiterentwickelte als die alten Kolonialmächte. Das widerspricht der Sichtweise der meisten Linken, die den Mangel an revolutionärer Organisation beklagen. Nach einem schlaglichtartigen Überblick über die sozialen Auseinandersetzungen des letzten Jahrhunderts sollen in diesem Kapitel einige intellektuelle Strömungen mit Bezug zum Operaismus nachgezeichnet werden, die sowohl in das Aufbrechen der globalen Protestbewegung eingingen wie auch eine Grundlage für den Erfolg des Buches „Empire“ im angloamerikanischen Raum darstellen.

Die Autonomie der ArbeiterInnenklasse in den USA drückte sich immer wieder in militanten Kämpfen bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen aus, wie Louis Adamic (1974) in „Dynamit, Geschichte des Klassenkampfes in den USA“ beschreibt. Aber auch die Ergebnisse können sich sehen lassen: Der *New Deal* als entscheidender Schritt in Richtung des fordistischen Wohlfahrtsstaates war nicht nur eine Antwort auf die revolutionäre Drohung nach der Oktoberrevolution, sondern auch auf die ausgedehnten Kämpfe in den USA der 1930er, etwa in der Autoindustrie. Es waren die berühmten *sit-down*-Streiks von 1936/7, die einen Zyklus von Kämpfen und anschließenden Lohnsteigerungen einleiteten und damit die Anti-Krisenmaßnahmen der Roosevelt-Regierung in eine wohlfahrtsstaatliche Richtung lenkten (vgl. Silver 2005, S. 69ff).

Der wichtigste historische Bezugspunkt der (Post)OperaistInnen aber sind die *Industrial Workers of the World (IWW, auch bekannt als Wobblies*, vgl. Bock 1976, Renshaw 1999, zur Rezeption durch den Operaismus Wright 2005, S. 204ff). Sie konstituierten sich gegen die Dominanz der FacharbeiterInnengewerkschaften in den USA. Sie wurden 1905 als radikale Industriegewerkschaft *(One Big Union)* gegründet und führten einige der erfolgreichsten Streiks vor Beginn des ersten Weltkrieges durch. Sie organisierten hauptsächlich ungelernte ArbeiterInnen und ihre Mitglieder repräsentierten das multinationale Spektrum der häufig erst kürzlich in die USA eingewanderten MigrantInnen vor allem, aber nicht nur, im Osten der USA. Sie überwanden die Spaltung in Nationalitäten, die von den KapitalistInnen gefördert wurde. Vor allem im Westen der USA vertraten sie die mobile Arbeitskraft, TagelöhnerInnen, die von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle zogen, um ihr Geld zu verdienen. Sie benutzten das aber auch, um zu agitieren und radikale Ideen zu verbreiten. Die erzwungene Mobilität wurde im so genannten *Free Speech Movement* in ein Kampfmittel umgewandelt: wurde in einer Stadt revolutionäre Agitation verboten, machten sich tausende *Hobos* – so wurden die mobilen WanderarbeiterInnen ge-

nannt – auf den Weg, um sich wegen Agitation verhaften zu lassen und in den überfüllten Gefängnissen weiterzuagitieren. Und drittens setzten sich die Wobblies in ihrer Agitation mit dem alltäglichen Widerstand auseinander, sie propagierten langsames Arbeiten und Sabotage als Kampfmittel. Zerschlagen wurden sie nicht durch die Repression im ersten Weltkrieg und danach, sondern sie scheiterten an inneren Streitereien (vgl. Renshaw 1999, 195ff): Die Wobblies waren nie eine länger bestehende Massenorganisation mit kontinuierlicher Mitgliedschaft. Großen Einfluss erlangten sie hauptsächlich in kämpferischen Phasen. Das Abflauen der Kämpfe und die Streitereien zerstörten ihre Anziehungskraft. Nach dem Ersten Weltkrieg vertraten die AnarchistInnen in der Organisation ein dezentrales Konzept, Unterstützung fanden sie dabei bei den mobilen ArbeiterInnen des Westens. In den großen Fabriken des Ostens erschien eine zentralistische Organisation Erfolg versprechender. Ein Teil der AktivistInnen sympathisierte darum nach der Oktoberrevolution mit den Bolschewiki. Nach Bock (1976, S. 168ff) verloren die Wobblies ihren Einfluss, weil sie nicht fähig waren, die im und nach dem Ersten Weltkrieg auf den Arbeitsmarkt strömenden Frauen und AfroamerikanerInnen zu organisieren.

Die BürgerInnenrechtsbewegung in den 1950er und 1960er Jahren versuchte, die AfroamerikanerInnen in die Demokratie zu integrieren; Hauptziel war die Registrierung als WählerInnen. Afroamerikanische Studierende beschränkten sich aber schon bald nicht mehr auf institutionelle Maßnahmen, sondern gingen zu direkten Aktionen über; ziviler Ungehorsam wurde ins Zentrum gestellt. Die Aktivitäten wurden über das *Free Speech Movement* (von den *Wobblies* übernommen) auf die Universitäten getragen. Der Widerstand gegen den Krieg in Vietnam vereinigte dann die verschiedenen Sektoren und radikalisierte die Kämpfe. In den Gettos 1965 in Watts und 1967 in Newark probten die AfroamerikanerInnen als unterstes Segment der Klasse den bewaffneten Aufstand. Und schließlich war der Widerstand innerhalb der Armee der Hauptgrund für die USA, sich aus Vietnam zurückzuziehen. Die OperaistInnen interessierten sich speziell für die Bewegung der AfroamerikanerInnen, da es bei den Gettoaufständen wie auch beim Widerstand innerhalb des Militärs um die untersten Segmente der Klasse ging. Es waren außerdem die AfroamerikanerInnen, die die wilden Streiks in den 1960ern und 1970ern trugen, etwa in den Autofabriken in Detroit. Die Bewegungen wurden niedergeschlagen und seit Beginn der 1970er herrschte dann fast drei Jahrzehnte relative Ruhe. Auch die Studierendenbewegung wurde integriert, aber immerhin konnte eine Reihe radikaler Intellektueller überwintern, die auch operaistische Theorieansätze weiterführten. Daraus ist die Situation entstanden, dass sich in den USA eine „Theorie ohne Bewegung" entwickelte, wie Michael Hardt in seiner Einleitung zu „Radical Thought in Italy" schreibt (Hardt 1996, S. 5). Diese linken Intellektuellen bezogen sich auf die radikalen Bewegungen und begründeten die Tradition des autonomen Marxismus.

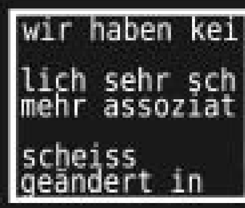
Seine Wurzeln speisen sich aus fünf Quellen: Aus der französischen post-trotzkistischen Gruppierung *Socialisme ou Barbarie*, dem italienischen Operaismus, der Geschichtsschreibung der ArbeiterInnenbewegung „von unten" (E. P. Thompson), den Erfahrungen der Industrial Workers of the World (IWW), jener als „Wobblies" bekannten, sagenumwobenen Basisgewerkschaft der 1920er Jahre, und last but not least aus der ebenfalls aus dem Trotzkismus hervorgegangenen *Johnson-Forrest-Tendency* in den USA. Letztere, vertreten durch den aus der Karibik stammenden Historiker und Marxisten CLR James und der Aktivistin, Theoretikerin und Historikerin Raya Dunayevskaya (Johnson bzw. Forrest waren ihre Pseudonyme), analysierten bereits kurz nach dem zweiten Weltkrieg die Sowjetunion als staatskapitalistisch und stellten die Kämpfe der ArbeiterInnen ins Zentrum ihrer Betrachtungen, was bald zu ihrer Trennung vom Trotzkismus und seiner Theorie der „degenerierten Arbeiterstaaten" sowie seiner Parteifixiertheit bedeutete.

Was den „Autonomist Marxism" mit dem italienischen operaistischen und postoperaistischen Strömungen verbindet, ist eine Marxinterpretation, die von den Kämpfen der ArbeiterInnenklasse selbst ihren Ausgang nimmt. Weder die Selbstbewegung des Kapitals als „automatisches Subjekt" noch die analytische wie politische Konzentration auf die Schachzüge der offiziellen ArbeiterInnenorganisationen erlangten die Bedeutung, die sie in den orthodoxen Organisationen und Theorien hatten. Harry Cleaver (2000, Introduction) sieht die













Unterschiede zwischen der Entwicklung in den USA und in Italien in der Differenz der in ihr aktiven Subjekte: Waren es in den Industriebetrieben Norditaliens vor allem die – oft aus Süditalien zugezogenen – MassenarbeiterInnen, die die durch die Institutionen nicht kontrollierbaren Kämpfe der 1960er Jahre ausfochten, so war die autonom kämpfende ArbeiterInnenklasse in den USA „jung und schwarz". Die Frage des Rassismus stand dementsprechend bereits in den frühen Texten von CLR James im Zentrum auch des theoretischen Interesses. Mit dem Aufkommen der BürgerInnenrechtsbewegung in den 1960er Jahren und den anschließenden sozialen Kämpfen gegen den Vietnamkrieg war die Frage nach der Unterdrückung der Schwarzen überhaupt zum entscheidenden Politikum geworden. Obwohl die Klassenkämpfe der jungen schwarzen AutoarbeiterInnen (v.a. in und um die „Motorcity" Detroit) auch die Auseinandersetzungen in den fordistischen Großfabriken kannten, wurden im Zuge der Bewegungen gegen die Rassendiskriminierung und gegen den Krieg bald andere Einflussgrößen wichtiger, vor allem der „Black Nationalism" mit seinen militant antiimperialistischen, separatistischen und oft auch religiös (wie z.B. in der einflussreichen „Nation of Islam") bestimmten Schwerpunkten.

Ein weiterer Unterschied ist, so Cleaver, dass die TheoretikerInnen des autonomen Marxismus in den Vereinigten Staaten nicht direkt in die Auseinandersetzungen involviert waren. (Cleaver 2000) Diese Distanz zu den Schauplätzen der Kämpfe lässt sich auch daran ablesen, dass kaum militante Untersuchungen durchgeführt wurden und im Umfeld des autonomen Marxismus auch keine Organisierungsbemühungen bekannt sind. Die Debatte wurde, hier wiederum vergleichbar mit Italien, hauptsächlich über Zeitschriften geführt, deren wichtigste in Folge hier vorgestellt werden. Dabei soll auch versucht werden, die verschiedenen Einflüsse auf TheoretikerInnen und Zeitschriftenredaktionen nachzuzeichnen, deren Zusammenarbeit mit anderen – meist aus Italien stammenden – AutorInnen und AktivistInnen sowie die Ausdifferenzierungen der Szene, die schließlich auch zur teilweisen Ablöse des Begriffes „Autonomist" durch den eines „Open Marxism" geführt haben.[1]

Die Entwicklung eines spezifisch autonomen Marxsismus im angloamerikanischen Raum begann Mitte der 1970er Jahre. Organisierte Formen in dieser Frühphase waren die „Conference of Socialist Economics" in Britannien sowie die Zeitschrift „Zerowork" in den USA. Die Conference of Socialist Economics entwickelte sich im Laufe der 1970er Jahre auf der britischen Insel als Projekt heterodoxer und marxistischer ÖkonomInnen. Als breites Forum war der strategische Hintergrund der CSE, einen Gegenpol zur Allmacht der neoklassischen Ökonomie zu bilden. Es wurden auch Verbindungen zu den neu entstehenden sozialen Bewegungen sowie zur Gewerkschaftslinken in Großbritannien geknüpft.

In den Ortsgruppen von Coventry und Edinburgh wurden mittlerweile auch staatstheoretische Fragestellungen diskutiert, aus denen unter anderem ein Text hervorging, der für die Entwicklung des „Open Marxism" besondere Bedeutung erlangte: „Capital, Crises and the State", eine Coproduktion von John Holloway und Sol Picciotto (Holloway/Picciotto 1977). Darin wurde ein analytischer Zugang gewählt, der sich sowohl von den stalinistischen Theorien des so genannten Staatsmonopolkapitalismus als auch von den neogramscianischen Staatstheorien und ihrer (relativen) „Autonomie des Politischen" (vgl. Poulantzas 1973), aber auch jener von Poulantzas Gegenspieler Ralph Miliband (vgl. Miliband 1971) grundsätzlich unterschied (Holloway/Picciotto 1977, 81ff.). Im Gegensatz dazu, so Holloway und Picciotto, muss der kapitalistische Staat als Verhältnis gedacht werden, welches niemals von den sie begründenden ausbeuterischen Klassenverhältnissen abstrahieren darf. Allein diese Erkenntnis der kapitalistischen Staatsform als eine durch Klassenverhältnisse bedingte genügt noch nicht, um historisch spezifische Phänomene staatlicher Herrschaft adäquat zu begreifen (Holloway/Picciotto 1977, 85ff.). So müssen aus einer revolutionären Perspektive die konkreten Phänomene kapitalistischer Herrschaft wie z.B. das Recht, aber auch ökonomische Krisen als spezifische Einsätze im Klassenkampf von oben verstanden werden. Dieser nimmt zwar unterschiedliche Erscheinungsweisen (wie eben „Politik", „Recht" oder „ökonomische Krise") an, ist aber letztlich immer durch die Erfordernisse der Kapitalakkumulation bestimmt. Diese sind wiederum in letzter Instanz von den Bewegungen der ArbeiterInnenklasse abhängig bzw. bereits Reaktionen auf vergangene Klassenkämpfe. Holloway beispielsweise beschreibt in einem späteren Text die Weltwirtschaftskrise von 1929 als späte Antwort auf die Russische Oktoberrevolution und die Klassenkämpfe der 20er Jahre (Holloway 1995). Der damals bereits entwickelte und spätestens mit Ende des 2. Weltkriegen sich allgemein durchsetzende Keynesianismus wird so als jene Form begreifbar, in welcher das Kapitalverhältnis zwar die Kampfkraft der organisierten ArbeiterInnen anerkennen musste, gleichzeitig dies aber – nicht zuletzt über die traditionellen ArbeiterInnenorganisationen – zum Zwecke der Kapitalakkumulation selbst produktiv machen konnte. Erst die in den 1960er Jahren ihren Ausgang nehmenden multiplen Kämpfe bringen dann dieses keynesianisch-fordistische Verhältnis selbst in die Krise.

Ein anderer wichtiger Bezugstext der angloamerikanischen undogmatischen Linken ist das erstmals 1979 erschienene Reading Capital Politically von Harry Cleaver (Cleaver 2000, kritisch dazu: Aufheben).[2] Cleaver unterrichtet an der Universität von Austin (Texas) Marxismus (sic!), war und ist langjähriger Aktivist in verschiedenen linken Projekten (zuletzt besonders in der internationalen Solidaritätsarbeit für die aufständischen ZapatistInnen) und betreibt die „Texas Archives of Autonomist Marxism.[3] In der umfangreichen Einleitung zu Reading Capital Politcally werden sowohl methodische Abgrenzungen zu den ökonomischen und philosophischen Lesarten des Kapitals vorgenommen als auch eine skizzenhafte Geschichte all jener Ansätze, die Cleaver als Vorläuferinnen oder frühe Vertreterinnen einer politischen Kapitallesart vorstellt. In dieser Geschichte der Entwicklung des „Autonomist Marxism" wird sowohl die aus dem Trotzkismus hervorgehende Johnson-Forrest-Tendency genannt wie auch die ebenfalls ex-trotzkistische französische Gruppe Socialisme ou Barbarie, und natürlich die italienische „Neue Linke".

Cleaver schlägt mit seinem Buch eine grundsätzlich neue Lesart des Marxschen Kapitals vor. Während der orthodoxe Marxismus dieses als politische *Ökonomie*, womöglich noch mit dem Zusatz „der ArbeiterInnenklasse", verstand und die *philosophische* Lektüre des Marxschen Werkes auch vor seinem Hauptwerk nicht halt machte, geht es Cleaver eben um eine *politische* Lesart des *Kapitals*. Vom methodologischen Zugang her durchaus mit jenem des italienischen Operaismus vergleichbar liest Cleaver in seinem Buch das berühmte erste Kapitel des ersten Abschnittes vom *Kapital* mit dem Namen „Die Ware" sowohl als Analyse als auch als Kritik politischer Herrschaft einer Klasse über eine andere (vgl. auch Reitter 2006). In Cleavers Analyse des Kapitals als unmittelbarem Herrschaftsverhältnis spielt die ArbeiterInnenklasse den gleichzeitig im und gegen das Verhältnis kämpfenden Teil, hier folgt Cleaver weitgehend der Analyse Mario Trontis in „Arbeiter und Kapital" (Tronti 1974). Dem emphatischen Begriff des Klassenkampfes wird allerdings sowohl bei Cleaver als auch bei anderen autonomen MarxistInnen jede Möglichkeit einer Eigenlogik kapitalistischer Vergesellschaftung genommen. Entlang dieser Problematik hakt auch die Kritik am „Autonomist Marxism" an, nämlich dass er zwar versuche, in Verhältnissen zu denken, über die Reduktion jeglicher gesellschaftlicher Phänomene auf den Kampf zwischen den (zwei) Klassen aber selbst wiederum zu einer Verdinglichung von „Arbeit" und „Kapital" als eigenständige Entitäten gelangt. Dies führt mitunter zu ultraradikalen Positionen, die sowohl analytisch zu kurz greifen wie auch für praktische Kämpfe eigentlich keinen Spielraum mehr lassen.

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Mario Montano schrieb in der ersten Ausgabe der Zeitschrift Zerowork 1975[4] den damals breit diskutierten Artikel „Bemerkungen zur internationalen Krise" (Montano 1988), in dem er eine mehr oder weniger globale Analyse der damaligen Situation gibt (Das Währungssystem von Bretton Woods war 1973 zusammengebrochen, auch die Ölkrise begann in diesem Jahr). Dabei sieht er in den vielfältigen politischen Bewegungen der ArbeiterInnenklasse die Haupttriebkraft der Entwicklung. Da der Keynesianismus nicht mehr in der Lage war, die ArbeiterInnen ruhig, d.h. arbeitend zu halten, mussten schärfere Mittel gewählt werden: Inflation, Arbeitslosigkeit, hoher Ölpreis. So wichtige Einsichten diese Verschiebung des Blickwinkels in die Bewegungen des Kapitalismus auch liefert, die Tendenz alles und jedes auf unmittelbare Effekte des (einen) Klassenkampfes zu reduzieren, treibt mitunter seltsame Blüten. In einem Absatz über Chile (die Regierung unter dem demokratisch-sozialistischen Präsidenten Salvador Allende wurde durch einen Militärputsch unter der Führung von General Pinochet – und unter maßgeblicher Unterstützung höchster US-Kreise und -Konzerne 1973 gestürzt) beschreibt Montano dahingehend „Demokratie" als auch „Faschismus" „dem Kapital nicht als gegensätzliche Strategien [...], sondern als *taktische Waffen*" (Montano 1988, 58, Herv.i.O.). Hier zeigt sich deutlich, wie das Kapital zum Subjekt der Geschichte gemacht wird, das sich ganze politische Systeme rein taktisch aneignet und diese auch anwendet – natürlich immer gegen die ArbeiterInnen: „In Chile beispielsweise hat sich das Kapital *der Reihe nach* zunächst der Christlichen Demokratie, dann der Unidad Popular und schließlich der Armee bedient, um die Klasse unter Kontrolle zu halten" (ebd., Herv.i.O.).

Spätere Kritiken von Seiten des „Open Marxism" an den Autonomen zielen in eine ähnliche Richtung, wie beispielsweise ein Beitrag von Werner Bonefeld in *Common Sense*, dem wohl wichtigsten Zeitschriftenprojekt des „Open Marxism".[5] *Common Sense* existierte von 1987 bis 1999 und fällt besonders durch ihren tatsächlich „offenen" Zugang auf. Texte von Vertretern der „neuen Marxlektüre" aus Deutschland (Georg Backhaus) finden sich darin ebenso wie Aufsätze Toni Negris (etwa jener über die Repubblica Costituente, Negri 2003) und John Holloways wichtige Vorarbeit zu *Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen,* „In the Beginning was the Scream" (Holloway 2003) .

Werner Bonefelds, „Human Practice and Perversion: Beyond Autonomy and Structure" (Bonefeld 2003) ist ein Beitrag in diesem Band. Er öffnet zunächst ein Spannungsfeld zwischen

„Strukturalismus“ und „Autonomie“, die beide nur unzureichende methodische Zugangsweisen zur Verfügung stellen. Dem gegenüber stellt er einen dialektischen Zugang, orientiert an der Kritischen Theorie im Allgemeinen und an Georg Backhaus´ „Dialektik der Wertform“ (Backhaus 1997) im Besonderen. Ähnlich wie sein Freund Holloway versucht Bonefeld den Widerspruch zwischen Kampf und Struktur (Bonefeld 2003, 81) dialektisch zu lösen. Dass er sich dabei lediglich an einer Karikatur „des Strukturalismus“ abarbeitet, der angeblich das „Kapital als autonomes Subjekt“ ansieht, interessiert uns hier nicht weiter; spannender hingegen ist seine Kritik des autonomen Marxismus. Dieser verstehe das Kapital oft als „maschinenähnliches Ding“ (ebd.) und verfehle so die notwendige Formanalyse kapitalistischer Grundkategorien. Dem gegenüber wird dann ein autonomes Klassensubjekt ausgemacht, das sich außerhalb grundsätzlicher Bewegungsgesetze des Kapitals befände (wobei hier allerdings die Frage zu stellen wäre, welcheR „autonomeR“ TheoretikerIn dies so behaupten würde ...). „Im Gegensatz dazu“, so Bonefeld, „betont die Vorstellung von Arbeit als im und gegen das Kapital existierend das interne Verhältnis zwischen Materialität und sozialer Form“ (ebd.). Dieser dialektische Zugang, der das Wechselspiel von „Integration“ und „Transzendenz“ (Bonefeld 2003, 83) nur als Negation gegen eben jenes begründende Kapitalverhältnis auflösen kann, wird uns im Kapitel über John Holloway, dem derzeit wohl meist diskutierten „offenen Marxisten“ wieder begegnen.

Nachdem Common Sense 1999 eingestellt wurde, trat die Webzeitung *Commoner* (www.commoner.org.uk) die Nachfolge an. Eine thematisch breit gestreutes, sämtliche Spielarten des „Autonomist“ wie auch „Open Marxism“ in sich aufnehmend, diskutiert der Commoner neuerdings jene grundsätzlichen Begriffe wie „Wert“ oder auch das namengebende „Gemeinsame“ (vgl. unten) – notwendige Begriffe zum Denken des Kommunismus angesichts der veränderten globalen Bedingungen. Das eher dem autonomen Spektrum zurechenbare Midnight Notes Collective (www.midnightnotes.com) ist eine seit 1979 aktive Gruppierung. Sie war Teil des radikalen Flügels der Ökologiebewegung (und hier vor allem jener gegen Atomkraft) und überlebte die Krise der Linken in den 80er und vor allem 90er Jahren. Nicht unähnlich der zentralen Thesen Cleavers – auch er stellt Nahrung und Energie neben der Arbeitskraft als besondere und besonders umkämpfte Waren im Kapitalismus heraus – entwickelten die Midnight Notes einen internationalistischen Ansatz, was sich auch in ihrer bislang letzten größeren Publikation, einem 2001 erschienenen Buch über die ZapatistInnen sowie an mehreren Artikeln in Auseinandersetzung mit der globalen Protestbewegung zeigt. Der von ihnen entwickelte Begriff der „Neuen Einhegungen“ (*The New Enclosures* lautet auch der Titel der zehnten Ausgabe der *Midnight Notes* von 1990, siehe auch die Debatte in Nummer 2 und 4 des *Commoner*) stellt dabei die Bewegung des Kapitals als permanente „ursprüngliche Akkumulation“ (Marx) ins Zentrum, die vor allem noch nicht kapitalisierte Weltgegenden in den globalen Akkumulationsprozess miteinbezieht (*Midnight Notes 1991*)[6]. Dabei ist die Zerstörung der lokalen Subsistenzgrundlagen von besonderer Bedeutung. Gemeinsam mit der zunehmenden finanziellen Abhängigkeit der Länder des Trikont führt dies zu einer verschärften globalen Ausbeutungssituation, an den Kämpfen gegen diese Einhegungen lassen sich aber auch die globalen Widerstände ablesen. Und schon damals artikulierten die Midnight Notes eine Problematik, der auch in den nachfolgenden Bewegungen und ihrer Theoretisierung – vom Aufstand der ZapatistInnen 1994 bis zur Frage nach einem „Urbanen Zapatismus“ bei John Holloway (2006, 56ff.) – besondere Bedeutung beigemessen wird, nämlich der Frage nach der Räumlichkeit der Einhegungen und jener des Widerstandes dagegen. Während das Midnight Notes Collective 1990 noch pathetisch verlautbart: „For class war does not happen on an abstract board toting up profit and loss, it is a war that needs a terrain“, schlägt Holloway gut 15 Jahre später vor, vor allem in den metropolitanen Kämpfen das Hauptaugenmerk auf die Zeitlichkeit von Herrschaft und die „Zwei Zeiten der Revolution“ zu legen (Holloway 2006).

Beginnend mit den 1980ern wurden im englischsprachigen akademischen Diskurs die poststrukturalistischen PhilosophInnen aus Frankreich rezipiert, besonders Jacques Derrida, aber auch Gilles Deleuze und Felix Guattari. Michael Hardt, ein Philologe für romanische Sprachen arbeitete seit den 1980ern mit der Gruppe um *Futur Anterieur* und besonders mit Toni Negri zusammen. Ende der 1980er begann in seinem Umfeld die Übersetzung von Texten von Negri auf Englisch, die die Arbeiten von Harry Cleaver und der Gruppe um die Midnight Notes ergänzten. 1989 erschien von Negri *The Politics of Subversion: A Manifesto for the Twenty-First Century*, 1994 gemeinsam mit Michael Hardt *Die Arbeit des Dionysos* und 1996 gaben Paolo Virno und Hardt den Sammelband *Radical Thought in Italy* heraus. Aber erst nach Seattle 1999 konnte Hardt / Negris Buch „Empire“ ein Weltbestseller werden.

Mit dem Aufstand der ZapatistInnen, der globalen Protestbewegung und der breiten Diskussion um *Empire* und *Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen* hat auch die postoperaistische Theorie

eine breitere Rezeption erfahren. Dabei zeichnet sich die Theorieproduktion im angloamerikanischen Raum gegenüber hierzulande nach wie vor durch seine erfrischende Art aus. Nicht nur, dass sich die TheoretikerInnen schon sehr früh der neuen Technologien und vor allem um das Internet annahmen (vgl. Dyer-Witheford 1999, 2004, 2005), es ist auch die unbeschwerte gleichzeitige Verwendung bei uns als unvereinbar geltender Theorieansätze (wie z.B. Kritischer Theorie, anarchistischer Ansätze und Poststrukturalismus), die die Lektüre vieler neuer Bücher aus dem angloamerikanischen-postoperaistischen Spektrum so gewinnbringend machen. Diese Texte sind allerdings nicht nur als theoretische interessant, sondern auch vor dem Hintergrund der politischen Herausforderungen der sozialen Bewegungen heute. So gibt es beispielsweise jede Menge Anknüpfungspunkte für eine produktive Überwindung des Widerspruches zwischen Marxismus und Anarchismus. Gerade derartige Bemühungen würden auch der deutschsprachigen Linken mehr als gut tun, will sie aus ihrer Traditionsverhaftetheit und der notwendig damit einhergehenden sektiererischen Tendenzen herauskommen; positive Ausnahmen, wie z.B. die Diskussion über Postanarchismus (siehe www.post-anarchismus.net oder auch Pop 2005), bestätigen leider (noch) die Regel.

E-mail: pyrx@gmx.li, r.foltin@aon.at

Literatur:

Atzert, Thomas / Müller, Jost (Hg) (2004): Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire. Münster.

Backhaus, Hans-Georg (1997): Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur marxschen Ökonomiekritik. Freiburg.

Bock, Gisela (1976): Die “andere” Arbeiterbewegung in den USA von 1905-1922. Die Industrial Workers of the World. München.

Bonefeld, Werner (2003): Human Practice and Perversion: Beyond Autonomy and Structure. In: Revolutionary Writing.

Bonefeld, Werner (Hg) (2003): Revolutionary Writing. Common Sense Essays in Post Political Politics. London.

Bonefeld, Werner / Holloway, John (Hg) (1995): Global Capital, National State and the Politics of Money. London.

Cleaver, Harry (2000): Reading Capital Politically. Leeds.

Dyer-Witheford, Nick (1999): Cyber-Marx: Cycles and Circuits of Struggle in High-Technology Capitalism. Urbana, Washington.

Dyer-Witheford, Nick (2004): Boomendes kognitives Kapital. Klassenzusammensetzung in der Video- und Computerspieleindustrie. In: Atzert / Müller: Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität.

Dyer-Witheford, Nick (2005): Cyber-Negri: General Intellect and Immaterial Labor. In: Murphy / Mustapha: Resistance in Practice.

Hardt, Michael (1996): Introduction: Laboratory Italy. In: Virno / Hardt: Radical Thought in Italy.

Hardt Michael / Negri, Antonio (1994): Labor of Dionysos. A Critique of the State-Form. Minneapolis.

- (2000): Empire. Cambridge

Holloway, John (1995): Global Capital and the National State. In: Bonefeld / Holloway: Global Capital, National State and the Politics of Money.

Holloway, John (2002): Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen. Münster.

Holloway, John (2003): In the Beginning was the Scream. In: Bonefeld: Revolutionary Writing.

Holloway, John (2006): Die zwei Zeiten der Revolution. Würde, Macht und die Politik der Zapatistas. Wien.

Holloway, John / Picciotto, Sol (1977): Capital, Crisis and the State. In: Capital & Class Nr. 2.

Midnight Notes (1991): Die neuen Enclosures. In: Thekla 14, Ölwechsel.

Miliband, Ralph (1971): Marx und der Staat. Berlin.

Montano, Mario (1988): Bemerkungen zur internationalen Krise. In: Thekla 10, Zerowork.

Murphy, Timothy S. / Mustapha, Abdul-Karim (2005): Resistance in Practice. The Philosophy of Antonio Negri. London.

Negri, Antonio (1989): The Politics of Subversion. A Manifesto for the Twenty-First Century. Cambridge.

Negri, Antonio (2003): Republicca Costituente. In: Bonefeld: Revolutionary Writing.

Pop, Paul (2005): Rot-Schwarze Flitterwochen: Marx und Kropotkin für das 21. Jahrhundert. In: grundrisse 14.

Poulantzas, Nicos (1973): Zum marxistischen Klasenbegriff. Berlin.

Reitter, Karl (2006): Das Kapital wieder lesen. Eine Alternative zur wertkritischen Interpretation. In: grundrisse 17.

Renshaw, Patrick (1999): The Wobblies. The Story of the IWW and Syndicalism in the United States. Chicago.

Silver, Beverly (2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870. Berlin, Hamburg.

Thekla 10, Zerowork (1988): Politische Materialien aus den USA von 1975 und 1977 zum nordamerikanischen und internationalen Klassenkampf. Berlin.

Tronti, Mario (1974): Arbeiter und Kapital. Frankfurt.

Virno, Paolo / Hardt, Michael (1996): Radical Thought in Italy. A Potential Politics. Minneapolis, London.

Wright, Steve (2005): Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus. Berlin, Hamburg.

Anmerkungen:

1 „Open Marxism“ entwickelt gegen das „autonome“ Denken einen an der Kritischen Theorie orientierten, dialektischen Zugang.

2 Eine deutsche Übersetzung des zentralen fünften Kapitels des Buches (über die Wertform) findet sich in: grundrisse.zeitschrift für linke theorie & debatte, Nr. 15/2005, S. 47-64.

3 Siehe die äußerst informative Homepage von Harry Cleaver: http://www.eco.utexas.edu/facstaff/Cleaver/. Dort finden sich jede Menge Informationen, die meisten Texte Cleavers, darunter das vollständige Buch „Reading Capital Politically“ sind dort online abrufbar.

4 Auch Harry Cleaver war bei Zerowork engagiert. Von der Zeitschrift erschienen nur 2 Ausgaben (1975 und 1977), sämtliche Texte sind in Thekla 10 (Thekla 1998) auf Deutsch versammelt.

5 Eine Art „Best Of Common Sense“ stellt (wenngleich dies im Vorwort bestritten wird) der 2003 erschienene und von Werner Bonefeld herausgegebene Sammelband „Revolutionary Writing. Common Sense Essaysin Post-Political Politics“ dar (Bonefeld (Hg.) 2003).

6 In ihrer politischen Kritik sind die Midnight Notes – aber eigentlich gilt dies für weite Teile autonom-marxistischer Zusammenhänge und weitgehend auch für den „offenen Marxismus“ – sehr in der Nähe des Subsistenztheoretischen Ansatzes der Bielefelder Entwicklungssoziologinnen (Veronika Benholt-Thomson, Maria Mies, Claudia Werlhof).

Helmut Dahmer (Hg.): Leo Trotzki: Sozialismus oder Barbarei! Eine Auswahl aus seinen Schriften

Wien: Promedia, 2005, 176 Seiten, 12,90 Euro

Trotzki – Wenn Sozialismus zur Barbarei führt

Warum sollten wir heute noch Trotzki lesen? Entwickelte er eine alternative Theorie zum russischen Staatssozialismus, oder war er nur ein „gescheiterter Stalin", wie ihn der Linkskommunist Willy Huhn nannte? Der russische Revolutionär Trotzki durchlief eine Wandlung vom kriegskommunistischen Scharfmacher während des russischen Bürgerkrieges (1919-1921) zum Apologeten der Sowjetdemokratie und zum Kritiker der Entwicklung der Sowjetunion zum „bürokratisch entarteten Arbeiterstaat". 1940 wurde Trotzki im mexikanischen Exil von einem Agenten Stalins ermordet.

Da seine Schriften ganze Bibliotheken füllen können, hat Helmut Dahmer nun eine kurze Auswahl aus seinen Schriften zur Einführung herausgegeben. Dahmer schreibt in der Einleitung: „Außer ein paar Fachleuten und Sektierern liest niemand mehr Stalins Schriften oder die von Mao Tse-Tsung, keiner will sich mehr dieser Götzen erinnern." Trotzki lebe aber weiter im Gedächtnis von vielen Menschen als Mann der „Feder und des Schwertes" (Dahmer 2005: S.21).

Trotzki: Ich bin's

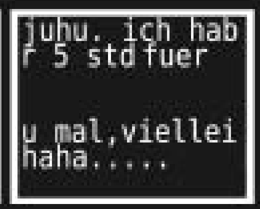
Eine Auswahl aus Trotzkis Schriften ist sicherlich sinnvoll, da viele immer den gleichen Tenor haben: Die stalinsche Führung habe durch ihre falsche Politik in allen revolutionären Situation in allen Ländern die Weltrevolution vergeigt. In Deutschland, Frankreich, China oder Spanien hätte das Proletariat die Macht übernehmen können, wenn an seiner Spitze eine Kaderpartei und ein Führer in der Tradition Lenins gestanden hätten, sprich Leo Trotzki himself. In Schriften wie „Mein Leben" oder „Die permanente Revolution" versuchte Trotzki nachzuweisen, dass nur er selbst, der einzig legitime Nachfolger Lenins, von Stalin um sein Erbe gebracht wurde und mit der Theorie der „permanenten Revolution" die Grundlage für Oktoberrevolution und alle anderen Revolutionen auf der ganzen Welt geliefert hätte. Der „bürokratisch entartete Arbeiterstaat" könne durch eine neue Revolution in der Sowjetunion oder eine im Westen wieder unter einer neuer Führung, sprich unter Leo Trotzki, wieder zurück auf den richtigen Weg gebracht werden. Trotzkis Werdegang ist jedoch weitaus widersprüchlicher. Willy Huhn wies darauf hin, dass Trotzki schon 1905 die Räte als Anhängsel der Parteiherrschaft betrachtete und auch im Exil das Konzept der leninistischen Kaderpartei trotz der Erfahrungen in der Sowjetunion grundsätzlich nie in Frage stellte.

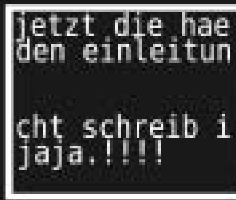
Weiße Flecken in Trotzkis Biographie

Dahmer verschont den Leser mit Trotzkis Bewerbungsschreiben zum Generalsekretär der KPdSU. Er hat für seine Broschüre überwiegend kurze Texte Trotzkis ausgewählt und nur einige Seiten aus seinen zentralen theoretischen Schriften. Bei der Auswahl fällt ins Auge, dass Auszüge aus „Terrorismus und Kommunismus" und anderen Schriften aus der Zeit des Kriegskommunismus fehlen. In dieser Schrift entwirft Trotzki die erschreckenste Version eines Kasernensozialismus, die je entworfen wurde. Die Arbeit soll militarisiert werden und „Deserteure" in Konzentrationslager eingewiesen werden. In „Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Republik retten" von 1918 gab Trotzki zu, dass das Rätesystem in der Armee nur einen Sinn mache, um die Kommandogewalt in bürgerlichen Armeen zu brechen, nicht aber in einer sozialistischen Armee weiter bestehen solle (Trotzki 1919: S.22). Trotzki ließ auch den Aufstand von Kronstadt für „Räte ohne Bolschewiki" 1921 blutig niederschlagen.

Ich finde diese Schriften Trotzkis hochspannend, weil die Militarisierung der Arbeit in der Sowjetunion im 2.Weltkrieg und in China 1958 auf









dem Land umgesetzt wurde und Trotzki die Grundlagen für den sogenannten „Kriegskommunismus" gelegt hat. Dahmer möchte diese „weißen Flecken" im Leben Trotzkis nicht aufarbeiten. In den von ihm herausgegebenen Trotzkis Schriften, die tausende von Seiten umfassen, fehlt bisher noch ein Band über diese Periode.

Die permanente Revolution: Ein Programm auf dem Papier

Fraglich ist, ob Leser ohne Vorkenntnis Trotzkis Theorie der permanenten Revolution auf Grundlage von Dahmers kurzer Auswahl verstehen können. Trotzki glaubte nicht, dass es eine eigenständige demokratische Etappe der proletarischen Revolution geben könne. Er schrieb schon 1906, dass das Proletariat, wenn es an die Macht kommt, gezwungen sei, zu einem sozialistischen Programm überzugehen und den Klassenkampf auf dem Land zwischen „landwirtschaftlichem Proletariat" und „ackerbauender Bourgeoisie" zu entfachen (Dahmer 2005: S.37). Die Rolle der Bauernschaft könne dabei weder selbstständig noch führend sein (ebenda: S.66). Sie würde sich immer nach den stärksten Bataillonen richten.

Wirft man einen Blick auf das 20.Jahrhundert, dann wird klar, dass im 20.Jahrhundert keine Revolution auf Boden dieses Programms siegte. Wie die Linkskommunisten schon in den 20er Jahre richtig erkannten, war die russische Oktoberrevolution eine bürgerliche Revolution (Brendel 1958). Ihre wichtigsten Maßnahmen waren der Friedenschluss, die Einführung der Arbeiterkontrolle und die Bodenreform. Durch diese Reform wurde der Boden nationalisiert, den Bauernfamilien übergeben und ganz Russland zur Dorfgemeinde erklärt. Wie heute in jedem guten Buch zur russischen Geschichte steht, überlebte in Russland die Dorfgemeinde und es entwickelte sich nur begrenzt Privateigentum. Der Boden wurde jedes Jahr unter den Familien neu verteilt. Trotzki lehnte wie Lenin jahrlang diese „schwarze Umverteilung" als Programm der Revolution ab und sah den russischen Bauern nur in den westlichen Kategorien von Landproletariat und Landbürgertum. Anders ausgedrückt: Vor dem Hintergrund der heutigen Forschungsergebnisse hatte Trotzki keinen blassen Schimmer von den Agrarverhältnissen in Russland.

Der Versuch 1919 den Klassenkampf auf das Dorf zu tragen (sprich die „permanente Revolution" zu machen) scheiterte kläglich und führte zu Bauernaufständen. Als die Bolschewiki durch Kronstadt und hunderte lokaler Bauernaufstände 1921 gezwungen wurden die NÖP (Neue Ökonomische Wirtschaftspolitik) einzuführen, war dies nichts anderes als die Anerkennung des bürgerlichen Charakters des Oktobers. Die Bauern konnten zumindest vorrübergehend den Kommunisten ihr Programm aufzwingen. Stalin war sich über den bürgerlichen Charakter des Oktobers im Klaren. Später beteiligte er sich jedoch führend daran, die Legende von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der ganzen Welt zu verbreiten. Die Oktoberrevolution blieb das einzige Beispiel einer siegreichen Revolution unter Führung von Kommunisten, in der das Industrieproletariat eine entscheidende Rolle spielte. In China, Vietnam oder Korea siegten Bauernarmeen unter Führung von kommunistischen Intellektuellen. In keinem dieser Länder hätten die Kommunisten auf dem Boden eines sozialistischen Programms an die Macht kommen können, sondern sie versprachen eine Bodenreform und die nationale Befreiung des Landes.

Arbeiterstaat bleibt Arbeiterstaat: Trotzkis Kritik an der Sowjetunion

Dahmer wählte einige Artikel Trotzkis aus, um seine Kritik an Stalins Sowjetunion zu untermauern, die dieser kurz vor seinem Tod und während des Hitler-Stalin-Pakts schrieb. Analytisch geben diese Hasstiraden heute nicht mehr viel her. Lesenswert ist daher heute immer noch Trotzkis Schrift von 1936 „Die verratene Revolution". Darin kritisiert er den „Rollback" der 30er Jahre: Aufkommen des Nationalismus, Gängelung der Kunst durch einen „Sozialistischen Realismus", Wiedereinführung der Offiziersränge in der Roten Armee, ein Verteilungssystem zur Kontrolle der Arbeiter, die Propaganda für die „heilige Familie", die Wiederkehr reaktionärer Erziehungsmethoden oder Volksfrontpolitik, die zur Unterordnung unter Bürgertum oder Sozialdemokratie führte. So richtig diese einzelnen Kritikpunkte waren, so wenig konnte Trotzki über seinen staatssozialistischen Schatten springen. Solange es Staatseigentum gab, musste er die Sowjetunion als Arbeiterstaat bezeichnen, egal wie „entartet" er ihn fand. Dass Staatseigentum als solches noch lange keine Garantie für gesellschaftliche Emanzipation sein muss, war für Trotzki nicht denkbar (Kritik an Trotzkis Sozialismuskonzeption siehe Reitter und Pam 2005).

Seine scharfe Kritik an Lenins Parteimodell von 1904 „Jakobinismus oder Sozialdemokratie", das er als einen „Orden von Berufsrevolutionäre" bezeichnet, der eine Diktatur über das Proletariat errichten wolle, griff er später in dieser Schärfe nicht wieder auf. Trotzki muss schließlich, um seine ganze Argumentation aufrecht halten zu können, zwischen dem guten Lenin und dem bösen Stalin unterscheiden. Zu einer selbstkritischen Reflektion seiner eigenen Rolle an der Macht war Trotzki nicht in der Lage.

Faschistische Bewegung als „menschlicher Staub"

Zu den beeindruckenden Texten in Dahmers Auswahl gehören Trotzkis interessante Faschismusanalysen. Im „Porträt des Nationalsozialismus" von 1933 sah er die Nazis nicht nur als Handlager oder Marionetten des Finanzkapitals, wie es in der Kommunistischen Internationalen üblich wurde. Er benennt durchaus den eigenständigen Charakter der kleinbürgerlichen Bewegung, die auch einige Widersprüche zu den Interessen des großen Kapitals verkörpert. 1933 nimmt Trotzkis das Programm der NSDAP noch nicht ernst, wenn er schreibt, es „erinnert nur zu sehr an die jüdischen Warenhäuser der finsteren Provinz. Was findet man dort nicht alles – zu niedrigem Preis und in noch niedrigerer Qualität" (Dahmer 2005: S. 99). 1938 warnte er jedoch vor „der Gefahr der Ausrottung des jüdischen Volkes".

Trotzki erkennt zwar den selbstständigen Charakter der nationalsozialistischen Bewegung und schreibt, dass das alte und neue Kleinbürgertum die Hälfte des deutschen Volkes ausmacht (ebenda: S.94). Die Millionen Anhänger des NSDAP sieht er aber als menschlichen Staub (ebenda: S.86). Obwohl Trotzki klarer als andere Kommunisten der damaligen Zeit erkannte, dass der Nationalsozialismus viel mehr als nur ein Rammbock der Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung ist, kann er sich nicht aus der Ideologie befreien, dass sich das Kleinbürgertum immer nach den stärksten Bataillonen richtet. Was ist, wenn es selber die stärksten Bataillone stellt? Letztes Endes ist die Frage der Gewinnung der Bauern und des Kleinbürgertums für die Revolution für Trotzki nur eine Frage der Arbeitereinheitsfront. Wenn der Kleinbürger im Arbeiter seinen neuen Herren erblickt, wird er ihm schon folgen, glaubt Trotzki (ebenda: S.84).

Zwangsjacken abstreifen!

Insgesamt ist in Dahmer Broschüre Trotzkis Theorie etwas zu kurz gekommen und kann Lesern ohne Vorkenntnisse nur einen ersten Einblick vermitteln. Der weiße Fleck, Trotzki als Theoretiker des Kasernensozialismus, und Dahmers selbstgerechtes Vorwort tragen nicht gerade dazu bei, Trotzkis Widersprüchlichkeiten zu thematisieren. Trotzki, Lenin und Stalin sind heute nur für Marxisten interessant, die sich die Revolution als Eroberung der Staatsmacht durch eine Kaderpartei vorstellen. Im 21.Jahrhundert stellen sich die Fragen der Revolution nach dem weltweiten Sieg des Kapitalismus heute völlig anderes. Alle Versuche, eine gesellschaftliche Emanzipation durch die Eroberung der Staatsmacht herbeizuführen, sind gescheitert. Bewegungen, die Staat und Kapital überwinden wollen, können heute nicht mehr in die theoretischen Zwangsjacken des Leninismus gesteckt werden. Danach macht die Partei eine Klassenanalyse (halbfeudal oder kapitalistisch) und bestimmt die richtige Revolutionsetappe (demokratisch oder sozialistisch / im Bündnis mit den Bauern oder nur mit den Arbeitern).

Wir wollen nicht mehr bestimmen, welche Bedürfnisse und Forderungen geäußert werden dürfen und welche auf später vertagt werden müssen, oder wer zum Bündnispartner oder Sympathisanten degradiert wird. Revolutionäre Netzwerke könnten alle subversiven Forderungen, Kräfte, Wünsche und Bedürfnisse gegen den Kapitalismus in ihrer Vielfalt und Differenz umschließen. Es wäre zu wünschen, dass sie weder zeitlich, noch thematisch noch territorial begrenzt und hierarchisiert sind. Minimal-, Maximal- oder Übergangsprogramme zur Hierarchisierung des Kampfes und Disziplinierung der Parteimitglieder würden die Revolte und ihre Theorien nur schwächen. Die Dialektik, Diktatur und Gehorsam verstärken zu müssen, um Selbstverwaltung zu schaffen, hat ihr Versprechen nicht eingelöst. Die Infragestellung von Herrschaft und Unterdrückung muss auch für die eigene Bewegung gelten und nicht auf den Tag X nach einer so genannten Machtübernahme vertagt werden. Wenn heute eins von Trotzkis Schriften bleibt, dann ist es die Erkenntnis, dass auch der Sozialismus zur Barbarei führen kann.

Nemo Klee

Weitere Literatur:

Brendel, Cajo (1958): Lenin als Stratege der bürgerlichen Revolution, in: http://www.left-dis.nl/d/brenlenin.htm

Brendel, Cajo (1958): Kritik des leninistischen Bolschewismus, in: http://www.left-dis.nl/d/cajogik.htm

Huhn, Willy (1973): Trotzki – der gescheiterte Stalin, Karin Kramer Verlag, Berlin (West).

Reitter, Karl (2005): Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft, in: http://www.unet.univie.ac.at /~a9709070/grund-risse13/13karl_reitter.htm

Anton Pam (2005): Kriegskommunismus in Russland und China: Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: //www.unet.univie.ac.at /~a9709070/grundrisse13/13anton_pam.htm

Schröder, Alfred (1997): Die russische Oktoberrevolution - Linke Legenden über eine siegreiche proletarische Revolution, in: http://www.kommunistische-debatte.de/geschichte/oktober1997.html

Trotzki, Leo (1919): Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten, Verlag und Gesellschaft für Erziehung, Berlin.

Trotzki, Leo (1970): Schriften zur revolutionären Organisation, Rowohlt Verlang, Reinbek bei Hamburg.

Trotzki, Leo (1979): Verratene Revolution – Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, intarlit, Dortmund.

Weitere Schriften von Trotzki im Internet: http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/index.htm

Wagner, Kolja (2000): Der Nationalsozialismus: Angriff des Kleinbürgertums auf die Moderne http://www.kommunistische-debatte.de/geschichte/geschichte.html

Bernd Langer: Operation 1653 Stay rude – stay rebel

Berlin: Plättners Verlag, 2004, 16,80 Euro

Schlachtenbummler – Erinnerungen eines autonomen Antifaschisten

Weiß noch jemand, was eine „Scherbendemo" oder eine „Hasskappe" ist? Wenn nicht, können wir uns mit Bernd Langer auf eine Zeitreise durch die Geschichte der Autonomen in Deutschland begeben. In seinem Buch „Operation 1653" schickt ihn eine dubiose ORGANISATION auf eine Art Schnitzeljagd zu den Hochburgen der autonomen Bewegung. Bernd Langer, Autonomer der ersten Stunde, bettet seine persönlichen Erinnerungen in diese fiktive Rahmenhandlung ein. Er führt durch die Schlachten um die Startbahn-West, über Anti-Nato Riots bis zur legendären Autonomen Antifa (M) in Göttingen, von der 17 Mitglieder 1995 unter dem Vorwurf „Bildung einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a) vor Gericht gestellt wurden.

Langer, der heute vorwiegend als Künstler tätig ist, versucht in seinen Erinnerungen, politische wie persönliche Niederlagen aufzuarbeiten und stellt sich die Frage, was Straßenschlachten und schwarzer Block gebracht haben. Da ich in der letzten Nummer der „grundrisse" von der Linken Erinnerungsarbeit eingefordert habe, möchte ich Langer's Selbstreflexionen ausführlich besprechen. Außerdem machte auch ich Anfang der 90er Jahre – im Dunstkreis der Autonomen-Szene – in Göttingen Politik, obwohl ich einer kommunistischen Gruppe angehörte. Aus heutiger Sicht ist die Radikalität der damaligen Auseinandersetzungen kaum mehr verständlich. Der Tod der Autonomen Conny Wessman bei einer Demonstration sowie der Nazi-Mord an Alexander Selchow radikalisierte die Gemüter. So wurde Göttingen – neben Berlin und Hamburg – zu einem weiteren Zentrum der autonomen Szene in Deutschland, wo Demonstrationen mit bis zu 20.000 Menschen stattfanden.

Langer beschreibt ausführlich die gewalttätigen Angriffe auf Nazizentren sowie die Straßenschlachten mit der Polizei. Dabei ist er ganz Sportsmann: Von „Weicheiern", Pazifisten und „peacenix" hält er nichts. Er wirft der Polizei nicht – wie sonst oft üblich – vor, angefangen zu haben. Solange keiner stirbt scheint alles in Ordnung zu sein. Gewalt sieht Langer nicht nur als notwendiges Übel, vielmehr beschreibt er eindringlich den „Kick" dabei. Für die autonome Bewegung scheint sich Langer eher wegen ihrer Militanz als wegen ihrem Anspruch, eine herrschaftsfreie Organisationsform zu schaffen, begeistert zu haben. Inhalte waren ihm zweitrangig. Wie er einräumt, interessierte ihn das Für oder Wider von Atomkraft kaum, wichtig war der militante Kampf der Anti-Atombewegung gegen den Staat. „Ich glaubte an die Kampfgemeinschaft (...) Die Kämpfenden schaffen aus dem Kampf die neue Welt", fasst er seine damaligen Ansichten zusammen.

Im Unterschied zu vielen seiner studentischen Mitkämpfer kommt Langer aus der ArbeiterInnenklasse. In der Fabrik, wo er schwerste körperliche Arbeit verrichtete, lernte er die Arbeiter eher als Duckmäuser und Sexisten kennen. An das Proletariat glaubte er nicht. Dafür trieben ihn Entschlossenheit, Mut und Organisationstalent an. Etwas selbstironisch berichtet der militante Autonome wie er schon als Kind vom Krieg als große menschliche Prüfung fasziniert war und Jugendschützenkönig wurde. Ironisch fragt er sich, ob er das Konzept der Bündnisdemonstrationen der Antifa (M) schon während der Bandenkriege in der Grundschule entwickelt hatte.

Anfang der 90er Jahre erkannten viele Autonome, dass Militanz allein nicht ausreichte. Unter maßgeblichem Einfluss von Langer organisierte die Antifa (M) mit Gewerkschaften und Grünen bundesweite Bündnisdemonstrationen gegen neofaschistische Zentren in Süd-Niedersachsen: Tausende TeilnehmerInnen demonstrierten unter der Führung eines mit Helmen ausgerüsteten schwarzen Blocks Die Polizei tolerierte zeitweise diese permanenten Verstöße gegen die Demonstrationsordnung und das Vermummungsverbot. Jedes Durchsetzen von Übertretungen wurde als Sieg im Krieg gegen die Polizei gefeiert. Heute frage ich mich, wer außer dem Verfassungsschutz sich sonst noch dafür interessierte. Die M verband autonome Inhalte mit einigen leninistischen Organisationsprinzipien: Ihre Mitglieder wurden durch Aufnahmegespräche selektiert und nach außen musste man geschlossen auftreten, beschreibt Langer die Organisation. Symbole der „Antifaschistischen Organisation" der KPD aus den 30er Jahren wurden mit Helm und schwarzem Kampfanzug kombiniert. Das brachte der M den Vorwurf der „Macker-Militanz" ein, obwohl auch viele Frauen im M-Look auftraten.

Langers Buch zeigt für mich deutlich, dass die Autonomen in den 90er Jahren mit ihrem Anspruch, Organisationsformen ohne Hierarchie

zu schaffen, völlig gescheitert sind. Langer selbst beschwert sich über informelle „In-Gruppen“, die faktisch die Entscheidungen trafen. Die diversen autonomen Gruppen waren sich nicht weniger spinnefeind als die K-Gruppen zehn Jahr zuvor. Laut Langer soll die Antifa (M) für eine Gesellschaft nach dem Räte-Modell eingetreten sein. Außenstehende merkten jedoch nichts davon und nahmen die Gruppe eher als theoriefeindlich war. Der große „Organisator“ räumt selbst ein, dass politische Parolen - wie „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System“ oft in der Gruppe übernommen wurden, ohne genauer hinterfragt zu werden, wenn sie nur von den mutigsten KämpferInnen aufgestellt wurden.

Antifaschismus trat zeitweise hinter die Vergewaltigungsdebatte in der Szene an zweite Stelle, nachdem auch sexistisches Verhalten von linken Männern in der Szene offen thematisiert wurde. Frauen sollten selber bestimmen können, was eine Vergewaltigung ist (egal ob ein lüsterner Blick oder Angrabschen). Die Anschuldigungen der Frauen zu hinterfragen, wurde als zweite Vergewaltigung angesehen. Langer erzählt von „Prozessen“ im autonomen Zentrum, wo hunderte Personen im Kreis um einen Mann standen, der auf einem „heißen Stuhl“ saß und Reue bekennen musste. Manche dieser Männer verließen die Stadt. Seiner Meinung nach arteten Beschuldigungen oft aus, da es auf Grund der autonomen Strukturen keine Definition von Vergewaltigung geben konnte und unklar war, wer überhaupt Beschlüsse fassen und durchsetzen konnte. In dieser Frage seien die Autonomen – wie in allen anderen Bereichen – an ihren Ansprüchen gescheitert, so Langer. Mir persönlich stellt sich die Frage, wie linke Bewegungen über ihre eigenen Mitglieder „Recht“ sprechen können, ohne dabei hinter den bürgerlichen Rechtsstaat zurückzufallen.

Nach Einstellung der Prozesse wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a) hatte die autonome Szene in Deutschland ihren Zenit überschritten. Wie Langer anmerkt, gelang es der Bewegung außerdem nie, Menschen über 30 Jahre zu integrieren. Mit 30 entschieden sich dann doch die meisten für Karriere oder/und Familie.

Eine Antwort, warum die autonome Bewegung gescheitert ist und was man stattdessen machen könnte, bleibt Langer am Ende schuldig. Seine schmerzhafte Reise in die eigene Vergangenheit spiegelt jedoch ein wichtiges Kapitel der Geschichte der Linken in der BRD wider. Langer’s Selbstreflexionen machten einzelne Erfolge beim Kampf gegen neo-faschistische Zentren, aber auch das Scheitern der eigenen Ansprüche einer Organisationsform, die Elemente einer befreiten Gesellschaft schon vorweg nehmen sollte, deutlich. Die fiktive Schnitzeljagd im Buch wirkt etwas aufgesetzt und die Analyse der Rembrandt-Bilder ist wohl eher für KunstliebhaberInnen interessant. Aber auch wenn das Buch kein literarisches Meisterwerk ist, ist es sehr spannend und reißt LeserInnen mit.

Etwas zu kurz kommt der gesamt-gesellschaftliche Hintergrund. Meiner Meinung nach ist der Aufschwung des autonomen Antifaschismus nur vor dem Hintergrund einer Welle von Nationalismus und Rassismus nach der deutschen Wiedervereinigung verständlich: Einige Zeit brannten Nacht für Nacht Asylbewerber-Heime und die CDU-Regierung unter Helmut Kohl unternahm lange nichts dagegen. Damals kannte ich kaum Linke, die nicht irgendwie „Anti-Deutsch“ waren. Die Autonomen waren oft die Ersten, die auf rechtsradikale Strukturen und Netzwerke überhaupt aufmerksam machten.

Mit dem rot-grünen Wechsel 1998 veränderte sich der Politikstil in Deutschland. Schröder rief zum „Aufstand der Anständigen“ gegen den Rechtsradikalismus auf. Die NPD sollte verboten werden. Die neue Regierung nahm deutlich Abstand von den Vertriebenenverbänden. Der Antifaschismus wurde zur Regierungsdoktrin der 68er Generation. Auschwitz musste nun sogar für die Bombardierung von Jugoslawien herhalten. Im Zuge der Globalisierung sahen auch grosse Teile des Kapitals rassistische Gewalt als „Standortnachteil“ an. Die rot-grünen MinisterInnen bedienten den Antifa-Jargon und nahmen der Bewegung damit den Wind aus den Segeln. Eine fundierte Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hatte die Autonomen nie interessiert. Oft waren Verschwörungstheorien vom bevorstehenden „4. Reich“ der Antrieb, Politik zu machen. Unterschieden sich die autonomen AntifaschistInnen von der Regierung nur noch durch ihre Militanz? Die Ablehnung des Irakkrieges und die anti-amerikanische Rhetorik von Schröder konnte sowohl Teile der Linken als auch der Rechten wieder ans System binden.

Rechtsradikale Netzwerke sind deshalb keineswegs verschwunden und müssen weiter bekämpft werden. Das Buch von Langer wirft für mich einige Fragen auf, die weder theoretisch noch praktisch beantwortet sind: Wie kann eine Bewegung militant sein ohne dem Fetisch Gewalt zu verfallen? Wie können wir uns organisieren ohne formelle und informelle Herrschaft immer wieder zu reproduzieren? Ist es möglich in unseren Organisationen und Netzwerken, Elemente einer befreiten Gesellschaft hier und heute zu verwirklichen?

Nemo Klee

Horst Müller (Hrsg.): Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft

Norderstedt: BoD-Verlag, 2005, 305 Seiten, 22,80 Euro

Das utopistische Potential des PRAXIS-Konzepts

Im Zusammenhang mit der globalisierungskritischen Debatte wird zunehmend auch die Frage nach einem „Ende des Kapitalismus" und einem möglichen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" aufgeworfen. Auf diesem aufregenden Feld der Systemanalyse und geschichtlichen Ortsbestimmung, des Projektierens einer gesellschaftlichen Alternative und der Orientierung politischer Bewegungskräfte sind auch die Beiträge des Sammelbandes „Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft" angesiedelt.

Die Beiträge im ersten Teil des „PRAXIS-Konzepts" knüpfen an das „Novum" des Marxschen Praxisdenkens und an die bedeutende europäische Interpretationslinie „Marxismus als Praxisphilosophie" an, auch um methodologisches Rüstzeug für politisch-ökonomische Analysen zu gewinnen. Die eingeschlagene Denkrichtung markiert der Begriff „Utopistik". Er stammt aus der Weltsystemtheorie, wird aber durch die Bezugnahme auf Marx sowie auf Blochs Konkrete Utopie anders geschärft. Einleitend zu alldem vermittelt „Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Bourdieu. Realismus und Modernität des Praxisdenkens" pointierte Einblicke in dessen Entwicklungsgeschichte und Grundelemente. Es kam mit den Marxschen Feuerbachthesen in die Welt und wird hier als ein immer noch unvollendetes Wissenschaftsparadigma behandelt, das entschieden weiter entwickelt werden soll.

Wichtige Bewegungszentren des Denkansatzes der Praxisphilosophie waren Leipzig und Kassel: In Leipzig wurde 1966 der Versuch unternommen und von Staats wegen abgeschmettert, Praxis als „Zentralkategorie marxistischer Philosophie überhaupt" zu rehabilitieren. Leipzig war auch ein Ort des Wirkens von und der Auseinandersetzung um Ernst Bloch und seiner marxistischen Philosophie der Hoffnung, bis dieser 1961 nach Tübingen übersiedelte. Nun überrascht Martina Thom, zu DDR-Zeiten Direktorin des Leipziger Instituts für Philosophie, in „Das Praxis- und Wissenschaftsverständnisses von Karl Marx" mit profunden Klärungen zu dessen Kristallisation und philosophisch-wissenschaftlichem Profil.

Im Beitrag „Die Kernstruktur der Dialektik der gesellschaftlichen Praxis" von Wolfdietrich Schmied -Kowarzik werden „gesellschaftliche Arbeit, gesellschaftliche Produktion und gesellschaftliche Praxis" als unhintergehbarer Ausgangspunkt einer umfassenden Theorie der Gesellschaft und Geschichte bestimmt. Mit Bezugnahme auf philosophische Quellen, vor allem Hegel, auch mit Verweis auf Habermas' Fehlinterpretationen, werden die Wesenszüge des neuen Denkens verdeutlicht. Damit soll zugleich auf zurückliegende Kongresse, Publikationen und Diskurse aufmerksam gemacht werden, deren Fokus „Grundlinien und Perspektiven einer Philosophie der Praxis" bezeichnet, der Titel einer der internationalen Kasseler Tagungen in den 1980er und 1990er-Jahren.

Die Schlüsselkategorie Praxis wirft insbesondere epistemologische Probleme auf. Dazu stellt Georg Quaas Untersuchungen an, die dem amerikanischen Praxisdenker G.H. Mead und Peter Ruben gelten. Diese bearbeiteten die Fragen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Mit der Diskussion der Konzepte von „gesellschaftlicher Handlung" sowie „Arbeit" als „werkzeugvermittelter Tätigkeit" wird das Forschungsfeld einer „Erkenntnistheorie der Praxis" neu eröffnet. G.H. Mead wurde hier bewusst in den praxisphilosophischen Diskurs einbezogen, auch um eine Alternative zur gängigen intersubjektivitätstheoretischen Vereinnahmung des Denkers aufzuzeigen.

Schließlich kommt einer der gründlichsten Kenner im Themenkreis „Marxismus und Geschichte" zu Wort. Helmut Fleischer bekräftigt in dem

Beitrag „Geschichtlichkeit und Geschichtsdenken“ den Bezug auf eine richtig verstandene „Logik des Marxschen Geschichtsbegriffs“ und dringt weiter vor in die Feinstruktur des Geschichtsdenkens. Es geht um ein „Begreifen der Praxis“ für die in einer konkreten Situation Involvierten. Solche fundamentalen Dispositionen der Bewussthabe von gesellschaftlich-geschichtlicher Wirklichkeit sind im geschichts-verleugnenden neoliberalen Denken abhanden gekommen.

Auf die im ersten Teil angestrebten Klärungen folgen drei Texte, die direkt in die Situation an der Wende zum 21. Jahrhundert hineinführen: Wolfdietrich Schmied-Kowarziks neun Thesen zu „Marx als Denker im Zeitalter des Post-Kommunismus“ gehen auf einen Vortrag am XXI. Weltkongress für Philosophie 2003 in Istanbul zurück. Sie zeigen die brennende Aktualität des mit Marx in die Welt gekommenen „Projekts eines menschlichen Menschseins“ in Gesellschaft und Natur prägnant auf. Ein zweiter Beitrag von Helmut Fleischer lautet „Sozialmobilisationen und Krisenprospekte“. Fleischer wirft, auch aus lebensgeschichtlicher Teilhabe, einen Blick auf die „Zivilisationsdynamik“ des 20. Jahrhunderts und zieht daraus, einmal anders als viele kapital- und krisentheoretische Analysen zur „neoliberalen Globalisierung“, deutlich zurückhaltendere und skeptischere Folgerungen im Hinblick auf Entwicklungsmöglichkeiten der „modern-bürgerlichen Gesellschaft“.

Auf deren oder vielmehr auf unsere eigene reale Problemlage und Aufgabenstellung dringt schließlich der hier wieder abgedruckte, einschlagende Aufsatz von Pierre Bourdieu: „Neo-Liberalismus als konservative Restauration. Das Elend der Welt, der Skandal der Arbeitslosigkeit und eine Erinnerung an die Sozialutopie Ernst Blochs“. Die deutsche Renommiersoziologie wirkt unzureichend fundiert und angepasst gegen den allzu früh verstorbenen europäischen Geist, der in der Entfaltung seiner „Theorie der Praxis“ zu der unmissverständlichen Konsequenz fand: „Es ist höchste Zeit, die Voraussetzungen für den kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie zu schaffen“.

In diesem Sinne wenden sich die Beiträge im letzten Hauptteil des „PRAXIS-Konzepts“ den politisch-ökonomischen Basis- und Zukunftsfragen zu. Dabei wird die Frage nach einer „postkapitalistischen Wirtschaftsverfassung“ als die heute prioritäre Frage der Wissenschaft der politischen Ökonomie bestimmt. Zunächst recherchiert Horst Müller in der Studie „Zur Neuordnung des theoretischen Feldes der politischen Ökonomie“ zur bisherigen „Suche nach einer Alternative“. Diese währt vom ersten Kapitel des Marxschen „Kapitals“ über die vormaligen Debatten zu Markt- und Planwirtschaft bis zu gegenwärtigen Versuchen zur Visierung zukünftiger Entwicklungen auf Grundlage der utopisch gehemmten Kapitaltheorie.

Eine neue und provokative Perspektive eröffnet sich nun mit der These, dass die Marxsche und seither fortgeschriebene Konzeptualisierung der industriewirtschaftlichen Warenproduktion als „Totalität“ von vornherein die Identifizierung einer Systemalternative verunmöglicht hat: Auch aufgrund veränderter wirtschaftsgeschichtlicher Gegebenheiten ist dazu eine erweiterte Modellierung der Organisation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit notwendig. Diese muss in den Zusammenhang eines weiter entwickelten praxis- und transformationstheoretischen Ansatzes gestellt werden.

Eine solche Überschreitung der „Kritik“ durch eine „Utopistik der politischen Ökonomie“ kann nur gelingen, wenn sie in wert- und reproduktionstheoretischen Untersuchungen und realen gesamtökonomischen Szenarien fundiert ist: Das grundsätzlich Unzureichende der heute zahlreich sprudelnden Alternativ-Ideen ist damit auf den Punkt gebracht. In die schwierige Materie führt der Beitrag „Wertrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ von Georg Quaas ein. Solche Klärungen erscheinen notwendig, auch um zukünftig weiter mit wert-theoretischen Kategorien in Bezug auf das empirisch-statistische Gefüge des Wirtschaftsgeschehens analysieren und argumentieren zu können. Mit dem nächsten Beitrag, „Werttheoretische Überlegungen im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang“, geht Wolfgang Hoss schließlich über die rote Linie wirtschaftswissenschaftlicher Re-Konstruktionsarbeit hinaus und sucht den werttheoretischen Schlüssel für einen „Übergang zur Non-Profit-Wirtschaft“.

Die Schnittmenge zwischen dem Beitrag von Wolfgang Hoss und dem nachfolgenden, abschließenden Beitrag liegt in der Auffassung, dass die in den modernen Gesellschaften entfaltete Dimension sozialwirtschaftlicher Produktionen und die ökonomischen Funktionen des modernen Staates eine grundsätzlich neue Konfiguration des Reproduktionsprozesses bedeuten. Die neue Konfiguration muss dann aber auch theoretisch als solche gefasst werden. Horst Müller geht daran, im Hinblick auf den theoretisch konzeptualisierten Raum eines vollen Praxisformwechsels, die Funktionsweise einer „Sozialwirtschaft als Systemalternative“ zu fassen.

Das Konzept orientiert sich in Richtung einer „Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste“ als „andere Hälfte der Wirtschaft“ und lässt so in den gegenwärtigen Unruhen und Streiks im sozialen

und öffentlichen Bereich, in den Kämpfen gegen neoliberale Privatisierungen einen strategischen Sinn erkennen. „Emanzipation“ bedeutet deren Entfaltung als ökonomische Form und als Wirtschaftsabteilung und damit auch eine grundsätzliche Lösung des Problems der kapitalwirtschaftlichen Massenarbeitslosigkeit. Die Reproduktionsanalyse erklärt die Staatsverschuldung, die das Gemeinwesen ruiniert, wesentlich aus der nicht-paritätischen Organisation zwischen den heutigen ökonomischen Hauptabteilungen der industriellen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste: Ein fundamentaler Konstruktionsmangel der Kapitalwirtschaft, der durch keine keynesianisch-reformistische Politik mehr abgefangen werden kann. Über den Staat, das heißt über die Steuern und die Haushalte eines ganzen Ensembles gesellschaftlicher Organe, kann ein Werttransfer, hin zu den sozialen und infrastrukturellen Produktionen organisiert werden. Er verwandelt sich von da einerseits in eine effektive Nachfrage, welche das wirtschaftliche Gleichgewicht herstellt. Zugleich kommen die sozialwirtschaftlichen Produktionen in dieser Konstellation als gesamtökonomische und gesellschaftlich-zivilisatorische Vorleistung und gesellschaftliches Emanzipationsfeld zur Geltung. Die neue Reproduktionsordnung stellt bereits innerhalb der gegebenen Formation eine wirkkräftige Realität in Latenz dar und kann in Akten der Geburtshilfe, im Verlauf einer historischen Transformationsperiode, möglicherweise zur Welt gebracht werden. Bewusstes gesellschaftliches Handeln in diesem Sinne kann sich aber nicht auf innere Krisen oder „äußere Anstöße“ verlassen. Es erfordert, dass das Neue als solches in eminent wissenschaftlicher, kollektiver Anstrengung identifiziert wird. Die „Theorie der Sozialwirtschaft“ will ein vorerst „protheoretisch“ formulierter Beitrag dazu sein.

Horst Müller

(Von der Redaktion etwas gekürzt)

Weitere Informationen: www.praxisphilosophie.de/prxpublik.htm

Für den November 2006 ist eine Tagung geplant: www.praxisphilosophie.de/pdtagung.htm

Heide Gerstenberger, Die subjektlose Gewalt: Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt

Münster: Westfälisches Dampfboot, 2006, 2. Auflage, 40 Euro

Bruch und Kontinuität, Geschichte und Konstitutionsgeschichte

Das Verlagshaus Westfälisches Dampfboot hat das Buch von Heide Gerstenberger mit dem Titel „Die subjektlose Gewalt – Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt“ in zweiter Auflage neu herausgebracht, nachdem es 1991 bei ihm erschienen ist. Dies ist genauso dankenswert wie die Niederschrift des Buches selbst, pflegt das Verlagshaus auf diese Art nicht nur seine Autorin, sondern belebt auch einen etwas vernachlässigten Diskurs. Worum also geht es in diesem Buch?

Das Buch selbst ist in vier Teile gegliedert. Im ersten Teil wird das Thema vorgestellt und eine Leseanweisung gegeben. Im zweiten, im umfangreichsten Teil haben wir es mit einer ausgesprochen fleißig und präzis gemachten Studie zu tun, die jeweils die Entwicklung von den feudalen Anfängen und den Ausbildungen von Feudalismus über das, was Gerstenberger dann das „Ancien Régime“ nennt, bis hin zur Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt anhand der Historien von England und Frankreich beinhaltet. Im dritten Teil fasst sie die Ergebnisse dieses historischen Vergleichs zusammen und im vierten schließt sie das Werk mit einer begrifflichen Fassung der von ihr vorgenommenen Epochengliederung (Feudalismus, Ancien Régime, Bürgerlicher Staat) ab. Bleiben wir zunächst noch ein wenig bei diesen formalen, Aufbau und Gestaltung betreffenden Aspekten.

Hier möchte ich betonen – und dies tue ich jetzt noch vor einer inhaltlichen Würdigung des Buches –, dass uns da etwas geboten wird, das gar nicht hoch genug einzuschätzen ist: ein – bei aller Kompetenz und Autorität der Autorin – dialogisches Verhältnis zum Publikum. Dies drückt sich etwa darin aus, dass im ersten Teil eine Art Gebrauchsanleitung für das Buch mitgegeben wird. Die LeserInnen erhalten nicht nur eine Vorstellung der Thesen und des wissenschaftlichen. diskursiven Anliegens der Autorin, sondern auch den Hinweis auf eine Gliederung, die sich grafisch im Buch niederschlägt: Durch kleinere Typen sind im Druck detaillierte, illustrative

Beschreibungen – vor allem im historischen Abschnitt – gekennzeichnet, deren Überspringen bei der Lektüre die diskursive Ebene nicht angreift oder verkürzt. Diese wohltuende Bescheidenheit der Autorin, die vom Publikum nicht verlangt, dass jedes Komma mit hoch konzentrierter Aufmerksamkeit beachtet werden muss, die voraussetzt, dass auch schon Bekanntes hier zur Verhandlung kommt, und daher auf den Gestus durchgehender Originalität verzichtet, sollte wohl Schule machen.

Dazu gehört auch, dass der Apparat, der der Lektüre folgt, sich auf die angenehmste Art von dem unterscheidet, was als Literaturangabe in der Regel einem Artikel folgt oder am Ende eines Buchs dem enervierten Publikum vor die Nase gesetzt wird: eine ellenlange Liste von Literatur, bei der wir am Ende der Lektüre oft nicht mehr wissen, wie weit sie sich auf das eben Abgehandelte überhaupt bezieht, und die uns den Verdacht nahe legt, hier prunke bloß der Autor mit einem angelesenen Wissen von Titeln. Gerstenberger hingegen hat an ihr Werk außer Autoren- und Sachregister eine kommentierte Bibliographie angehängt, die auch nicht alphabetisch geordnet ist, sondern dem kapitelweisen Aufbau der Lektüre folgt, dabei die Gliederung dieser Kapitel mit Unterschrift, Untertitel, Nummerierung und Seitenzahl übernimmt, sodass unsereins sofort mitten in einem Kapitel mittels eines zweiten Lesezeichens zum Schluss des Bands zurück schlägt und dort findet, wer was wann und wo zu dem eben Gelesenen veröffentlicht hat (und auch wie und warum im gegebenen Fall). An wichtigen Stellen ist diese kommentierte Bibliographie auch noch an Stichworte aus der Lektüre geknüpft. Wir sehen also, die Lektüre des Bands lohnt auch dann, wenn wir daraus keinen anderen Nutzen gezogen hätten als den, zu wissen, wie wissenschaftlich geschrieben werden kann, ohne zwischen den Mühlsteinen akademischer Unverständlichkeit und populärwissenschaftlicher Verständnislosigkeit zerrieben zu werden. Dazu passt auch die durchgehend freundliche, uneitle Sprache, mit der Heide Gerstenberger zu uns spricht, ohne dabei der erworbenen Autorität zu entraten.

Doch auch auf inhaltlicher Ebene lohnt es durchaus, sich dem Buch anzuvertrauen. Ich will hier nicht alles beschreiben und kommentieren, um Euch auch die Pflicht und das Vergnügen, durch die über 600 Seiten hindurch zu kommen, nicht zu ersparen. Aber Lust darauf machen möchte ich schon. Heide Gerstenberger formuliert ihr Programm für dieses Buch im ersten Satz des Vorworts zur zweiten Auflage: „Die politische Form ‚bürgerlicher Staat' war eine besondere Ausprägung des Strukturtypus moderner Nationalstaat. Diese besondere Form erklärt sich – so die zentrale These dieser Arbeit – aus ihrer spezifischen Vorgeschichte. Weil es diese Vorgeschichte nur in Europa – und in abgeleiteten Formen in europäischen Siedlungskolonien – gab, entwickelte sich auch nur hier die politische Form ‚bürgerlicher Staat'." (Gerstenberger Seite 8) Diese Einleitung wird konsequent durchgehalten und schließt das Werk auch damit ab, dass sie in der Schlussbetrachtung ein Unterkapitel mit der Überschrift „Bürgerliche und andere kapitalistische Staaten" einführt, in dem sie die Differenz betont, die diese so genannten „anderen kapitalistischen Staaten" im Gegensatz zu jenen (europäischen) aufweisen, die sich aus den verschiedenen Anciens Régimes heraus gemausert haben. Dazu schreibt sie – unaufgeregt und ohne in die Falle kulturalistischer Differenzdiskurse zu tappen: „Die Differenzen sind unterschiedlich gelagert und können hier nicht im einzelnen diskutiert werden. Lediglich auf die Tatsache ist hinzuweisen, dass in vielen nachkolonialen Staaten der Markt nicht aus Herrschaft freigesetzt ist. Der fremde Betrachter sieht in der politischen Praxis solcher Staaten Korruption. Tatsächlich handelt es sich vielfach darum, dass Staat in diesen Ländern – ganz ähnlich wie in Europa im *Ancien Régime* – eine Vermittlungsinstanz für private Aneignung ist und sich Solidarität weiterhin nahezu ausschließlich auf den sozialen Nahbereich bezieht." (Gerstenberger, Seite 528 f.)

Zwischen diesen beiden Sätzen entfaltet sich dieses Buch und hier kann auch eine Kritik einsetzen, wie ich sie vorschlagsweise anbringen möchte. Gerade die Differenzen zwischen Staaten, die eine – im populärwissenschaftlichen Diskurs wohl so genannte – „normale" Entwicklung, und jenen, die eine nachholende, aufgepfropfte, postkoloniale durchgemacht haben, verlangen nach einer weiteren Diskussion; nach einer Diskussion, die auch das Gemeinsame zwischen diesen Staaten ins Blickfeld rückt respective die Frage darnach, ob es so ein Gemeinsames geben kann, wenn ja, wie es sich herstellt und wirkt. Ein kurzes Eingehen darauf unter der Überschrift „Bürgerliche Staatsgewalt im Zeitalter der Globalisierung" entbehrt leider jeder systemischen Herangehensweise, stellt die verschiedenen Diskurse nicht so vor, wie wir es aus der Einleitung gewohnt waren und bleibt beim Befund stehen, dass nun so etwas wie „global governance" entstanden sei. Gerechterweise muss ich aber an dieser Stelle einräumen, dass dies nicht Titel und selbst gewählte Aufgabe von Gerstenbergers Unterfangen ist. Ihr geht es um eine Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, nicht um die Diskussion dessen Endes.

Die Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt aber wird anhand der Entwicklung von England und Frankreich bis zu ihrer Durchsetzung aus den feudalen und absolutistischen Verhältnissen (bei

Gerstenberger: Anciens Régimes) dargestellt. Hier liegt eine große Stärke wie auch eine kleine Schwäche des Buchs. Die Stärke ist unzweifelhaft in der historischen Darstellung zu finden. Eines sei nun gleich voraus geschickt: Wer da meint, eine chronologische Übersicht aus der Datengeschichte zu finden, wird sich schlecht bedient sehen. Ein überblicksmäßiges Wissen über das, was zwischen Wilhelm, dem Eroberer, und Napoléon, dem Ersten, sich ereignet hat, wird vertrauensvoll vorausgesetzt. Dieses vorausgesetzte Wissen wird aber nicht übermäßig strapaziert. Wer seine Schulbildung noch abrufbereit hat und weiß, wo gegebenenfalls nachzuschlagen wäre, wird auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen, eher auf Überraschungen. Bevor noch Gerstenberger im ersten Teil sich, ihr Anliegen und ihre Arbeitsweise vorstellt, dabei zu unserer großen Freude sich bereit findet, auch großtheoretische Reflexionen anzustellen und nicht in postmoderner Beliebigkeit zu versacken, verweist sie auf die Fähigkeit von Königen des Mittelalters zu Wunderheilungen an Skrofelkranken.

Dies ist aber kein Gag, wie er gerne zur Einleitung von Referaten, Vorträgen und Büchern angewandt wird, um das p. t. Publikum geneigt zu stimmen. Im Gegenteil wird im späteren Verlauf noch einmal darauf zurückgekommen, wenn es darum geht, dass die Päpste den Königen diese Fähigkeit zur Wunderheilung absprechen, wird doch dadurch auch ein sakraler Anspruch der Könige an den Päpsten reklamiert. Gerstenberger führt uns also mit diesem ersten Satz, noch bevor sie einleitend die Feudalismus- und Staatsdebatten der letzten Jahrzehnte kursorisch referiert, schon in eine Welt, die von unserer nicht unterschiedlicher gesehen werden kann. Nichtsdestoweniger war diese Welt real und wirklich, wenn auch unsereinem unverständlich. Und die Autorin führt uns in diese Welt, bis wir in ihrer Logik denken. Das liegt auch an ihrer einfühlsamen (überprüft einmal ihren Text auf geschlechtsneutrale Ausdrucksweise; so wird s gemacht!) und unspektakulären Sprache. So etwa erfahren wir in einem kurzen, keineswegs besonders hervor gehobenen Satz auf Seite 124: „Die soziale Position war eine Eigenschaft von Personen." Das steht da einfach ohne „Achtung! Aufgemerkt!", es erklärt aber ruhig und sachlich, warum sich Könige, Bischöfe, Friedensrichter, Bauern und Ritter so verhielten, wie sie sich eben verhielten. Und wer darüber hinaus gewohnt ist, beim Lesen mitzudenken, wird nicht umhin können, die Parallelen zu ziehen zum Wert, der als Eigenschaft der Dinge sich zeigt, und sich so seine Gedanken über gesellschaftlich hergestellte Realitäten machen. In Aussagen dieser Art, die zu Vergleichen und Bezugnahmen herausfordern, zeigt Gerstenberger das Geschaffene an den Gesellschaften (richtiger wäre es, hier „gesellschaftliche Verhältnisse" zu sagen), auch wenn sich deren einzelne Akteurinnen und Akteure dessen nicht bewusst sind.

So führt sie uns behutsam und zielstrebig durch die englische und französische Geschichte. Zu dieser Behutsameit gehört aber auch das sanfte Infragestellen tradierter Vorstellungen, wenn sie etwa Frankreich über lange Strecken des Buchs unter Anführungszeichen setzt, um den Unterschied zu England klar zu machen – ein Frankreich hat es lange nicht gegeben und sie unterscheidet auch zwischen dem Norden und dem Süden und ihren jeweiligen gesellschaftlichen Formen der Organisierung und der Repräsentanz. So macht Gerstenberger auf den kleinen Unfug, der sich immer wieder in die übliche Darstellungsweise von Nationalgeschichten einschleicht, aufmerksam. Sie vertritt dabei durchaus ihre eigenen Positionen, zeigt im Text, wo sie sich von anderen Autorinnen und Autoren in deren Ansichten unterscheidet, ohne dabei einem rechthaberischen Gehabe zu verfallen, und macht ihr Publikum mit eingeführten Begrifflichkeiten vertraut und mit der Entstehung und Etablierung neuer; sowohl, was die diskursive Rückschau im historischen Paradigma betrifft (und da kommt die sorgfältige Zitierung der entsprechenden empirischen Arbeiten keineswegs zu kurz), als auch in Bezug auf die Selbstwahrnehmung innerhalb der beschriebenen Zeiträume.

Zentrale Begriffe dieser Art sind personale Herrschaft, deren Verallgemeinerung, Interessen und Aneignung, alle bezogen auf „Feudalismus" und „Ancien Régime". In der Rezeption und Diskussion über Gerstenbergers Ansatz hinaus bieten sich hier Anknüpfungspunkte für eine Betrachtung, Untersuchung und Darstellung über die gewählte Einschränkung England und Frankreich hinaus an. So wäre etwa, gerade was das Ancien Régime betrifft, das Beispiel Schwedens ein lohnendes Gebiet, auf dem das Unterfangen Gerstenbergers weiter geführt werden sollte – auch im Hinblick auf eine Sicht Europas, das für die Entwicklung bürgerlicher Staatsgewalt von so eminenter Bedeutung ist. Ähnliches gilt an anderer Stelle (Seite 198 f.), wenn sie schreibt: „Bis in die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts galt ‚Interesse' als eine (vorwiegend) materiell begründete Beziehung zwischen konkreten Personen. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts entstanden aber auch bereits die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Voraussetzungen für die moderne Konzeption des Interesses. Sie ist gewissermaßen ‚entpersonalisiert'. *Denn moderne Interessengruppen verbinden Träger von Interessen, nicht ganz konkrete Individuen*. Die ‚englische Form' der bürgerlichen Revolution ist die Umwandlung von Angehörigen

der herrschenden Stände des *Ancien Régime* in privilegierte Angehörige von Interessengruppen einer bürgerlichen Gesellschaft." (Hervorhebungen von der Autorin) Wer an dieser Stelle statt „englisch" „japanisch" einsetzt, sieht sich plötzlich auf einer Fährte zu einem – möglicherweise neuen – Verständnis für die Konstitutionsprozesse der Moderne, das die japanische Entwicklung als „asiatischen Sonderweg" (und quasi als westeuropäischen „Normal"weg) mit einschließt. Insofern reiht sich Gerstenbergers Buch auch bei einer thematischen Beschränkung auf England und Frankreich durchaus in einen Kontext internationaler und wohl auch systemischer Diskussionsprozesse der Moderne.

Gerade darum ist die kleine Schwäche des Buches etwas ärgerlich. Sie besteht darin, dass die vom Publikum geforderten Voraussetzungen, wie sie bei der historischen Datengeschichte noch legitim waren, in Bezug auf den bürgerlichen Staat doch einer zuvor gemachten Versicherung und Übereinkunft Raum hätten geben sollen darüber, was wir denn nun unter bürgerlicher Staatsgewalt zu verstehen hätten. Zwar kann durchaus zugemutet werden, über die eigenen Verhältnisse ohnehin Bescheid wissen zu müssen, dennoch wäre so eine voraus geschickte Verständigung angebracht gewesen; dies vor allem auch deswegen, weil damit eine thematische Beschränkung klar ausgesprochen worden wäre. Wir haben es nämlich nicht mit einer Untersuchung zu tun, die sich den Konstitutionsprozess der Moderne selbst zum Vorwurf genommen hätte, sondern bloß einen Teil aus diesem Prozess, eben die Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt. Hier ist es unzweifelhaft Gerstenbergers Verdienst, wenn sie diese Entstehung als etwas völlig Neues, für vorherige gesellschaftliche Formationen auch Unlogisches heraus stellt. Dabei mag es eins dann doch etwas unbefriedigt zurücklassen, wenn einerseits anfangs des Buches die Differenz zu vormodernen Gesellschaften betont wird, im Durchgang in die Moderne aber eine allmähliche Entwicklung beschrieben wird. Dies ist aber vor allem einem historischen Verständnis, nennen wir es Alltagsverständnis, geschuldet, das seine Wahrnehmung an Revolutionen im „klassischen" Sinn fest macht, also an Jakobinismus und Washington.

Gerstenberger mag dies geahnt haben, sonst hätte sie nicht – erklärtermaßen – auf dem Begriff der bürgerlichen Revolution beharrt, auch und gerade für die englische Entwicklung. Dazu werden die Probleme der Kontingenz der Aufmerksamkeit empfohlen, worin sich dann auch das Verhältnis zwischen Kapitalismus und bürgerlicher Staatsgewalt ausdrückt. Eine schlichte (und naive, historisch-materialistische) Ableitung und Kausalität wird von Gerstenberger zurück gewiesen, das Verhältnis zwischen der Entstehung und Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Staatsgewalt für England und Frankreich grundverschieden diskutiert. (Ein ähnlich kontingentes Verhältnis zwischen bürgerlicher Staatsgewalt und Demokratie wird leider nicht so deutlich, sehen wir von den durchaus erhellenden, im Zusammenhang mit der Globalisierung zitierten Bemerkungen ab.) Das Hauptaugenmerk liegt eben auf der Gesellschaftlichkeit personaler Herrschaft und auf der Tatsache der jeweiligen Sonderwege bei deren Überwindung: Europas gegenüber der übrigen Welt, Englands und Frankreichs innerhalb Europas und auch im Verhältnis zueinander. Hier scheint es mir aber, dass es dem Publikum überlassen bleibt, Feudalismus und Ancien Régime (um in Gerstenbergers Terminologie zu bleiben) in der Klammer der personalen Herrschaft und ihrer Verallgemeinerung zusammenzudenken, sowie den distinkten Bruch damit in der bürgerlichen Revolution (welche Verlaufsformen sie nun immer annehmen mag und hier kann ich mir nicht verkneifen, neben den von Gerstenberger dargestellten die Meiji-Restauration in Japan anzuführen).

Als letzte, abschließende Bemerkung lässt sich sagen: Das Buch – in jedem Fall lesens- und empfehlenswert – hält mehr, als der Titel verspricht. Wir erfahren über die vormodernen Formationen eben so viel wie über das im Titel vorgegebene Thema, wenn nicht sogar mehr. Dazu gehört auch, dass wir mit Begriffen wie „verallgemeinerter personaler Herrschaft" zu tun haben, die uns das Bild vormoderner gesellschaftlicher Praxis erhellen. Ich will darauf nicht mehr eingehen, sondern darauf neugierig machen. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff der Aneignung, der auch mit gesellschaftlicher Praxis in der Vormoderne zu tun hat und den ich lieber als Alimentation bezeichnet gesehen hätte. Ihr seht, wir haben es nicht nur mit einer monographischen Analyse zu tun, sondern auch mit einer interessanten Einführung in historische Diskurse, die der Mühe lohnen; wenn das Buch beschrieben ist als erster Band einer Reihe des Verlagshauses mit dem Titel Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, so wollen wir uns weitere Bände wünschen auf dem selben Niveau, inhaltlich wie sprachlich.

Und als allerletzte Bemerkung, quasi als Postskriptum: Der Verlag ist dafür zu loben, dass Lektorat und Endredaktion nicht der nun schon vielerorts grassierenden Schlamperei erlegen sind; dennoch würde ich ein klein wenig weniger Originalität bei der Zeichensetzung erhoffen dürfen und ein klein wenig mehr Achtsamkeit, die auch die spärlichen, kaum merkbaren Druckfehler vermieden hätte.

Gerold Wallner

Am 29. März starb Thomas Gratt aus eigenem Entschluss und durch die eigene Hand.

Er wurde am 21. Februar 1956 geboren. In den 1970ern war er Mitgründer der Arbeitsgruppe Politische Prozesse / Politische Gefangene (APG). Im Februar 1979 wurde er zu 15 Jahren Haft verurteilt, weil er im Namen der Bewegung 2. Juni die Verantwortung für die "Palmers-Entführung" übernahm. Er verbüßte vier Fünftel der Haft. Er verweigerte die Aussage und lehnte jedes Gnadengesuch ab.

1989 veröffentlichte er unter dem Pseudonym Buster C. Daniels den Lyrikband ÜBERSETZUNG (Beiheft Nr. 26 der Zeitschrift sturzflüge, Bozen 1989). Sein Roman La mise en corps erschien auf Deutsch und in der französischen Übersetzung von Didier Viaud (Edition MEET, St. Nazaire 1995).

Thomas Selbstverständnis war in erster Linie das eines Schreibenden. Dass ihm nie eine Chance gegeben wurde als Schriftsteller leben zu können ohne in die bitterste Armut abzusinken war ebenso eine Ursache für seinen Entschluss diesem Leben ein Ende zu setzen wie der Verlust jeder Perspektive einer politischen Bewegung, in der er durch seine Texte zur Änderung der Verhältnisse hätte beitragen können.

Das folgende Gedicht ist aus dem unveröffentlichten Band:
"du und du sind noch nicht wir - eine zeitgeschichte".

OBSZÖNE GESCHICHTE

einstmals,
als sie im august in der goldenen stadt,
in einem akt brüderlicher hilfe, versteht sich,
um den frühling zu beenden
den sozialismus verteidigten gegen die sozialisten;
während des schwarzen september, als sie,
in einem akt verwandtschaftlicher anteilnahme,
versteht sich,
das heimatland verteidigten gegen seine bewohner;
mitten im deutschen herbst,
als rot der oktober sich färbte vom blut der gemeu-
chelten geiseln,
deren ermordung -
in einem akt der selbstverteidigung, versteht sich
doch fast schon von selbst -
der sicherung der sicherheit diente
gegen die freiheit;
in den dezembertagen,
als sie in den entlaubten wäldern
des landes der kleinen leute,
in einem akt freundschaftlichen beistands,
versteht sich immer
und immer besser, den frieden
verteidigten gegen die friedfertigen,
geschah es, dass
unbemerkt von den über das neueste stets informier-
ten
ein alter traum sich erfüllte der menschheit
und eins wurde die welt.

dies hatte sich ereignet
in aller stille
und fern den von blitzlichtgewittern erleuchteten
interieurs und masken der modisch drapierten gesell-
schaft:
die macht des goldes war,
erstmals seit menschen gedenken,
gebrochen
auf den internationalen märkten der lust
und der qual
und als verkehrsmittel diente von nun an
das wort;
die grenzen und schranken,
die die völker trennten, seit sie sich kennen,
waren gefallen
und alle sprachen sie nun
eine sprache: die der vernunft.
im grauen kleid der buchhalter betrat dieses wunder
des glaubens die welt
und leicht zu überhören
war die verkündigung im unspektakulären ton
der experten:
christnacht des endlich reinen,
des gläsernen menschen,
karfreitag der freiheit, ostern der liebe zu sich,
pfingsten der heiligen ordnung der grossen fabrik
und hochzeit
der idee mit der logik im brautgemach des traum-
lands der sensationen:
die preiswerte erlösung vom menschlichen leben
in der vorteilhaften familienpackung!
alles in einem und alles
allein zur erhöhung des menschengeschlechts
zur krone der welle
der launigen konjunktur,
damit es endlich gleich werde
dem abschaum
und dem schaum vor dem eifernden mund,
der das wasser predigt,
noch trunken vom wein.

niemand kam, den einsamen stern zu begrüssen.

oder hattest du nur,
mutter sprache,
ganz in beschlag genommen durch
die telegene trauer
um den wald,
den vor lauter bäumen keiner mehr sah,
noch gar nicht bemerkt,
dass du längst so tot warst wie er?
ein bündel gedroschenes stroh,
billiges futter
für die zugpferde des zirkus demokratie,
warst du ganz edles schweigen
und sorge nur noch um die unbefleckte empfängnis,
eitel beschäftigt
damit, zu beweisen, dass du von all dem,
was in deinem namen geschah,
nichts begriffen und nichts gewusst haben konntest!

wer auch hätte die kraft,
im erreichten das gewünschte noch zu erkennen?
kein schwanz hält, was er verspricht.

buster c. daniels


wir wollen alles